

Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der **12. und 13. Sitzung** des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2015/2016 vom 30. November 2015

von 16.15 bis 18.30 Uhr und von 20.00 bis 22.20 Uhr

Vorsitz:	M. Wenger (FDP)
Protokoll:	K. Lang
Entschuldigt	Nachmittagssitzung: W. Schurter (CVP), U. Obrist (SVP) Beide Sitzungen: S. Gygax-Matter (GLP)

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1.*		Protokoll der 6./7. Sitzung des Amtsjahres 2015/2016	
2.*	15/088	Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Bildung, Sport und Kultur anstelle des zurücktretenden D. Berger (AL) für den Rest der Amtsdauer 2014/2018	S. Stierli
3.*	15/089	Wahl eines Mitgliedes in die Bürgerrechtskommission anstelle der zurückgetretenen G. Stritt (SP) für den Rest der Amtsdauer 2014/2018	S. Stierli
4.*	15/068 (DTB)	Finanzielle Vergütung Stadtwerk Winterthur 2016	B. Meier
5.*	15/069 (DTB)	«Balance»-Massnahme: Anpassung Verordnung über die Abgabe von Elektrizität (2. Nachtrag) bezüglich öffentliche Beleuchtung und Abgaben an das Gemeinwesen; Festlegung der Abgaben an das Gemeinwesen basierend auf der Netznutzung ab 1. Januar 2016	B. Meier
6.*	15/082 (DSO)	Jährlich wiederkehrende Beiträge an Angebote der Offenen Jugendarbeit (OJA) W'thur ab dem Jahr 2016 (vorbehältlich der Beschlussfassung in der Sachkommission)	K. Brand
7.*	15/067 (DFI)	Budget 2016 und Festsetzung des Steuerfusses, Nachtrag zum Budget 2016 «Novemberbrief»	A. Steiner
8.	14/094 (DKD)	Volksinitiative "Schaffe und Wohne z'Winterthur" / Ablehnung der Initiative und indirekter Gegenvorschlag	Th. Deutsch

- | | | | |
|-----|-----------------|--|----------------|
| 9. | 15/081
(DB) | «Balance»-Massnahme: Teilrevision (III. Nachtrag)
Verordnung über die Abfallentsorgung vom 23. Oktober
1995 (vorbehältlich der Beschlussfassung in der Sach-
kommission) | F. Helg |
| 10. | 15/063
(DKD) | Begründung der Motion K. Cometta-Müller (GLP/PP), M. Sörgo (SP),
D. Hofstetter (Grüne/AL), B. Huizinga (EVP) und Y. Gruber (BDP) betr.
Fachstelle für Gleichstellung und Chancengleichheit | |
| 11. | 13/114
(DKD) | Beantwortung der Interpellation Ch. Leupi (SVP) betr. Leiter Theater
W'thur | |
| 12. | 12/117
(DKD) | Antrag und Bericht zur Motion M. Zehnder (GLP/PP), F. Helg (FDP) und
Ch. Leupi (SVP) betr. Überführung des Theaters W'thur in eine gemein-
nützige Trägerschaft | |
| 13. | 14/017
(DKD) | Beantwortung der Interpellation U. Meier (SP) betr. Vergabepaxis für
Aufträge an Dritte bei W'thurer Museen | |
| 14. | 14/108
(DKD) | Begründung des Postulats U. Meier (SP), D. Berger (Grüne/AL) und
Y. Gruber (EVP/BDP) betr. Gleichbehandlung bei den Kultursubventionen | |
| 15. | 13/037
(DKD) | Antrag und Bericht zum Postulat R. Keller (SVP) betr. Lohnabrechnun-
gen, Stadtinfo und sonstige Publikationen per E-Mail | |
| 16. | 14/075
(DKD) | Beantwortung der Interpellation R. Comfort (GLP), A. Hofer (Grüne),
M. Wenger (FDP) und B. Konyo (SP) betr. Home-Office in der Stadtver-
waltung | |
| 17. | 15/009
(DKD) | Begründung des Postulats R. Diener (Grüne/AL) betr. Baurechtsverträge
und Nutzung auf dem Zeughausareal Nord | |
| 18. | 14/036
(DSS) | Beantwortung der Interpellation Ch. Ingold (EVP), M. Wäckerlin (GLP/PP)
und A. Hofer (Grüne/AL) betr. Fair Trade Town W'thur | |
| 19. | 15/010
(DSS) | Begründung des Postulats S. Gyax-Matter (GLP/PP), K. Cometta-Müller
(GLP/PP), D. Hofstetter (Grüne/AL) und S. Madianos-Hämmerle (SP)
betr. Betreuung der jüngsten Schulpflichtigen | |
| 20. | 14/105
(DSS) | Beantwortung der Interpellation D. Steiner (SVP) betr. Prüfung von Res-
ourcen im Departement Schule und Sport (DSS) | |

(*an dieser Sitzung behandelte Geschäfte)

Bürgerrechtsgeschäfte (die Behandlung findet am 30. November 2015 um 20 Uhr statt). Es liegen nachfolgende Einbürgerungsgesuche vor:

- | | | |
|----|---------|--|
| 1. | B13/114 | QEHAJA Bahri, geb. 1962, und Ehefrau QEHAJA geb. ISENI Fahrije,
geb. 1962, kosovarische Staatsangehörige |
| 2. | B13/144 | ALIU geb. SYLEJMANI Ardita, geb. 1979, serbische Staatsangehörige |
| 3. | B13/168 | RUSSO Filomena Concetta, geb. 1967, italienische Staatsangehörige |
| 4. | B13/176 | FERATI geb. SEHU Albana, geb. 1988, mit Kindern Hamdije, geb.
2008, und Nejra, geb. 2014, mazedonische Staatsangehörige |
| 5. | B14/140 | LEONE Pasquale, geb. 1952, und Ehefrau LEONE geb. BORTOLAS
Alba, geb. 1951, italienische Staatsangehörige |

6. B14/169 SENKAL Özgül, geb. 1977, türkische Staatsangehörige
7. B14/192 ISMAILI Driljon, geb. 1985, und Ehefrau ISMAILI geb. DAUTI Aljberta, geb. 1984, mit Kindern Joni, geb. 2009, und Aulona, geb. 2013, mazedonische Staatsangehörige
8. B15/062 MEHMETI geb. SABEDINI Lulzime, geb. 1985, serbische Staatsangehörige

Ratspräsident M. Wenger begrüsst zur 12. und 13. Sitzung im Amtsjahr 2015/2016. Er heisst die Medien und die Gäste auf der Tribüne herzlich willkommen und freut sich, dass sie da sind.

Zum ersten Mal im Gemeinderat ist Benedikt Zäch (SP). Er ersetzt Selina Madianos-Hämmerle. Ratspräsident M. Wenger wünscht B. Zäch viel Freude und gute Mitwirkung im Gemeinderat.

S. Gygax-Matter (GLP) ist bis am 31. März 2016 im Mutterschaftsurlaub, R. Comfort (GLP) wird sie als Stimmzählerin vertreten. Ratspräsident M. Wenger freut sich besonders, dass er auch an dieser Sitzung über eine Geburt informieren darf. Am 3. November 2015 ist Elly Marie geboren. Ratspräsident M. Wenger freut sich sehr darüber und gratuliert Silvia und Reto Gygax herzlich.

Die Ratsmitglieder erhalten per Mail neu den Hinweis, dass das Protokoll aufgeschaltet ist und gelesen werden kann.

Der Landbote wird heute zum Thema Budget fotografieren.

Im März 2016 wird ein Teil der Ratsmitglieder ein Flüchtlingslager in Jordanien besuchen. Es sind noch Plätze frei. Ratspräsident M. Wenger nimmt gerne Anmeldungen entgegen.

Präsidiale Erklärung

Stadtpräsident M. Künzle: Der Stadtrat von Winterthur ist sehr besorgt und betroffen über die internationale Situation, über die Flüchtlingsströme, die Anschläge in Paris und die grossen Probleme mit dem IS. Betroffen macht auch die Tatsache, dass junge Menschen nach Syrien reisen, um dort in den Krieg zu ziehen – auch junge Menschen aus der Stadt Winterthur. Die Stadt Winterthur hat von Anfang an auf den verschiedensten Stufen auf die Vorfälle reagiert und ist nicht, wie dem Stadtrat immer wieder vorgeworfen wird, untätig geblieben. Die Stadtpolizei Winterthur ist eingebettet in ein Sicherheitsverbundsystem mit der Stadt, dem Kanton und dem Bund. Die Stadt leistet ihren Beitrag. Der Lead liegt aber nicht bei der Stadt. Der Stadtrat hat regelmässig Lagebeurteilungen vorgenommen und ist zum Schluss gekommen, dass er aus mehreren Gründen gegenüber den Medien keine Aussagen machen will und zurzeit auch nicht machen wird. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Die Tatsache, dass der Stadtrat diesbezüglich nicht kommuniziert, heisst nicht, dass nichts getan wird. Der Stadtrat nimmt dieses Thema sehr ernst und sucht nach Lösungen. Teilweise hat er bereits Lösungen gefunden. Stadtpräsident M. Künzle möchte die Gelegenheit wahrnehmen, darauf hinzuweisen, dass bei dieser Thematik Prävention einen hohen Stellenwert hat. Hier macht die Stadt Winterthur traditionell sehr viel. Trotzdem konnten die Syrienreisen nicht verhindert werden. Das heisst, dass die bestehenden Programme ausgeweitet, ergänzt und angepasst werden müssen. Diese Arbeit benötigt Zeit. Ein Beispiel: Das Jugendhaus in der Stadt Winterthur funktioniert gut. Man arbeitet mit Jugendlichen zwischen 16 und 22 Jahren zusammen. Ein grosser Prozentsatz der regelmässigen Gäste sind Muslime mit Migrationshintergrund, viele in prekären Situationen bezüglich Job und Anerkennung – genau die gefährdete Zielgruppe. Integration ist seit mehr als 15 Jahren Kernaufgabe des Jugendhauses. An diese Zielgruppen kommt beispielsweise die Schule nicht mehr heran. Quartierentwicklung, Mojawi, Schulbehörden, Integrationsförderung etc. – diese Stellen haben intensiven Kontakt mit diesem Bevölkerungssegment. Die Stadt ist nahe bei den Menschen – sehr nahe. Innerhalb der einzelnen Departemente aber auch departementsübergrei-

feld wird in Bezug auf das Thema Radikalismus zusammengearbeitet. Seit längerem wird der Kontakt zu diversen Stellen gesucht. Das ist nicht überall einfach, aber der Stadtrat bleibt am Ball. Er ist zuversichtlich, dass auch in nächster Zeit der Austausch gelingen wird. Die Stadt arbeitet mit den vorhandenen Ressourcen und im Verbund mit Partnern am Thema Radikalismus. Die Botschaft des Stadtpräsidenten an die Bevölkerung: Der Stadtrat unternimmt etwas. Aber er kann und will nicht über Details sprechen oder diese bekannt geben, damit nichts und niemand gefährdet wird. Jihadismus gehört zu den grössten internationalen Herausforderungen unserer Zeit. Winterthur kann das Problem nicht lösen. Aber die Stadt will ihren Anteil leisten und möglichst weitere Syrienreisen verhindern. Winterthur ist die sicherste Grossstadt der Schweiz und das auch vor dem Hintergrund der allgemeinen Lage – international, national und lokal. Der Stadtrat arbeitet daran, dass das so bleibt.

Fraktionserklärung

Postulat 2015/009, Baurechtsverträge und Nutzung auf dem Zeughausareal Nord
R. Diener (Grüne/AL) spricht heute nicht zur Klimaerwärmung, nicht zum Thema IS und auch nicht zum Thema Parkplätze. Es geht um das Thema Zeughausareal. Das beschäftigt die Stadt seit geraumer Zeit und wird Winterthur auch in Zukunft beschäftigen. 2013 hat der Gemeinderat der Umzonung des nördlichen Teils des Zeughausareals zugestimmt. Damit hat er die Entwicklung des Areals, auf dem die geschützten Zeughäuser stehen, vorange-trieben. Mit der Weisung wurde deutlich zum Ausdruck gebracht, dass eine Gesamtnutzung und Gesamtentwicklung auf dem Areal wichtig sind. Dabei sollte eine Durchmischung von Kleingewerbe, Quartierleben, künstlerischen Ansprüchen etc. angestrebt werden – das heisst eine typische Quartierentwicklung in einem städtebaulichen Kontext. Damals stand das Resultat eines Wettbewerbs in Vordergrund. Das wurde auch in der Weisung deklariert. Dieser Ansatz sollte weiterverfolgt werden. Das Zentrum für Nachhaltigkeit hat ein Projekt eingereicht, das als Siegerprojekt ausgewählt wurde. Es war klar die Absicht, dieses Projekt weiterzuverfolgen und die gemischte Nutzung weiterzutreiben. Der Projektwettbewerb hat klar gezeigt, dass eine Nutzung gemeinsam mit einem Schulbetrieb schwierig und konflikt-reich wäre. Jetzt sollen die öffentlichen Räume gemeinsam mit der Schulalternative Zürich (SalZH) genutzt werden.

Nach der Ablehnung des Projekts auf dem mittleren Zeughausareal und der kleinen Zeughauswiese durch das Volk, ist der Stadtrat zu einem anderen Schluss gekommen. Er will das Areal nicht weiter entwickeln und den Teil Nord zwei separaten Baurechtsnehmern im Bau-recht abgeben – nämlich einerseits der SalZH, die jetzt als Ankermieterin auf dem Areal ist und andererseits dem Zentrum für Nachhaltigkeit. Eine Aufsplittung und Segmentierung wur-de mit dem ursprünglichen Projekt nicht empfohlen. Aber der Stadtrat hat die Kompetenz, das so zu machen. Das bleibt ihm unbenommen. Inzwischen wurde das Baurecht für die SalZH vergeben. Die Baueingabe für eine Erweiterung der Schule wurde eingereicht. Nach dem Kenntnisstand von R. Diener ist das bereits gesichert. Klar ist, das sieht man wenn man mit den Leuten spricht, die den anderen Teil entwickeln wollen, dass Konflikte zu erwarten sind. Gemeinsame Nutzungen sind schwierig, insbesondere im mittleren Teil. Eine Aufwer-tung des Bereichs entlang des Mattenbachs wird ebenfalls schwierig. Eine Nutzung durch die Öffentlichkeit wird schwierig, so wie das Projekt jetzt angegangen wird. Unter diesen Umständen von einer gemeinsamen Nutzung zu reden, ist eigentlich ein Feigenblatt, hinter dem sich die Zementierung des Status quo versteckt. Die Grüne/AL-Fraktion hat ein Postulat eingereicht, mit dem angeregt wurde, das Projekt erneut zu diskutieren und auf den Ent-scheid zurückzukommen, der gemeinsam im Rat gefällt wurde – allerdings ohne Diskussion. R. Diener hat selber auch nichts dazu gesagt. Das Anliegen sollte trotzdem erneut diskutiert werden, damit der Gemeinderat zu einem Beschluss kommen kann. Das Postulat hat bei der Einreichung sehr wenig Unterstützung erhalten. Deshalb verzichtet die Grüne/AL-Fraktion darauf, das Geschäft weiterzuverfolgen. Die Fraktion ist aber über den Kleinmut in diesem Parlament, das eine entwicklungspolitische Entscheidung einfach laufen lassen und sich nicht intensiv damit beschäftigen will, sehr enttäuscht. R. Diener nimmt zur Kenntnis, dass das Vorgehen des Stadtrates offenbar von einer grossen Mehrheit getragen wird. Das Postu-

lat 2015/009, Baurechtsverträge und Nutzung auf dem Zeughausareal Nord, wird deshalb zurückgezogen.

Stadtpräsident M. Künzle: Das Postulat zeigt, dass es unterschiedliche Interpretationen des Volksentscheides gibt. Darüber wurde im Rat bereits diskutiert. Der Stadtrat hat das Geschäft ebenfalls geprüft. Die Vorlagen in Bezug auf die Überbauung und die Umzonung wurden abgelehnt – der Stadtpräsident betont – auch die Umzonung wurde abgelehnt. Der Stadtrat hat von dieser Entscheidung abgeleitet, dass das Areal für eine Zwischennutzung vergeben werden kann. Mit der armasuisse hat der Stadtrat für den mittleren Teil des Areals das Gespräch gesucht und eine Offerte eingereicht. Er hat zwar eine Absage erhalten, wird aber am Ball bleiben. Der Stadtrat ist der Meinung, dass der mittlere Teil des Grundstückes von der armasuisse gekauft werden kann. Damit kann die nächste Generation für das ganze Areal eine Lösung finden. Es ist tatsächlich so, der Baurechtsvertrag mit der SalZH wurde abgeschlossen. Das Zentrum für angewandte Nachhaltigkeit ist noch dran. Das Konzept musste überarbeitet werden. Das Zentrum wird den vorderen Schenkel der Zeughäuser erhalten. Stadtpräsident M. Künzle ist überzeugt, dass es ein lebendiges Areal sein wird. Die Konflikte, über die immer wieder diskutiert wird, sind lösbar – davon ist der Stadtpräsident überzeugt. Es wäre gelacht, wenn die beiden Institutionen es nicht zustande bringen würden, diesen Mittelteil gemeinsam zu nutzen. Eine Lösung kann sicher gefunden werden. Die Aufwertung des Mattenbachs wäre mit der Realisierung der Wohnüberbauung erfolgt. Jetzt muss damit zugewartet werden.

Ratspräsident M. Wenger: Traktandum 9: Das Geschäft 2015/081, „Balance“-Massnahme: Teilrevision (III. Nachtrag) Verordnung über die Abfallentsorgung, ist noch nicht behandlungsreif und wird von der Traktandenliste abgesetzt. Das Traktandum 4, „Finanzielle Vergütung Stadtwerk Winterthur“ und das Traktandum 6, „Jährlich wiederkehrende Beiträge an die Angebote der Offenen Jugendarbeit (OJA)“ werden ohne Beratung behandelt. Die Geschäfte werden vorgestellt, danach wird direkt darüber abgestimmt. Auf der Einladung sind zwei Doppelsitzungen vorgesehen – heute und am nächsten Montag. Am 14. Dezember 2015 ist eine Einzelsitzung vorgesehen. Stadtpräsident M. Wenger hofft, dass das Budget in dieser Zeit fertig beraten werden kann. Die Volksinitiative „Schaffen und Wohnen z'Winterthur“ muss auf jeden Fall behandelt werden. Es werden keine Anträge gestellt.

1. Traktandum

Protokoll der 6./7. Sitzung des Amtsjahres 2015/2016

Ratspräsident M. Wenger: Das Protokoll wurde in der Stadtkanzlei zur Einsicht aufgelegt und im Internet veröffentlicht. Einsprachen oder Mitteilungen sind keine eingegangen. Der Ratspräsident stellt den Antrag, das Protokoll abzunehmen. Es gibt keine Einwendungen oder Bemerkungen. Damit ist das Protokoll vom 24. August 2015 abgenommen. Besten Dank an die Protokollführerin Katharina Lang.

2. Traktandum

GGR-Nr. 15-088: Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Bildung, Sport und Kultur anstelle des zurücktretenden D. Berger (AL) für den Rest der Amtsdauer 2014/2018

S. Stierli (SP): Die IFK schlägt Katharina Gander (AL) zur Wahl vor.

Ratspräsident M. Wenger stellt fest, dass keine weiteren Kandidaturen gemeldet werden. Damit ist Katharina Gander (AL) in die Sachkommission Bildung, Sport und Kultur gewählt.

3. Traktandum

GGR-Nr. 15-089: Wahl eines Mitgliedes in die Bürgerrechtskommission anstelle der zurückgetretenen G. Stritt (SP) für den Rest der Amtsdauer 2014/2018

S. Stierli (SP): Die IFK schlägt Benedikt Zäch (SP) zur Wahl vor.

Ratspräsident M. Wenger stellt fest, dass keine weiteren Kandidaturen gemeldet werden. Damit ist Benedikt Zäch (SP) in die Bürgerrechtskommission gewählt.

4. Traktandum

GGR-Nr. 15-068: Finanzielle Vergütung Stadtwerk Winterthur 2016

Ratspräsident M. Wenger: Über das Traktandum kann ohne Beratung abgestimmt werden. B. Meier wird das Geschäft vorstellen.

B. Meier (GLP/PP): Das Geschäft 2015/068 betrifft die ausserordentliche finanzielle Vergütung von Stadtwerk Winterthur zugunsten des steuerfinanzierten Bereichs im Budgetjahr 2016. Es geht um eine ausserordentliche Kompensation in der Höhe von 3,2 Millionen. Ausgangslage: Es gibt einen Grundsatzbeschluss aus dem Jahr 2013, Geschäft 2013/104. Der Gemeinderat hat für das Budget 2014 zum ersten Mal in einer neuen Form die Bestimmungen zur finanziellen Vergütung von Stadtwerk Winterthur an den steuerfinanzierten Bereich geregelt. Unter diesem Grundsatzbeschluss wurden in den Jahren 2014 und 2015 10,9 Millionen beziehungsweise 11,8 Millionen vergütet. Für 2016 ist eine Vergütung von 10,5 Millionen budgetiert. Zusätzlich zu diesem Grundsatzbeschluss wurden mit separaten Weisungen und begründet durch die ausserordentliche Finanzlage ausserordentliche Vergütungen ins Budget 2014 und 2015 aufgenommen und vom Gemeinderat jeweils auf 1 Jahr begrenzt. In den Jahren 2014 und 2015 waren es 3,2 Millionen und 2,6 Millionen. Für das nächste Jahr ist eine ausserordentliche Vergütung von 3,2 Millionen beantragt. Weiter gehört zur Ausgangslage, dass der Bezirksrat mit einem Schreiben vom 27. März 2015 folgendes beschlossen hat: Er hat moniert, dass diese Vergütung aus verschiedenen Profit-Center von Stadtwerk keine ausreichende Rechtsgrundlage hat. Es wird gesagt, dass für jedes Profit-Center oder für jedes Geschäftsfeld, das Stadtwerk Winterthur betreibt, aus dem eine Vergütung an den steuerfinanzierten Bereich geleistet wird, eine separate Rechtsgrundlage vorhanden sein muss, die den Zweck und die maximale Höhe dieser Vergütung umschreibt. Der Bezirksrat sagt im Weiteren, dass die bisherige Praxis noch maximal bis 2016 toleriert wird. Das heisst, dass im nächsten Jahr für das Jahr 2017 neue Rechtsgrundlagen für die Vergütung aus den Geschäftsfeldern Gas, Fernwärme und Energie-Contracting erarbeitet werden müssen. Die Art und Weise der Budgetierung, wie sie für 2016 vorgenommen wurde, muss geändert werden. Zur Ausgangslage gehört auch, dass mit dem Geschäft 2015/069, das später behandelt wird, eine Netzabgabe auf den Strombezug eingeführt werden soll. Gemäss Vorschlag des Stadtrates soll mit dieser Netzabgabe an das Gemeinwesen mit einem Ertrag von 3,3 Millionen, eine zusätzliche direkte Vergütung von den Stromkunden an die Stadtkasse fliessen. Die Vergütungen an Stadtwerk in der Übersicht zeigen, dass mit der befristeten ausserordentlichen Kompensation von 3,2 Millionen für das Jahr 2016 ein Gesamtbetrag von 13,7 Millionen erreicht wird. Zudem wird mit der neuen Netzabgabe von 3,3 Millionen von den Stromkunden an den steuerfinanzierten Bereich eine weitere Abgabe geleistet, was den Gesamtbetrag auf 17 Millionen erhöht.

Die Beratung in der BBK ist, trotz des Beschlusses mit 9 zu 0 Stimmen, alles andere als diskussionslos verlaufen. Es wurde vor allem Wert darauf gelegt, zu verstehen, wie die verschiedenen Vergütungen zustande kommen, begründet sind und was sie summarisch ausmachen. Die Gesamtsumme der Vergütungen an den steuerfinanzierten Bereich von 17,0

Millionen muss beachtet werden. In der Diskussion wurde eine allgemeine Unzufriedenheit zum Ausdruck gebracht, weil der Bezirksrat auf die fehlenden Rechtsgrundlagen aufmerksam machen musste. Die Beschlüsse, die dem Gemeinderat vorgelegt werden, müssen diesbezüglich geprüft und die rechtlichen Anforderungen müssen entsprechend erfüllt sein. Zudem wurde vorgeschlagen, die ausserordentliche Abgabe, die jetzt diskutiert wird, zu erhöhen und zwar in einem Ausmass, dass auf die neue Netzabgabe im folgenden Geschäft verzichtet werden könnte. Diese zusätzliche Erhöhung könnte für 1 Jahr beschlossen werden, während die Netzabgabe für mehrere Jahre gilt. Dieser Vorschlag hat in der BBK keine Mehrheit gefunden, unter anderem weil in der BBK mehrere Modifikationen, die das Geschäft konsensfähiger machen, vorgenommen wurden. Diese Anträge können im folgenden Traktandum diskutiert werden. Die BBK hat dieser ausserordentlichen Kompensation, wie vom Stadtrat vorgeschlagen, im Umfang von 3,2 Millionen mit 9 zu 0 Stimmen zugestimmt.

Ratspräsident M. Wenger lässt über den Antrag des Stadtrates abstimmen: In Ergänzung des Beschlusses GGR-Nr. 2013-104 vom 2. Dezember 2013 wird die finanzielle Vergütung von Stadtwerk Winterthur zugunsten des steuerfinanzierten Bereichs der Stadt für das Jahr 2016 um eine ausserordentliche Kompensation von Fr. 3.2 Mio. erhöht.

Der Rat stimmt dem Antrag einstimmig zu.

5. Traktandum

GGR-Nr. 15-069: «Balance»-Massnahme: Anpassung Verordnung über die Abgabe von Elektrizität (2. Nachtrag) bezüglich öffentliche Beleuchtung und Abgaben an das Gemeinwesen; Festlegung der Abgaben an das Gemeinwesen basierend auf der Netznutzung ab 1. Januar 2016

B. Meier (GLP/PP): Der Antrag des Stadtrates umfasst 3 Ziffern: Ziffer 1 beinhaltet die Änderung der Verordnung über die Abgabe von Elektrizität (VAE) und zwar den § 32, mit dem die Höhe der Abgabe festgelegt wird und die §§ 46 und 47, die festlegen, wem die öffentliche Beleuchtung der Stadt gehört. Ziffer 2 betrifft die Inkraftsetzung und schliesslich Ziffer 3, mit der, gestützt auf die vorgeschlagene Änderung aber in einem separaten Beschluss, die konkrete Abgabe ab 2016 festgelegt wird. Das ist der Antrag des Stadtrates. Ausgangslage: Mit dem Grundsatzbeschluss des Gemeinderates (GGR-Nr. 2013/104) sollten die Kosten künftig von Stadtwerk selber getragen werden. Dieser Beschluss enthält Bestimmungen, wie die finanzielle Vergütung von Stadtwerk an den steuerfinanzierten Bereich aussehen soll. Als Teil dieser Entschädigung soll Stadtwerk die öffentliche Beleuchtung übernehmen. Der Bezirksrat hat dann aber, in Abstimmung mit dem Gemeindeamt, erklärt, dass diese Übernahmen nicht akzeptiert werden kann, weil grundsätzlich nach zürcherischer Lesart des Gesetzes die Beleuchtung zur Strasse gehört und als Teil der Strasse im steuerfinanzierten Bereich angeordnet ist. Das wurde bereits bei der Abnahme der Rechnung 2014 rückwirkend für das Jahr 2014 zur Kenntnis genommen und entsprechend korrigiert. Als Folge aus dieser Beanstandung durch den Bezirksrat und das Gemeindeamt muss die Verordnung über die Abgabe von Elektrizität angepasst werden.

Die Stromgesetzgebung des Bundes erlaubt grundsätzlich eine Abgabe an das Gemeinwesen basierend auf der Netznutzung beim Strom. Diese Abgabe gibt es bereits in Winterthur. Damit wird das Gebäudeprogramm seit 2012 finanziert in der Höhe von 0,32 Rp. pro kWh. Der Stadtrat schlägt vor, diese Abgabe zu erhöhen, um einen Beitrag an die öffentliche Beleuchtung zu leisten. Diese Art der Mitfinanzierung wird vom Stadtrat als zulässig beurteilt – unter anderem mit einem Verweis auf die Praxis der Stadt Zürich. Vorschlag des Stadtrates im Detail: Konkret sollen für die ersten 100'000 kWh pro Abnahmestelle, also pro Kunde, 0,32 Rp. für das Gebäudeprogramm erhoben werden und für das was darüber hinausgeht 0,2 Rp. Das dient der Finanzierung des Förderprogramms im Gebäudebereich. Neu soll zusätzlich für die Lieferung der ersten 100'000 kWh eine Abgabe von 1,02 Rp. für die öffentliche Beleuchtung eingeführt werden. Für Strombezüge über 100'000 kWh, das betrifft die

Grosskunden, die sich auf dem freien Markt bewegen und den Lieferanten frei wählen können, soll keine weitere Abgabe erhoben werden. Damit soll die Massnahme insofern wirtschaftsfreundlich ausgestaltet werden, als dass Grossbezüger nur mit den ersten 100'000 kWh an der Abgabe partizipieren. Der Quervergleich der Abgabenhöhe, die bei insgesamt 1,5 Rp. festgesetzt werden soll, wobei konkret 1,34 Rp. ausgeschöpft werden, präsentiert sich folgendermassen: Es gibt Städte mit höheren Abgaben, wobei die Stadt Basel einen grossen Teil der 7,04 Rp. wieder zurückverteilt an die Einwohnerinnen und Einwohner. Es gibt Städte wie Schaffhausen, die keine Abgaben festgesetzt haben. Winterthur wäre mit diesen Abgaben im Mittelfeld oder im oberen Mittelfeld.

Die Beratung in der BBK hat grundsätzliche Diskussionspunkte und Fragen beinhaltet. Soll überhaupt eine neue Abgabe eingeführt werden? Ist die Vorgabe der Steuerfinanzierung der Beleuchtung erfüllt? Der Bezirksrat und das Gemeindeamt erklären, dass die Beleuchtung steuerfinanziert sein muss, gleichzeitig wird eine Abgabe eingeführt, die mehr oder weniger direkt zur Finanzierung der Beleuchtung dient. Ist allenfalls die Formulierung der Zweckbindung zu eng? Zudem wurde die Höhe der Abgabe diskutiert. Auch der Zusammenhang mit der Verselbständigung von Stadtwerk wurde genannt. Die Diskussion hat zu verschiedenen Änderungsanträgen geführt. Die Anträge, die eine Mehrheit gefunden haben, sind auf dem gelben Blatt aufgelistet. Die wichtigsten Punkte: Das Maximum wird von der BBK tiefer festgesetzt als vom Stadtrat, 2016 soll weniger ausgeschöpft werden und eine Befristung soll festgesetzt werden. Die Festsetzung soll jährlich stattfinden. B. Meier wird die Änderungen in der Form einer Synopse durchgehen. Er dankt F. Helg für die Vorbereitungsarbeit, die den Überblick deutlich erleichtert. Vor allem sind, im Gegensatz zur Weisung, in dieser Synopse der aktuelle Zustand, der Antrag des Stadtrates und der Vorschlag der BBK aufgeführt. Anträge der BBK zu Weisungs-Ziffer 1: „§ 32 (Netznutzungsentgelt) Abs. 3: Der Stadtrat kann Abgaben an das Gemeinwesen basierend auf der Netznutzung bis maximal **1.2 Rp./kWh** festlegen (z.B. zur Finanzierung energiepolitischer Massnahmen). Die Festsetzung der Höhe und die zweckgebundene Verwendung der Abgaben erfolgt **jährlich** auf Antrag des Stadtrats mittels Beschluss des Grossen Gemeinderates. **Der Antrag des Stadtrates ist dem Grossen Gemeinderat bis Ende August zu unterbreiten.** Alle vier Jahre erstattet der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat Bericht und beantragt das weitere Vorgehen. Die Abgaben an das Gemeinwesen sind auf der Rechnung der Kundschaft auszuweisen.“ Heute beträgt die maximale Abgabe 0,5 Rp. Der Stadtrat will 1,5 Rp. und die BBK schlägt 1,2 Rp. vor. Die Festsetzung soll jährlich stattfinden. Es wird ein dritter Satz eingefügt: Der Antrag des Stadtrates ist bis Ende August dem Gemeinderat zu unterbreiten. Das stellt sicher, dass man im Budgetprozess weiss wo man steht bezüglich dieser Abgabe. Parallel zum Prozess zur Festsetzung der Strompreise für das Folgejahr muss Stadtwerk- beziehungsweise Stadtratsintern entschieden sein, was dem Gemeinderat unterbreitet werden soll. Die Sätze müssen entsprechend nummeriert werden. Ziffer 9 der VAE (Inkraftsetzung) wird durch einen Absatz 3 ergänzt: „§ 32 Abs. 3 gilt befristet bis zum 31. Dezember 2018.“ Damit soll diese Abgabe für 3 Jahre eingeführt werden. Das bietet die Möglichkeit, auch im Zusammenhang mit der Verselbständigung von Stadtwerk, die möglicherweise bis zu diesem Zeitpunkt entschieden wird, die Netzabgabe erneut zu überprüfen, ohne dass der Gemeinderat von sich aus mit Vorstössen tätig werden muss. Wichtig sind auch die Änderungen bezüglich der Paragraphen 46 und 47. Das ist eigentlich der Kern des Anstosses. Die heutige VAE besagt, dass die Beleuchtung Stadtwerk gehört und ein Teil des Geschäftsfeldes ist. Auf Betreiben des Bezirksrates muss das geändert. Die Paragraphen 46 und 47 besagen, dass die Beleuchtung im Eigentum der Stadt ist, aber von Stadtwerk erbaut, betrieben und unterhalten wird. Höhe der Abgabe: Währendem der Stadtrat vorschlägt, die neue Abgabe auf 1,02 Rp. festzusetzen, schlägt die BBK 0,68 Rp. vor – also einen Drittel weniger. Zudem ist die Begründung angepasst worden. Der Stadtrat hat geschrieben: „Für die Finanzierung der öffentlichen Beleuchtung“. Die BBK schlägt eine breitere Formulierung der Zweckbestimmung vor. Antrag der BBK zu Weisungs-Ziffer 3: „Für die ersten 100'000 kWh Strom pro Abnahmestelle 1 Rp./kWh; davon 0.68 Rp./kWh als Beitrag an die öffentlichen Beleuchtung auf kommunalen Strassen (Beleuchtungskosten an sich, ökologische und technische Verbesserungen) sowie 0.32 Rp./kWh für die Finanzierung des Förderprogramms Energie im Gebäudebereich.“ Die BBK ist der Meinung, dass dadurch die Eins-zu-Eins-Verknüpfung juristisch besser gehand-

habt wird und damit dem Anliegen, dass die Beleuchtung steuerfinanziert sein soll, besser Rechnung trägt. Zudem ist die Regelung weniger anfechtbar. Bezüglich Gebäudeprogramm gibt es keine Änderungen. Ein Detail, das wichtig werden könnte, ist die Frage des Inkrafttretens. Weil die Netzabgabe ab Januar 2016 erhoben werden soll, hat die BBK einstimmig beschlossen, dass die Inkraftsetzung auf den 1. Januar 2016 erfolgen soll, weil möglicherweise die Rechtskraft erst einige Tage später eintreten könnte – abhängig vom Beschlussdatum. Mit diesen Modifikationen hat die BBK die Einführung der neuen Netzabgabe mit 6 zu 3 Stimmen beschlossen.

R. Diener (Grüne/AL): Wichtigster Punkt der Anpassung dieser Verordnung ist die Übernahme der öffentlichen Beleuchtung durch die Stadt Winterthur. Das hat B. Meier sehr schön erläutert, dafür bedankt sich R. Diener. Die ganze Infrastruktur geht wieder ins Eigentum der Stadt Winterthur über. Die Finanzierung, das ist der kritische Punkt, auf den R. Diener eingehen will, soll grundsätzlich aus dem Steuerbudget gewährleistet werden. Das ist klar und wurde bereits erläutert. R. Diener zitiert eine Aussage des Gemeindeamtes: „Öffentliche Güter, die allen dienen und keine besonderen Vorteile für bestimmte Benutzergruppen haben, sind prinzipiell von den Steuern zu finanzieren.“ Der zuletzt gefällte Entscheid zu diesem Thema stammt aus dem Jahr 2013. Der Gemeinderat hat beschlossen, dass Stadtwerk die öffentliche Beleuchtung übernehmen und komplett finanzieren soll. Dazu kann R. Diener nur sagen: „Mea culpa“. Er hat damals nicht gut aufgepasst und die Vorlage angenommen. Auch die Grüne/AL-Fraktion hat damals nicht realisiert, dass das ein Problem sein könnte. Mit der vorliegenden Weisung werden die Eigentumsverhältnisse geklärt und festgelegt, dass diese Aufgabe grundsätzlich von der öffentlichen Hand zu gewährleisten ist. Allerdings wird versucht, da die städtischen Mittel knapp sind, das Geld, das zur Deckung der jährlichen Kosten benötigt wird, nicht aus dem steuerfinanzierten Bereich zu nehmen, sondern als Abgabe auf den Strom zu erheben. Das sind etwas mehr als 3 Millionen. Damit finanzieren die Strombezüger diese Leistung. Geplant war eine Eins-zu-Eins-Übertragung, was faktisch auf eine mehr oder weniger hundertprozentige Gebührenfinanzierung hinauslaufen würde. Das kann es nicht sein. Das ist auch der Grund, warum die Grünen zunächst einen Ablehnungsantrag in Bezug auf diesen Punkt, gestellt haben. Es ist eigentlich nicht in Ordnung, dass man jetzt Geld über Gebühren eintreibt, das im Prinzip über den steuerfinanzierten Bereich erhoben werden müsste. Von verschiedenen juristischen Personen hat die Fraktion eine Qualifizierung erhalten, die dieses Vorgehen als heikel bezeichnet. Auch wenn die Stadt Zürich das so handhabt. Diese Abgabe so zu verwenden, ist juristisch sehr heikel und eigentlich nicht sauber.

Es gibt keine identifizierbare Relation zwischen dem Strombezug der einzelnen Kunden und dem Nutzen, den sie durch die Strassen haben. In der zweiten Runde haben die Fraktionsmitglieder die Schwierigkeiten erkannt. Die Stadt befindet sich in einer schwierigen finanziellen Situation. Das Thema wurde mit allen Beteiligten intensiv diskutiert. Der grüne Teil der Fraktion hat einen Kompromissantrag eingebracht, der die wesentlichen Punkte aufnimmt: Reduktion auf einen Drittel des ursprünglichen Antrags, das heisst Reduktion auf 1,2 Rp. als Gesamtdeckel. Zudem wurde die Begründung geändert. Damit kann das Geld explizit auch für ökologische Verbesserungen und Massnahmen im Sinne der Energiewende verwendet werden. Das ist der wichtigste Punkt für die Grünen. Mit dem Förderprogramm Energie, dem Gebäudesanierungsprogramm, das bereits läuft, ist die Stadt bereits in dieser Richtung aktiv. Die gemeinsamen Aufgaben, die für alle einen grossen Nutzen bringen, werden damit stärker in den Vordergrund gerückt. Der grüne Teil der Fraktion stimmt dem Kompromissantrag zu und nimmt auch die übrigen Anträge, so wie sie vorgestellt wurden, an.

F. Helg (FDP): Die FDP-Fraktion erachtet die Abgabe auf dem Strom als gangbarer Weg. Gangbar deshalb, weil diese Vorlage ein Kompromiss ist – R. Diener hat das erwähnt. Insgesamt erscheint sie als moderat. Die Belastung der Strombezüger ist insgesamt verkraftbar und überdies momentan auf ein Jahr befristet; namentlich werden die Grossbezüger in der Wirtschaft und im Gewerbe nicht übermässig zur Kasse gebeten. Gleichzeitig wird doch auch ein Beitrag geleistet, dem Ziel eines ausgeglichenen Budgets ohne Steuererhöhung näher zu kommen. F. Helg erinnert daran, dass heute Abend einige Budget-Anträge zum

Beispiel im Bereich Soziales gestellt werden, die keine Mehrheit finden werden. Auch die Möglichkeit, die ausserordentliche Vergütung von Stadtwerk an die Stadtkasse, das betrifft das vorhergehende Geschäft, für ein Jahr zu erhöhen, war nicht mehrheitsfähig. Das zeigt, der Handlungsspielraum ist insgesamt beschränkt. Summa summarum ist – ganz pragmatisch gedacht – der Weg, der jetzt mit der modifizierten Kompromissvorlage eingeschlagen wird, zwar ein holpriger, aber insgesamt gangbar.

Wichtig ist aus Sicht der FDP, dass der Mechanismus für die Festlegung dieser Abgabe an das Gemeinwesen jetzt neu besser strukturiert wird. Die FDP hat die Regelung im § 32 Abs. 3 genau analysiert und Modifikationen beantragt. Diese sind in der Kommissionsberatung angenommen worden und werden jetzt als Beschluss beantragt. So ist es neu möglich jedes Jahr neu über die Abgabe zu befinden, und zwar frühzeitig, vorgelagert zum Budget-Prozess. Der Stadtrat wird künftig nämlich die Weisung jeweils bis Ende August vorlegen, koordiniert mit der Publikation der Stromtarife für das Folgejahr, die ebenfalls bis Ende August erfolgen muss. Ausserdem ist die ganze Regelung auf drei Jahre befristet. Bis Ende 2018 sollte die Verselbständigung von Stadtwerk vollzogen sein, so dass darüber hinaus ohnehin neue Rechtsgrundlagen gelten werden. Kommt die Verselbständigung nicht zustande, wäre nach drei Jahren Bilanz über den Mechanismus zu ziehen und neu über die Zukunft dieser Abgabe zu befinden.

L. Banholzer (EVP/BDP): Der Referent hat verschiedene Turbulenzen, die die Finanzierung der öffentlichen Beleuchtung im Rahmen der Sparmassnahmen miterlebt hat, aufgezeigt. Tatsache ist, dass es gelingen muss, die Stadt zu entlasten und gewisse anfallende Kosten über andere Kanäle zu finanzieren. Vor zwei Jahren wurde die öffentliche Beleuchtung ganz zur Finanzierung an Stadtwerk abgegeben. Die Kosten für die Beleuchtung wurden aus den Einnahmen der Stromverteilung bezahlt. Wenn jetzt eine Abgabe an das Gemeinwesen eingeführt wird, um einen Teil der öffentlichen Beleuchtung zu finanzieren, ändert sich wenig an der damaligen Absicht. Die Finanzierung wird aber anders ausgewiesen, nämlich direkt auf der Stromrechnung des Kunden. Für die EVP/BDP-Fraktion ist die Belastung der Stromkunden moderat und der Strom bleibt weiterhin im Vergleich zu anderen Städten in einem guten Rahmen. Die BBK hat die vom Stadtrat festgelegte Maximalhöhe reduziert und den Zweck der Abgabe präzisiert. Sie hat auch eine erhöhte Kontrolle der Abgabe durch das Parlament gutgeheissen. Diesen Anträgen schliesst sich die EVP/BDP-Fraktion an. Auch in Anbetracht der Tatsache, dass Stadtwerk bis in zwei oder drei Jahren verselbständigt sein soll, macht es Sinn, dass diese Abgabe befristet ist. Dann kann der Gemeinderat erneut entscheiden, ob diese Abgabe ans Gemeinwesen weiterhin erhoben werden soll. Unter all diesen Vorzeichen stimmt die EVP/BDP-Fraktion der Vorlage mit den Änderungen durch die BBK zu.

F. Landolt (SP): Die SP-Fraktion stimmt ebenfalls zu. In der BBK wurde intensiv diskutiert. Die Vorlage wurde doch ziemlich modifiziert. F. Landolt will auf einige Punkte hinweisen, die ihm besonders wichtig sind. Einerseits ist die Erhöhung moderat und wird ca. 40 bis 50 Franken pro Haushalt ausmachen. Letztlich bringt das zusätzliche Einnahmen in die Stadtkasse. Der Kompromiss ist vertretbar. Zwei Sachen sind F. Landolt wichtig. Zum einen das Energieprogramm, das heisst die Energieabgabe: Es war irritierend, dass keine Berichterstattung über das Energieprogramm in der BBK stattfand. Es wurde aber glaubhaft versichert, dass der Stadtrat auf dem Weg dazu ist. Man kann gespannt sein auf das Resultat. Zum anderen ist es ein zentraler Punkt, dass das Jahr 2016 genutzt werden muss, um die rechtlichen Grundlagen für die verschiedenen Sparten, nicht nur für die Stromabgabe, sondern auch für Fernwärme, Gas etc. zu schaffen und die Abgaben von Stadtwerk an das Gemeinwesen zu regeln. Das ist eine grosse Aufgabe, einerseits für das Departement des Stadtrates M. Gfeller und andererseits für die Kommission für die Verselbständigung. Hier muss man strategisch und langfristig denken. Die SP wird zustimmen.

M. Baumberger (CVP/EDU): Die CVP/EDU-Fraktion lehnt das Geschäft entschieden ab. Die Sache ist eigentlich sehr simpel. An den kommenden drei Sitzungen zum Budget, die erste hat bereits begonnen, geht es nicht nur um 3 Steuerprozent, sondern um 4. Das vierte Steuerprozent wird jetzt diskutiert. Alle die diesem Geschäft, mit oder ohne Kompromiss zu-

stimmen wollen, dieser Kompromiss ist ein Wolf im Schafspelz ohne besonders kuschliges Schaffell, können am Ende der Budgetdebatte nicht behaupten, sie hätten gegen eine Steuererhöhung gestimmt. Selbst wenn sie alle anderen Steuererhöhungen ablehnen sollten. Denn etwas mehr als 1 % wird jetzt beraten. Man kann versuchen, sich langfädig aus der Affäre zu ziehen, wie das gemacht worden ist, obwohl die Sache kurz und bündig erklärt werden kann. Private und Gewerbe bezahlen mehr für den Strom in die Stadtkasse. Das ist eine Steuererhöhung, die als Gebühr getarnt ist. Was hinzukommt, die Wettbewerbsfähigkeit der Stadtwerke sinkt. Was ebenfalls kein gutes Signal gegen aussen ist. Es soll ja geprüft werden, ob die Stadtwerke verselbständigt werden sollen. Die CVP/EDU-Fraktion glaubt nicht, dass das der letzte Griff in die Kasse von Stadtwerk ist. Stadtwerk hat sich zu einer reichen Erbtante entwickelt, die immer unverfrorener angepumpt wird. Entsprechend lehnt die CVP/EDU-Fraktion das Geschäft ab und ist einigermaßen überrascht, wenn nicht gar schockiert, zu sehen, was für eine unheilige Allianz zwischen den liberalen Kräften der FDP, den Grünen bis ganz weit links geschmiedet wird. Damit wird entschieden, dass man dem Bürger über 3 Millionen aus der Taschen nimmt. Die CVP/EDU-Fraktion will auf keinen Fall mit diesem ordnungspolitischen Sündenfall etwas zu tun haben. Entsprechend lehnt sie das Geschäft ab.

M. Wäckerlin (GLP/PP) kann dem Vorredner nur zustimmen. Er muss F. Helg leider widersprechen. In Tat und Wahrheit handelt es sich hier um nichts anderes als um eine versteckte Steuererhöhung. Wenn vom steuerfinanzierten Bereich Gelder umgelagert werden in den gebührenfinanzierten Bereich, die Steuern aber nicht gesenkt werden, ist das eine indirekte Steuererhöhung. Entsprechend wird M. Wäckerlin das Geschäft ablehnen. Er sieht mit grösster Missbilligung, wie der Stadtrat immer mehr von diesem Instrument Gebrauch macht, weil er gemerkt hat, dass er Mühe hat eine Steuererhöhung durchzusetzen. Wenn es um das Littering im öffentlichen Raum geht, muss das gleiche Thema erneut besprochen werden. M. Wäckerlin lehnt solche Ansinnen konsequent ab. Mit einer Ausnahme, wenn etwas Eins zu Eins zu einer Gebühr gehört, soll es über Gebühren finanziert werden. Was nichts mit den Gebühren an und für sich zu tun hat, soll nicht über Gebühren finanziert werden. Die Rechnung muss stimmen. Die Gebühren sollen kostendeckend sein aber nicht darüber hinausgehen.

B. Meier (GLP/PP): Zu dem Geschäft ist vieles bereits gesagt worden. Der Anlass, warum das Geschäft in dieser Form diskutiert wird, ist grundsätzlich extrem ärgerlich. Es ist ärgerlich, weil der Stadt auf die Finger geklopft und erklärt worden ist, dass es so nicht geht. Wenn man sich ärgert, kann man damit unterschiedlich umgehen. Häufig hilft es, wenn dieser Ärger kanalisiert und irgendwo hingeschoben werden kann. Grundsätzlich gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder der Ärger wird Richtung Bezirksrat und kantonales Gemeindeamt geschoben oder Richtung Stadtrat. B. Meier macht sich eher Luft, indem er erklärt, dass der Ärger Richtung Stadtrat gehen muss. Es ist extrem unbefriedigend, wie der Stadtrat mit Hüst und Hott versucht, die Beleuchtung zu finanzieren oder versucht aus dem gebührenfinanzierten Bereich Entnahmen Richtung steuerfinanzierten Bereich vorzunehmen. Jetzt muss korrigiert werden, weil das Vorgehen offenbar nicht mit dem zürcherischen Recht vereinbar ist. Die Grünliberalen werden dem zustimmen aber mit einem gewissen Grummeln. Bezüglich der Höhe kann sich B. Meier der Analyse von M. Baumberger ein Stück weit anschliessen – auch wenn die Folgerung nicht ganz gleich ist. Aus energiepolitischer Sicht können die Energiepreise nicht hoch genug sein. Das ist aber nicht die Messlatte, die bei diesem Geschäft angewendet werden soll. Winterthur kann das Problem des zu hohen Energieverbrauchs nicht lösen, indem einfach die Preise hochgeschraubt werden. Aus Winterthurer Sicht muss eine andere Optik massgebend sein. Das ist folgende: Die Stadt ist im Bereich der Steuern im Kanton Zürich oder in der Region Zürich/Ostschweiz wahrlich nicht bei den attraktivsten Standorten. Die Stadt bietet aber Vorteile im Bereich der Gebühren. Diese Vorteile gilt es zu wahren, zu pflegen und wenn möglich auszubauen. Mit der neuen Netzabgabe macht die Stadt nicht unbedingt einen Schritt in die richtige Richtung. Umso wichtiger ist es, dass sie moderat ausgestaltet ist. Sie wurde von der BBK gekürzt, so wie sie jetzt vorliegt. Wichtig ist auch, dass die neue Abgabe auf die ersten 100'000 kWh begrenzt ist. In dieser

Form können die Grünliberalen zustimmen. Ein weiterer Punkt und eine weitere Bedingung für die Zustimmung ist die Befristung auf drei Jahre. In drei Jahren braucht es zwingend eine erneute Auslegeordnung und möglicherweise eine Ablehnung oder ein Rückgängigmachen dieses Schritts.

Eine weitere Bestimmung, die von der BBK eingebracht wurde, ist die jährliche Festsetzung. Im Zusammenhang mit der Entstehung der Budgets in den letzten Jahren ist das richtig. Als Teil des Budgets soll die Netzaufgabe jährlich zur Diskussion stehen. B. Meier betont, auf lange Sicht kann das nicht die Art und Weise sein, wie man die Vergütung von Stadtwerk an die Stadt, an die Eigentümerin von Stadtwerk, festlegt. Langfristig muss die Stadt zwingend von der jährlichen Festsetzung nach Oben oder nach Unten wegkommen. Wenn man mit einer Analogie aus der Geschäftswelt sprechen will: Die Festsetzung der Dividende muss an der Ertragskraft eines Unternehmens gemessen werden und nicht am kurzfristigen Finanzhunger der Aktionäre. Das ist momentan der Fall – grosses Loch in der Kasse, grosse Bedürfnisse, hohe Anträge – wenn es wieder besser aussieht etwas weniger. Die Dividende muss langfristig festgelegt werden können und nicht mit dem jährlichen Budgetprozess. Die Grünliberalen können sich auch der Wortwahl von F. Helg – holpriger aber gangbarer Weg – anschliessen und dem Geschäft zustimmen. Vielleicht unter einer Bedingung beziehungsweise unter einer Zusage, die in der Vorberatung gemacht wurde, dass nämlich für den ganzen Komplex der Vergütungen nächstes Jahr wirklich die Verordnungen und Entscheidungsgrundlagen vorgelegt werden und zwar früh. Es wurde gesagt, dass bis Ende des ersten Quartals diese Vorlagen vorliegen sollten. Das ist wichtig, weil es eine Gesamtsicht braucht. Der Gemeinderat kann nicht scheinbar zuerst über die Fernwärme und danach über das Energie-Contracting und vielleicht noch über das Gas entscheiden. Es braucht von Anfang an eine Gesamtsicht. Früh im Jahr, wenn das Budget noch weiter weg ist, muss der Gemeinderat darüber entscheiden können. B. Meier wäre froh, wenn diese Zusage im Plenum präzisiert oder wiederholt werden könnte, damit sich die Ratsmitglieder bei der Arbeitsplanung darauf verlassen können.

W. Langhard (SVP): Die SVP wird diese Weisung ebenfalls ablehnen. Das wurde bereits in der Kommission gesagt. Die SVP ist enttäuscht vom bürgerlichen Stadtrat, der diese Gebührenerhöhung vorschlägt. Er hat anlässlich der Wahlen versprochen, dass er keine Steuererhöhungen und keine Gebührenerhöhungen will. Genau das wird jetzt gemacht, genau das ist ein Beschluss für die Winterthurer Bürgerinnen und Bürger. Jetzt wird über eine Abgabe diskutiert, mit der eigentlich 1 Steuerprozent hereingeholt werden soll. Damit muss der Stadtrat nicht erklären, dass er die Steuern um 4 Steuerprozent erhöhen will. Das ist nicht in Ordnung und es ist auch gegenüber all denen nicht in Ordnung, die, wie die Grünen das immer wieder fordern, von Öl und Gas auf Wärmepumpen und Tiefenbohrungen umgestellt haben. Genau diese Leute benötigen jetzt Strom und müssen deshalb mehr bezahlen. Das ist nicht wirklich fair. Erstaunlich ist auch, dass die Stadt Winterthur die Strompreise erhöht, im Gegensatz zum EKZ, das in Elsau und in den Gemeinden rund um Winterthur Strom abgibt und die Preise reduzieren will. Das ist genau das Gegenteil. Eigentlich müsste die Stadt auch die Strompreise senken und nicht erhöhen. Die SVP ist enttäuscht. Der Bezirksratspräsident, wie auch die Professoren haben erklärt, dass das nicht der richtige Weg ist. Selbst der Preisüberwacher hat das in Frage gestellt. Stadtrat M. Gfeller hat für die Kritik der Juristen wenig Verständnis. Er findet das Vorgehen in Ordnung mit der Begründung, dass die Städte Zürich und Basel das seit langem machen. Deshalb könne Winterthur ebenfalls diesen Weg einschlagen. Vielleicht wird jemand mit scharfem Geschütz auffahren und über das Gericht einen Anlauf nehmen. Wenn es so weiter geht mit den Gebührenerhöhungen in Winterthur, muss vielleicht ein Gerichtsentscheid herbeigeführt werden. Damit kann dieser Mechanismus vielleicht unterbunden werden. Die SVP ist nicht wirklich erstaunt, dass die FDP plötzlich Allianzen mit den Grünen und Linken schmiedet. Es ist auch im Kantonsrat zu spüren, dass die Unterstützung von bürgerlicher Seite nicht mehr vorhanden ist. Auch die FDP sagt damit ja zu einer Steuererhöhung von einem Prozent.

D. Berger (Grüne/AL): Die unheilige Allianz heute Abend ist die zwischen AL, CVP, SVP und Piratenpartei. Auch die AL lehnt dieses Geschäft ab. Es geht weniger um die umstrittene

Frage, ob das überhaupt erlaubt ist oder nicht. Andere Städte arbeiten mit ähnlichen Regelungen. Die Praxis entspricht scheinbar den gesetzlichen Vorgaben. Diese Frage sollen die Juristen klären. Was im Parlament geklärt werden kann, ist die politische Frage, wieso jemand, der viel Strom verbraucht, mehr an die öffentliche Beleuchtung bezahlen soll. Das ist nicht erklärbar für die AL. Die öffentliche Beleuchtung gehört zur Grundversorgung. Sie ist einfach vorhanden und es ist nicht nachweisbar wer diese wo benutzt. Sie hat auch nichts mit der Stromgewinnung oder mit der Netzversorgung zu tun. Es handelt sich einfach um Licht, das die Strassen beleuchtet. Die Anwohner benötigen dieses Licht und auch die Verkehrsteilnehmer – ob die Leute in der Stadt wohnen oder nicht. Für die AL ist klar, dass die Beleuchtung über die Steuern finanziert werden muss und nicht über weitere Gebühren. Es handelt sich um einen Trick, um den Steueraufwand zu minimieren. Die Änderungen durch die BBK sind zwar clever, sie ändern aber nichts an der Essenz. Als Argument für die Abgabe dieser Gebühr wurde ins Feld geführt, dass die Firmen stärker zur Kasse gebeten werden, die in Winterthur keine Steuern bezahlen. D. Berger glaubt nicht, dass mit kleinen Gebühreintricks etwas gegen die globale Ungerechtigkeit des weltweiten Steuersystems unternommen werden kann. Dass Grosskonzerne wie Starbucks in Winterthur keine Steuern bezahlen, muss an anderer Stelle gelöst werden. Das Argument klingt zwar pragmatisch, ist aber doch ziemlich gesucht, zumal es eine Plafonierung nach Oben gibt – die es für Herrn Meier oder Frau Müller nicht gibt. Bei vielen Firmen ist das aber der Fall. Zum Argument, dass die Steuern um ein Prozent erhöht würden: Es handelt sich nicht um eine Steuererhöhung, sondern um eine Gebühr. Der Unterschied zwischen einer Gebühr und einer Steuererhöhung ist folgender: Eine Steuer ist sozial, weil sie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit berücksichtigt. Eine Gebühr ist in diesem Sinne asozial, wenn es um die Grundversorgung geht, weil jeder genau gleich viel bezahlt, egal wie viel er verdient. Deshalb ist es nicht in Ordnung, wenn man das so umwälzt. Die AL sagt nein zu höheren Gebühren und ja zur Gerechtigkeit.

M. Baumberger (CVP/EDU): Um den Kollegen Berger zu beruhigen – eine Allianz setzt immer eine Absprache voraus. M. Baumberger kann die Ratsmitglieder beruhigen, es wurde keine Absprache getroffen. Von den Konservativen zu den Anarchisten ist es doch noch ein weiter Weg. Nichtsdestotrotz freut sich M. Baumberger, dass die AL für einmal einen guten Entscheid fällt und bestärkt sie darin.

Stadtrat M. Gfeller dankt B. Meier für die transparente Erläuterung der nicht ganz einfachen Vorlage. Der Stadtrat bedankt sich auch bei F. Helg, der das Material aufbereitet hat. Stadtrat M. Gfeller will zurückblenden bis etwa 1996. Bis 1996 haben die Stromkonsumentinnen und Stromkonsumenten den Strom für die öffentliche Beleuchtung, nicht nur in Winterthur auch in Zürich und in anderen Städten, völlig klaglos bezahlt. Das war bis 1996 so und man hat das nicht unvernünftig und nicht speziell ungerecht gefunden. Danach gab es einen Ukas des Preisüberwachers aufgrund eines Rekurses in Winterthur. Winterthur musste daraufhin spüren, alle anderen Städte in der Schweiz komischerweise nicht, obschon der schweizerische Preisüberwacher diesen Entscheid gefällt hat. Das ist ein langanhaltender Ärger, den Stadtrat M. Gfeller hat. Der Preisüberwacher kann einen Entscheid fällen, der nur die Stadt betrifft, in der ein Rekurs eingereicht wurde. Alle anderen Städte betrifft es nicht. Das ist bereits lange her. Der Ärger ist nicht mehr so wichtig. Der zweite Ärger ist, dass es der Kantonsrat nicht geschafft hat, sich grundsätzliche Überlegungen über die Strassenfinanzierung zu machen. Ist es denn gerecht, dass einfach sämtliche Gemeindestrassen, das ist pro Kilometer der grösste Teil des städtischen Strassennetzes in Winterthur, einfach durch Steuern finanziert werden? Viele Liegenschaften-Besitzerinnen und Liegenschaften-Besitzer können stark profitieren, weil sie ihre Häuser an einer gut ausgebauten Strasse vermieten können. Die Steuern bezahlen sie aber nicht in Winterthur. Sie profitieren stark von einem guten Strassennetz und einer guten Strassenbeleuchtung und tragen nichts dazu bei. Stadtrat M. Gfeller ist zum Teil mit D. Berger einverstanden. Es handelt sich um eine kleine Massnahme. In der Regel müsste man auf kantonaler oder eidgenössischer Ebene ansetzen. Aber die Art und Weise der Strassenfinanzierung im Kanton Zürich ist ganz sicher nicht gerecht und nicht der Weisheit letzter Schluss. Das kann Winterthur im Moment nicht än-

dern. Der Stadtrat will den Beschluss, den der Gemeinderat vor zwei Jahren gefasst hat, nämlich, dass die öffentliche Beleuchtung ein Teil des Stromnetzes sein soll, umsetzen. Das Stromnetz profitiert davon, dass dieser Strom vor allem nachts, wenn der Strom tendenziell billiger ist, benötigt wird. Hier gibt es gewisse kommunizierende Gefässe. Es ist nicht einfach willkürlich, wenn man das zusammenfasst. Man könnte noch genauer hinschauen und prüfen, welche Leitung welches Trassee benützt. Ist für die öffentliche Beleuchtung ein separates Trassee nötig oder nicht? Das würde sehr kompliziert werden. Aber es sind durchaus eng miteinander verknüpfte Geschäfte. Es sind zum Teil die gleichen Leuten, die Pikettendienstleistungen erbringen. Im Moment ist der Chef der öffentlichen Beleuchtung der Stadt Winterthur gleichzeitig stellvertretend Chef des gesamten Elektrizitätswerks. Das ist bis im Februar 2016 so, bis ein neuer Chef des Elektrizitätswerks die Aufgaben übernehmen kann. Es gibt viele kommunizierende Gefässe. Zudem ist es eine Illusion, zu meinen, man könne alles gerecht und messerscharf trennen. Mit dieser Weisung beabsichtigt der Stadtrat den juristisch hoffentlich einigermaßen korrekten Nachvollzug des Gemeinderatsentscheids aus dem Jahr 2008. Damals hat das Parlament entschieden, dass die öffentliche Beleuchtung nicht grundsätzlich über die Steuern finanziert werden soll. Der Geschäftsteil Strom von Stadtwerk soll einen Beitrag leisten. Genau das beantragt der Stadtrat mit diesem Geschäft. Das ist die logische Konsequenz von früheren Gemeinderatsbeschlüssen. Umso mehr überrascht die Opposition des Parteikollegen R. Diener, der schreibt, dass dieses Vorgehen nicht sauber sei. Das Geschäft muss man vor dem Hintergrund dessen betrachten, was in anderen Städten Usanz ist. Zürich wurde erwähnt. Die Städte können auf Seite 3 der Weisung miteinander verglichen werden. Zum Teil wurden wesentlich höhere Abgaben festgelegt unter ganz anderen Bedingungen. Der Stadtrat hat versucht einen früheren Gemeinderatsentscheid umzusetzen – kompatibel mit der Stadt Zürich. Die vereinigten Bezirksräte von Winterthur und Zürich müssen sich vielleicht zusammensetzen und entscheiden was für sie besser ist.

Mit dem Kompromiss der BBK liegt Winterthur im Bereich der Stadt Zürich. Die Abgaben sind damit wesentlich günstiger als in den Städte Bern und Basel. Der Stadtrat beantragt an der ursprünglichen Höhe der Abgabe festzuhalten – insbesondere was die Verordnung angeht. Er ist der Meinung, dass die 1.5 Rp. korrekt sind und nicht überspannt. Diese Abgabe ist angemessen. Der Stadtrat beantragt im Antrag 1 die 1,2 Rp. der BBK den 1,5 Rp. des Stadtrates gegenüberzustellen. Das Gleiche muss konsequenterweise für den Antrag 3 gelten: Für die ersten 100'000 kWh Strom einer Abnahmestelle sollen weiterhin 1,34 Rp./kWh als Gesamthöhe gelten. Einverstanden ist Stadtrat M. Gfeller mit der Forderung, die Abgabe jedes Jahr zu überprüfen. Auch der Befristung auf drei Jahre kann er zustimmen. Stadtrat M. Gfeller hofft, dass die grundsätzliche Reform der Rechtsform von Stadtwerk Winterthur bis dahin soweit ist, dass die Finanzflüsse wirtschaftsüblich definiert werden können. Stadtwerk könnte für die Zurverfügungstellung des öffentlichen Grundes eine Konzessionsabgabe leisten und zwar nicht nur auf den Strom sondern auch auf Gas und Fernwärme. Das hat schweizweit die Mehrheit der Städte so geregelt. Es ist zu hoffen, dass es Stadtwerk so gut geht, dass der Verwaltungsrat über eine Dividende befinden kann. Das ist aber Zukunftsmusik. Bis es soweit ist, muss die Stadt mit dieser Verordnungsänderung leben. Das ist zugegeben ein holpriger Weg. Der SVP will Stadtrat M. Gfeller folgendes entgegen: Er bittet die SVP darum, zur Kenntnis zu nehmen, dass die Strompreise in Winterthur gesenkt wurden. Die Energiepreise, also der effektive Preis pro kWh wurde gesenkt. Schweizweit bietet Stadtwerk fast den günstigsten Solarstrom an. Das konnte dank einer geschickten Investitionspolitik von Stadtwerk Winterthur erreicht werden. Dank einer geschickten Einkaufspolitik konnten auch die Preise, die Rede ist nicht von den Leitungspreisen, sondern von den effektiven Strompreisen, gesenkt werden. Das wird per 1. Januar 2016 der Fall sein. Es ist nicht so, dass die Preise ständig erhöht werden. Der Stadtrat ist der Meinung, dass die Vorlage sinnvoll und gerechtfertigt ist. Er hält an den ursprünglichen Anträgen, das heisst an den 1,5 Rp./kWh fest. Stadtrat M. Gfeller erinnert daran, dass es durchaus eine Betrachtungsweise gibt, die einen Zusammenhang mit dem Steuerfuss herstellt. Darüber wird im Gemeinderat sicher noch diskutiert. Wenn der Gemeinderat dem stadträtlichen Antrag in Bezug auf die 1,5 Rp./kWh nicht folgt, verliert die Stadt bereits vor Beginn der Budgetdebatte 1,1 Millionen. Stadtrat M. Gfeller ist gespannt mit welchen Anträgen dieser Betrag kompensiert werden

soll. Er dankt dem Gemeinderat für das Verständnis, dass der Stadtrat am ursprünglichen Antrag, was die Höhe der Abgabe anbelangt, festhält.

D. Oswald (SVP): Zwei Punkte muss D. Oswald vorbringen. 1. Es wurde erklärt, dass Liegenschaften-Besitzer, die nicht in Winterthur wohnen, von der Stadt profitieren. Mit dieser Abgabe will man dort Geld abholen. Die Stromkosten werden aber mit den Nebenkosten von den Mietern bezahlt, die in Winterthur wohnen und nicht von den Besitzern der Liegenschaften. 2. Für Mieter oder Hausbesitzer bringt es nichts, wenn die Energiepreise etwas reduziert werden und dafür die Netznutzung erhöht wird. Damit werden die Gebühren einfach anderweitig eingetrieben. Gesamthaft kostet es mehr. Es kostet immer mehr und wird gesamthaft nach oben getrieben. Wie die Aufteilung vorgenommen wird, ist sowieso eine Diskussion um des Kaisers Bart.

Ratspräsident M. Wenger: Abstimmungen: Die einzelnen Ziffern werden zuerst bereinigt, danach wird über den bereinigten Antrag abgestimmt. Die Anträge liegen den Ratsmitgliedern vor. Ziffer 1: Der Stadtratsantrag wird dem Antrag der BBK gegenübergestellt – das betrifft die Änderungen im § 32 Abs. 3 gemäss Angaben auf dem gelben Blatt. Antrag BBK: Ziffer 9 (Inkraftsetzung) wird durch einen zweiten Absatz ergänzt: § 32 Abs. 3 gilt befristet bis zum 31. Dezember 2018.

Der Rat stimmt dem Kommissionsantrag einstimmig zu.

Ratspräsident M. Wenger: Ziffer 2: Der Stadtratsantrag wird dem Antrag der BBK gegenübergestellt.

Der Rat stimmt dem Kommissionsantrag einstimmig zu.

Ratspräsident M. Wenger: Ziffer 3: Der Stadtratsantrag wird dem Antrag der BBK gegenübergestellt.

Der Rat stimmt dem Kommissionsantrag zu.

Ratspräsident M. Wenger lässt über das Geschäft 2015/069 mit den beschlossenen Änderungen abstimmen.

Der Rat stimmt dem Geschäft, inklusive Korrekturen durch die BBK, mit klarer Mehrheit zu.

6. Traktandum

GGR-Nr. 15-082: Jährlich wiederkehrende Beiträge an Angebote der Offenen Jugendarbeit (OJA) W'thur ab dem Jahr 2016 (vorbehältlich der Beschlussfassung in der Sachkommission)

Ratspräsident M. Wenger: Zu diesem Geschäft ist keine Beratung vorgesehen.

K. Brand (CVP/EDU): Zu den jährlich wiederkehrenden Beiträgen an die vier Angebote der offenen Jugendarbeit (OJA) Winterthur: Die städtischen Beiträge für die Weiterführung der offenen Jugendarbeit benötigen eine neue Finanzierungsgrundlage. 1. Für die Weiterführung des Jugendhauses an der Steinberggasse 400'000 Franken – wie bisher. 2. Für die Weiterführung der offenen Jugendarbeit Sternen Seen 60'000 Franken – wie bisher. 3. Für die Weiterführung der offenen Jugendarbeit Töss 36'000 Franken – wie bisher. 4. Für die Weiterführung der offenen Jugendarbeit Wülflingen 34'000 Franken – wie bisher. Jugendhaus Steinberggasse: Das grosse Jugendhaus an der Steinberggasse ist das älteste Jugendhaus in der Schweiz. 1'420 Jugendliche aus Winterthur verkehren jährlich im Jugendhaus. Auch 16 jährige und ältere Jugendliche haben Zutritt. Jugendtreff Sternen Seen: Das Angebot wird

auch von der Hilfsgesellschaft mit finanziert. Das Team engagiert sich vor allem im Bereich der Förderung von junger Kultur. Jugendtreff Töss: Der Treffpunkt steht unter der Trägerschaft der reformierten Landeskirche mit Beteiligung der katholischen Landeskirche und der Stadt Winterthur. Töss hat auch einen gemischten Treff für die Oberstufenschülerinnen und Schüler und Angebote für Mädchen ab der 4. Klasse. Jugendtreff Wülflingen: Trägerschaft ist die reformierte Landeskirche, finanziell beteiligt sind zudem die katholische Landeskirche und die Stadt Winterthur. Sehr gut besucht ist der Treff für Oberstufenschülerinnen und Schüler. Es gibt zudem ein Angebot für Mädchen ab der 5. Klasse. Fazit: Alle Angebote bestehen seit vielen Jahren. Sie haben sich bewährt und sind fester Bestandteil der Jugendförderung Winterthur. Die vier Teams unterstehen der Landeskirche oder privaten Vereinen als Trägerschaft und haben Leistungsvereinbarungen mit der Stadt Winterthur abgeschlossen. Die städtischen Beiträge sind seit 10 Jahre gleich hoch und werden auch jetzt nicht erhöht. Die Trägerschaft arbeitet auf ehrenamtlicher Basis. Empfehlung der Kommission: Im Namen der zuständigen Kommission SSK empfiehlt K. Brand die Gutheissung aller vier Beiträge für die nächsten 4 Jahre und die Ermächtigung für den Stadtrat die Beiträge danach um weitere 4 Jahre zu verlängern.

Ratspräsident M. Wenger lässt über die Genehmigung der jährlich wiederkehrenden Beiträge an die Angebote der Offenen Jugendarbeit (OJA) Winterthur ab dem Jahr 2016 abstimmen, die 5 Anträge sind in der Weisung aufgelistet.

Der Rat stimmt den Anträgen mit einer Enthaltung zu.

Stadtrat N. Galladé bedankt sich beim Referenten und bei allen Akteurinnen und Akteuren der Offenen Jugendarbeit in Winterthur. Es sind viele private Trägerschaften dabei, die auch das Leitbild erarbeitet haben. Aufgrund der überwältigenden Unterstützung muss Stadtrat N. Galladé nicht mehr dazu sagen. Er bedankt sich.

7. Traktandum

GGR-Nr. 15-067: Budget 2016 und Festsetzung des Steuerfusses, Nachtrag zum Budget 2016 «Novemberbrief»

Ratspräsident M. Wenger: Das Budget wird gemäss Drehbuch beraten. Wie im letzten Jahr werden die Produktegruppen Steuern und Finanzausgleich erst zum Schluss beraten, gemeinsam mit dem Antrag 3 der Weisung zu den Gemeindesteuern. Im Sinne einer effizienten Behandlung werden der Voranschlag und der Novemberbrief zusammen behandelt. Ratspräsident M. Wenger bittet die Ratsmitglieder zu jeder Produktegruppe alle Anträge zu stellen und danach darüber zu diskutieren. In der Detailberatung bittet der Ratspräsident, die Kommissionsanträge durch die jeweiligen Referenten oder Produktegruppenverantwortlichen vorzustellen. Er bittet die Ratsmitglieder, die Vollständigkeit zu überprüfen. Es sind einzelne Fragen aufgetaucht, ob alles im Drehbuch enthalten ist. Der Ratspräsident bittet die Ratsmitglieder, Minderheitsanträge aktiv in die entsprechenden Produktegruppen einzubringen. Er dankt den Mitarbeitern des Finanzamtes für die Vorarbeit. Beat Holzer wird eine Saldoliste führen und die Ergebnisveränderung erfassen.

A. Steiner (GLP/PP) dankt für die Einführung. Sie wird das Budget vorstellen. Das Spezielle an diesem Budget 2016 ist einmal mehr, dass die Stadt noch immer in der Umstellung ist vom Rechnungsmodell HRM1 zum Rechnungsmodell HRM2. Das schränkt die Vergleichbarkeit ein. Trotzdem gibt es in den einzelnen Produktegruppen immer wieder Hinweise, wo Veränderungen stattgefunden haben. Von daher konnte man gut damit arbeiten. Das Budget 2016 wird, nach 2015, unter HRM2 geführt. Auch das Budget 2016 steht unter dem Einfluss des Sparens. Dazu zeigt A. Steiner eine Tabelle: Sanierungsbeiträge aus dem Sparprogramm Balance: 22 Millionen. Effort14+: Wiederkehrende Sparbeiträge: 31 Millionen. Diese Beiträge wurden ins Budget 2016 eingestellt. Gleichzeitig sind seit 2013 grosse Mehrausla-

gen zu verzeichnen, einerseits im Bereich Soziales und Pflege 27 Millionen, darin sind die Sparprogramme nicht enthalten. Andererseits ist ein Einnahmerückgang aus dem Finanzausgleich von 28 Millionen zu verzeichnen. Der Stadtrat weist einleitend zu diesem Budget darauf hin, dass die Sparmassnahmen, die von der Stadt ergriffen werden, laufend von den Sozialleistungen einerseits und von den abnehmenden Beiträgen aus dem Finanzausgleich andererseits aufgefressen werden. Aus diesem Grund schlägt der Stadtrat dem Gemeinderat eine Steuererhöhung von 3 Prozentpunkten vor. Spätestens ab 2019 sollte die Stadt von Seiten des Kantons Ausgleichszahlungen erhalten, an die errechneten 27,5 Millionen Zentrumslasten, die von der Stadt getragen werden. Das ist zumindest die Idee des Stadtrates, das zeigt er im IAFP auf. Zu den Sozialleistungen liegt eine Tabelle vor, die diese Leistungen seit 2005 aufzeigt und zwar die überproportionalen Zunahmen in der Stadt Winterthur. Mit diesem Modell errechnet der Stadtrat 27,5 Millionen, die seiner Ansicht nach Winterthur zustehen würden, wenn man eine faire Verteilung der Soziallasten innerhalb des ganzen Kantons hätte. Das ist der Grund, warum der Stadtrat vorschlägt, spätestens im Jahr 2019 die Steuererhöhung von 3 Prozentpunkten wieder zurückzunehmen, weil dann mit einem Ausgleich von Seiten des Kantons gerechnet wird.

Erfolgsrechnung: A. Steiner zeigt die Erfolgsrechnung wie sie im Budget dargestellt ist. Die Änderungen aus dem Novemberbrief sind in dieser Aufstellung noch nicht enthalten. Es handelt sich aber um kleinere Änderungen. Es ist wichtig, dass man die Abweichungen gegenüber dem Vorjahr sieht. Personalaufwand: Die Übersicht zeigt, dass wesentlich weniger Personalaufwand budgetiert wurde. Insgesamt sind es über 36 Stelleneinheiten, die wegfallen. Das ergibt allerdings erst 4 Millionen. Der grösste Teil dieser Minderkosten entfallen auf die 7,4 Millionen Arbeitgeberanteil an die Sanierung der Pensionskasse. Im Rahmen der Rechnung wurde bereits darauf hingewiesen, dass der Stadtrat im Jahr 2015 sämtliche Sanierungsbeiträge der folgenden Jahre, das heisst die Arbeitgeberbeiträge, die beschlossen wurden, mit einer Gesamtrückstellung verbuchen und ins Eigenkapital einstellen muss. Deshalb wird das Budget um 7,4 Millionen entlastet. Im Weiteren sind 5,9 Millionen Lehrerlöhne im Transferaufwand eingestellt und nicht mehr im Personalaufwand. Die Personalmassnahmen, die budgetiert sind, sollen vollumfänglich mit Rotationsgewinnen finanziert werden.

Sach- und Betriebsaufwand: Im steuerfinanzierten Bereich beträgt die Reduktion nur 0,6 Millionen Franken. Der Stadtrat zählt aber die Kürzungen dazu, die im Jahr 2015 im Gemeinderat beschlossen wurden. Auch das nimmt er selbstverständlich mit. Gegenüber den Ausgaben vor zwei Jahren wurde effektiv mehr eingespart. Abschreibungen: A. Steiner verweist auf die Tabelle, die letztes Jahr bereits diskutiert wurde. Durch die Umstellung von HRM1 auf HRM2 sind die Abschreibungen noch sehr tief. Aber, das soll eine Mahnung sein, in den nächsten Jahren werden die Abschreibungen sukzessive zunehmen. Das muss man im Auge behalten. Finanzaufwand: Die Stadt profitiert von einem sehr tiefen Zinsniveau. Es wird auch eine sehr aktive Liquiditätsbewirtschaftung betrieben. Entsprechend sind auch hier die Kosten tiefer. Einlagen und Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen: Im Moment übersteigen die Einlagen die Entnahmen, was insgesamt auf eine erfreuliche Situation in diesem Bereich hindeutet. Transferaufwand: Auffällig ist der sehr hohe Betrag als Abweichung – nämlich 46 Millionen. Deshalb will A. Steiner detailliert darauf eingehen. Einerseits sind das die 19 Millionen Kosten für die individuelle Unterstützung – netto sind es 13,3 Millionen. Im Transferertrag nimmt die Stadt Geld ein. 22 Millionen sind darauf zurückzuführen, dass die Stadt im Bereich Alterszentren und Spitex eine Änderung vornimmt. Diese beiden Produkte werden in einen Eigenwirtschaftsbetrieb überführt. Effektiv resultieren dort Mehrkosten von 1,69 Millionen Franken. 5 Millionen restliche Ertragsminderung resultieren durch den tieferen Finanzausgleich. Dieser wird aufgrund der Steuereinnahmen von vor 2 Jahren berechnet. Die Stadt hat damals eine Sonderzahlung erhalten – der Glencore-Effekt. Das hat Auswirkungen auf das Budget 2016. Die Stadt erhält weniger Finanzausgleich. Fiskalertrag: Budgetiert sind 5,2 Millionen höhere Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen und 8,5 Millionen zusätzlich aufgrund der Steuererhöhung um 3 Prozentpunkte. Das sind die wesentlichen Ausführungen zur Erfolgsrechnung.

Die Sachkommissionen haben das Budget intensiv besprochen. A. Steiner geht nur auf wenige wesentliche Punkte aus einzelnen Departementen ein. Departement Kulturelles und Dienste: Es ist eine kleine Verbesserung von knapp 1 Million zu verzeichnen. Davon sind

400'000 Franken Mehreinnahmen im Bereich Kultur. Zudem werden Einsparungen beim Personalamt durch die Reduktion von KV-Ausbildungsplätzen erzielt. Departement Finanzen: Es gibt Verschiedene Verschiebungen durch den Bezug des Superblocks. Auf der einen Seite sind höhere Abschreibungen bei den Informatikdiensten und zusätzliche Ausgaben für das Controlling von Balance und für Lizenzierungskosten budgetiert. Gleichzeitig sind die Erträge höher – vor allem die Mieterträge. Durch die Zentralisierung der Stadtverwaltung wurden Liegenschaften in der Stadt frei, die jetzt vermietet werden können. Das alles hält sich die Waage. Departement Bau: Das Budget 2016 weist 3,9 Millionen Franken Verbesserungen gegenüber dem Budget 2015 auf. Das sind vor allem tiefere Personalaufwände infolge von Balancemassnahmen, gesunkene Abschreibungs- und Zinskosten sowie ein tieferer baulicher Unterhalt beziehungsweise gesunkene interne Verrechnungen. Zudem wurden Verschiebungen vom Steuerbereich in den gebührenfinanzierten Bereich vorgenommen. Bei der Abfallentsorgung betrifft das die Kosten, die durch Littering entstehen. Durch die Verschiebung wird der Steuerbereich entlastet. Die WC-Reinigung wird in die Stadtentwässerung integriert. Das ist im Zusammenhang mit der Entwicklung zu erwähnen, zunehmend Ausgaben aus dem steuerfinanzierten Bereich in den gebührenfinanzierten Bereich zu verschieben. Departement Sicherheit und Umwelt: Insgesamt sind die Personalkosten 2,1 Millionen tiefer. A. Steiner will nicht alles auflisten. Departement Schule und Sport: Budgetverbesserungen um 9,4 Millionen; der grosse Teil davon ist der Reorganisation der MSW zuzuschreiben. Departement Soziales: Die Kostensteigerung beträgt 12 Millionen. Bei den Unterstützungsfällen ist ein Anstieg um 300 auf 3'900 Fälle budgetiert. Damit ist erneut eine massive Zunahme zu erwarten. Gleichzeitig ist ein Rückgang der Rückerstattungen von Seiten Kanton und Bund zu erwarten. Damit sinkt der Kostendeckungsgrad erneut. Weil der Sozialbereich doch recht brisant ist, zeigt A. Steiner eine Zusammenstellung der Entwicklung, die in den nächsten Jahren zu erwarten ist. Einerseits werden die Kleinkinderbetreuungsbeiträge irgendwann wegfallen. Gleichzeitig muss mit einem Anstieg der Kosten in der Sozialhilfe und bei den Zusatzleistungen gerechnet werden. A. Steiner macht keine weiteren Ausführungen zu den einzelnen Departementen. In der Detailberatung werden die Anträge aus den Kommissionen und Fraktionen gestellt.

IAFP: Der Stadtrat zeigt auf, wo in den nächsten Jahren mit Kostensteigerungen gerechnet werden muss. Bis 2019 ist mit einer Erhöhung von 12 Millionen im Bereich Soziales und von 12 Millionen im Bereich Bildung zu rechnen. Die Schülerzahlen in Winterthur werden in den nächsten Jahren massiv zunehmen, deshalb die grosse Kostenentwicklung im Bereich Schule. A. Steiner zeigt einen Überblick über den IAFP inklusive den Zahlen aus dem Novemberbrief. Grundsätzlich beurteilt der Stadtrat die Grosswetterlagen in Bezug auf die Konjunktur als schwierig abschätzbar. Das entnimmt er den Zusammenstellungen des SECO. Das SECO geht im Moment davon aus, dass das Bruttosozialprodukt im Jahr 2016 ca. um 1,6 % steigen wird. Das ist eine Zahl, die der Stadtrat übernommen hat als Grundeinschätzung. In Bezug auf die Entwicklung auf Bundes- und Kantonsebene verweist der Stadtrat auf zwei wichtige Reformen, die im Moment laufen – einerseits beim Kanton die interne Verlustrechnung bei der Grundstückgewinnsteuer für juristische Personen und andererseits die Unternehmenssteuerreform. Beide Reformen sollten, gemäss Einschätzung des Stadtrates, erst im Jahr 2020 wirksam werden. Deshalb sind diese Zahlen im IAFP nicht enthalten. Allfällige Personalmassnahmen werden mit Rotationsgewinnen ausgeglichen. Deshalb ist keine Kostensteigerung im Personalbereich vorgesehen. Fiskus: Der Stadtrat geht davon aus, dass die Steuereinnahmen ab 2017 nicht mehr gross ansteigen werden. Für das Jahr 2017 sind noch 2 Millionen mehr vorgesehen, danach sollen die Steuereinnahmen mehr oder weniger konstant bleiben. Im Jahr 2019 ist die Rücknahme der Steuererhöhung geplant, falls durch den Kanton mehr Ertrag hereinkommt. Investitionsplanung: Der Stadtrat hat eine starke Priorisierung vorgenommen. Trotzdem werden die anvisierten Investitionskosten von jährlich 60 Millionen überschritten. Allerdings fallen immer wieder Beiträge aus dem Budget durch Projekte, die erst später umgesetzt werden können. Das Ziel von 60 Millionen, das formuliert wurde, kann aber nicht eingehalten werden.

A. Steiner dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Der Umzug in den Superblock hat Zusatzbelastungen mit sich gebracht. A. Steiner hofft, dass jetzt Ruhe einkehrt und dass man sich gut eingerichtet hat. Die Umsetzung der Sparprogramme wird das

Personal in nächster Zeit ziemlich in Anspruch nehmen. Auch das Rechnungslegungsmodell, das einen Zusatzaufwand verursacht, ist noch nicht ganz abgeschlossen. Im Jahr 2016 wird man noch daran arbeiten müssen. Stellungnahme der GLP: Die Grünliberalen wollen an dieser Stelle einmal mehr festhalten, dass eine Steuererhöhung grundsätzlich der Wirtschaft schadet. Entsprechend darf dieses Mittel nur als letztes eingesetzt werden – wenn man die Kosten im Griff hat, alle Massnahmen ergriffen wurden, die möglich sind und nachdem das Ausgabenwachstum gebremst wurde. Sämtliche Leistungen müssen entsprechend hinterfragt werden und es müssen laufend Effizienzsteigerungen erzielt werden. Die Grünliberalen sind der Meinung, dass nicht alles ausgeschöpft ist und noch immer alte Pfründe vorhanden sind, die genau überprüft werden müssen. A. Steiner weist darauf hin, dass die Stadt für das Münzkabinett über einer halben Millionen ausgibt für 2'000 Besucherinnen und Besucher im Jahr. Auch die Villa Flora ist noch immer im Investitionsbudget enthalten. Die Grünliberalen sind der Meinung, dass hier zu viel pro Besucherin und Besucher ausgegeben wird. Auch in Bezug auf die Effizienzmassnahmen ist weiterhin ein Potential vorhanden. Neben den Balancemassnahmen muss der Stadtrat laufend am Ball bleiben. Die Grünliberalen anerkennen, dass ein grosser Teil des Kostenwachstums fremdbestimmt ist. Die steigenden Soziallasten fressen die Sparanstrengungen wieder auf. Es ist aber mutig vom Stadtrat, dass er bereits für das Jahr 2019 mit einem Ausgleich von Seiten Kanton rechnet. Die politischen Mühlen mahlen bekanntlich langsam. Die Grünliberalen sind nicht so zuversichtlich. Sie erachten es als problematisch, dass jetzt durch die Finanznot an verschiedenen Orten aus dem steuerfinanzierten Bereich Leistungen herausgenommen und in den gebührenfinanzierten Bereich verschoben werden. Das wurde bereits mehrmals erwähnt. Die Grünliberalen werden ein Auge darauf haben. Dieses Vorgehen wird die Fraktion in diesem Ausmass nicht mehr mittragen können. Sie ist nach wie vor nicht zufrieden mit dem IAFP. In den einzelnen Produktgruppen scheint es eine Verbesserung gegeben zu haben. Aber die Gesamtschau befriedigt die Fraktion nach wie vor nicht. Der IAFP ist in einigen Punkten unvollständig. Die Gedankengänge dahinter sind für den Gemeinderat zum Teil schlecht nachvollziehbar und es ist keine Gesamtsteuerung zu erkennen. Die Grünliberalen erwarten ein Instrument mit einer rollenden Planung, in die laufend Veränderungen aufgenommen und gegenüber dem Gemeinderat und der Öffentlichkeit kommuniziert werden. Letztendlich muss auch der Gemeinderat das Instrument für seine Entscheide, die er pflichtbewusst fällen will, benutzen können. An dieser Stelle weist die GLP darauf hin, dass trotz der Vereinbarung mit dem Kanton zu HRM2, keine Planbilanz in diesem Budget enthalten ist. Entgegen dem Stadtrat ist die Fraktion der Meinung, dass es nicht nur um Schulden geht. Es gibt noch weitere Punkte, die relevant sind. Die GLP wird sich weiterhin für einen sparsamen Umgang mit den Steuergeldern einsetzen. Das wird die Fraktion auch im Verlauf der Budgetdebatte machen.

Ratspräsident M. Wenger dankt für die Vorstellung des Budgets.

Eintreten

S. Sorgo (SP): Die jährliche Budgetdebatte im Winterthurer Gemeinderat droht zu einem unrühmlichen Ritual zu werden. Pauschalkürzungen, doppelte Einsparanträge, nicht umgesetzte Kürzungsanträgen hat der Gemeinderat in den letzten Jahren erlebt. Diese Anträge sind anscheinend zumindest teilweise legitim. Nach zwei Sparpaketen ist es an der Zeit, die aktuelle Situation zu erkennen. Der grosse Teil der Winterthurer Bevölkerung hat längst erkannt, dass es jetzt andere Massnahmen braucht, um die Finanzen der Stadt zu verbessern. Aus Winterthurer Wirtschaftskreisen mehren sich die Zeichen, dass die Gefahr, die weitere Sparmassnahmen für das lokale Gewerbe mit sich bringen, schlimmer eingeschätzt wird, als eine allfällige moderate Steuererhöhung. Wie kommt es dazu? Die wirtschaftliche Lage hat sich im Kanton in den letzten Jahren verändert. Während man vor drei Jahren noch über Winterthur gelacht hat, stehen immer mehr Gemeinden vor finanziell knappen Zeiten. Die Zeiten von kollektiven Steuersenkungen sind vorbei. Bereits letztes Jahr mussten verschiedene auch bürgerliche Gemeinden, ihren Steuereffuss anheben. Dieses Jahr wird das in noch viel grösserem Ausmass passieren. Die Rede ist nicht von der Erhöhung der Steuersätze in einem tiefen Bereich, sondern von Steuersätzen, die den der Stadt Winterthur um mehrere

Prozentpunkte überholen. Es ist absehbar, dass in weit über einem Dutzend Gemeinden im Kanton der Steuerfuss nächstes Jahr höher sein wird als in der Stadt Winterthur. Das Argument, dass Winterthur mit der Steuerfusserhöhung auf 125 Prozent den höchsten Steuersatz im Kanton haben wird, stimmt schlicht und einfach nicht mehr. Auch für die SP ist eine Steuerfusserhöhung nicht das alleinige Sanierungsmittel. Aber in der momentanen Lage ist das ein legitimes Instrument. Die Erhöhung ist zum einen notwendig, weil der Stadt jährlich 40 Millionen Franken aufgrund von Steuerausfällen fehlen, die aus diversen Steuergeschenken der letzten Jahre resultieren. Die SP nimmt den Stadtrat in die Pflicht, sich auf kantonaler und nationaler Ebene dafür einzusetzen, dass diese Geschenke rückgängig gemacht werden, gerade weil mit der angekündigten Unternehmenssteuerreform III weitere drastische Ausfälle anstehen.

Vor allem aber leidet Winterthur unter hohen Zentrumslasten. Solange die Sozialkosten im Kanton Zürich so ungleich verteilt sind, wird sich die Situation nicht verbessern. Es liegt an allen politischen Parteien in Winterthur, zusammenzustehen und sich gemeinsam für die Stadt einzusetzen. Wie soll der Kanton Zürich die Notwendigkeit einsehen, Winterthur kurzfristig beim Tragen der hohen Sozialkosten zu unterstützen, wenn anscheinend keine Notwendigkeit besteht, den Steuerfuss der Realität anzupassen? Ausserhalb von Winterthur erkennen immer mehr Politikerinnen und Politiker die Zeichen der Zeit. Die SP appelliert an die Gegenseite, diese Tatsache endlich zu erkennen. Auch aus der Wirtschaft mehren sich die Stimmen, dass jetzt andere Massnahmen nötig werden, um die Finanzen der Stadt zu sanieren. Gerade das lokale Gewerbe leidet stark unter der angespannten Situation in Winterthur. Wenn die Stadt immer billiger einkaufen muss, trifft das vor allem die KMU aus Winterthur, die immer weniger berücksichtigt werden. Es mutet seltsam an, dass gerade die Kreise, die für sich proklamieren, dass sie das Gewerbe vertreten, den lokalen Geschäften mit ihrer engstirnigen Finanzpolitik am meisten schaden. Die SP ist bereit ihren Teil der Verantwortung zu übernehmen. Sie setzt sich für eine moderate Erhöhung des Steuerfusses ebenso ein wie für eine gerechte Verteilung der Sozialkosten. Gleichzeitig verfolgt sie aber auch mit immer grösserem Staunen das Polittheater auf der rechten Seite. Die bürgerlichen Stadträtinnen und Stadträte haben anscheinend den Kontakt zu ihren Fraktionen insofern verloren, als sie ihre eigenen Anträge nicht mehr durchbringen können.

Ein weiterer wichtiger Punkt in diesem Budget ist das Personal. Das Personal und der Stadtrat tragen seit Jahren die Hauptlast der Sanierungsbemühungen. Seit 2012 hat das Personal keine ordentlichen Lohnmassnahmen mehr erhalten, obwohl ihnen diese gemäss Personalstatuten zustehen würden. An die Sanierungspakete effort14+ und Balance musste das Personal durch Stellenreduktionen, einen starken Anstieg der Arbeitsbelastung und unsichere Arbeitssituationen die grössten Beiträge erbringen. Gleichzeitig nehmen die Anforderungen stark zu. Die Sanierungsbeiträge an die Pensionskasse, die von den Angestellten übernommen werden müssen und die jährlich steigenden Krankenkassenbeiträge führen dazu, dass das städtische Personal weniger Lohn in der Tasche hat als noch vor einigen Jahren. All das senkt die Attraktivität der Stadt als Arbeitgeberin. Das spricht sich herum. Es wird für die Stadt immer schwieriger, ihre Angestellten zu halten und frei werdende Stellen mit qualifizierten Leuten neu zu besetzen. Und es mindert auch die Moral der Angestellten, das hat die Mitarbeiterbefragung im letzten Jahr deutlich gezeigt. Dadurch wird auf Dauer die Leistungsfähigkeit der gesamten Verwaltung abnehmen. Der Verlust von langjährigen und gut eingearbeiteten Mitarbeitern führt zu einem enormen Wissensverlust und wird die Stadt in Zukunft immer stärker belasten. Die Ratsmitglieder können heute dem Personal zu zeigen, dass sie die schwierige Situation erkannt haben. Das Personal gibt seit mehreren Jahren sein Bestes für die Stadt, dieses Engagement soll wenigstens finanziell anerkannt werden. Das kann und muss sich die Stadt leisten. Insbesondere deshalb weil die Lohnmassnahmen kostenneutral durch Rotationsgewinne ausgeglichen werden. Stattdessen sind die vom Stadtrat vorgeschlagenen Lohnmassnahmen erneut ernsthaft in Gefahr. Dieses Verhalten bleibt nicht unbemerkt und der Schaden, der dadurch angerichtet wird, lässt sich nicht so einfach beheben. Immer wieder ist zu hören ist, dass alles versucht werden muss, damit sich Unternehmen in der Stadt ansiedeln und Arbeitsplätze schaffen. In Bezug auf die Stellen in der Stadtverwaltung scheint das Gegenteil der Fall zu sein. M. Sorgo fragt sich, ob die privaten und öffentlichen Arbeitsplätze mit unterschiedlichen Ellen gemessen werden. Die SP dankt an dieser

Stellen dem städtischen Personal für den grossen Einsatz und setzt sich dafür ein, dass die gesamten Lohnmassnahmen für das Jahr 2016 gesprochen werden. Einmalzulagen sind in der momentanen Situation nicht ausreichend. Es braucht genauso Anreize für attraktive Arbeitsplätze im öffentlichen Bereich wie in der Privatwirtschaft.

Realisierbarkeit der Budgetanträge: In den letzten Jahren wurde das Budget immer wieder durch unrealistische Budgetanträge auf dem Papier verbessert. Nicht umsetzbare Anträge wird die SP nicht unterstützen. Dazu gehören zum Beispiel pauschale Kürzungsanträge, die rechtlich nicht zulässig sind oder Budgetverbesserungen, die unrealistische Kosten- beziehungsweise Zielvorgaben enthalten. Durch die wiederholte Annahme solcher Anträge machen sich die Parlamentarier und Parlamentarierinnen unglaubwürdig und untergraben die eigene Wichtigkeit. Die SP Fraktion dankt dem Stadtrat und dem zuständigen Personal für die Erarbeitung dieses Budgets. Sie erwartet von allen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten, dass sie die Verantwortung für ein realistisches und umsetzbares Budget wahrnehmen. Einen Satz an die bürgerliche Seite; wer politisch in der Mehrheit ist, muss in der Realität auch politisch die Verantwortung übernehmen. Die Stadt lässt sich nicht beliebig lange auspressen und austrocknen. Der Schaden, der durch ein weiteres Negieren der Realität ange richtet wird, wird je länger je grösser und lässt sich nicht mehr so einfach beheben. Die SP appelliert an alle Anwesenden den Voranschlag des Stadtrates anzunehmen und auf ein weiteres unrühmliches Kapitel in der Geschichte der Winterthurer Budgetdebatte zu verzichten. Die SP sieht keinen Grund nicht auf das Budget einzutreten.

S. Büchi (SVP) könnte jetzt einfach das Gegenteil sagen, wenn er sein Votum ganz kurz halten wollte. Nachdem er das Budget gelesen hat, ist S. Büchi zum Schluss gekommen, dass in vielen Bereichen gut gearbeitet wurde. Es liegt ein sauberes Budget vor. Aber es enthält einen grossen Tintenkleck im übertragenen Sinn, der über allem steht und die gute Arbeit etwas in den Hintergrund drängt – nämlich die beantragte Steuererhöhung. In einem Punkt gibt S. Büchi M. Sorgo Recht – die Budgetdebatte ist ein etwas fragwürdiges Ritual. Immer wieder wird über das Gleiche diskutiert – über eine Steuererhöhung. „The same pro-cedure as every year“ – in diesem Zusammenhang ist S. Büchi der Film „Dinner for one“ in den Sinn gekommen, den sicher alle kennen. Dieses Zitat passt. Jedes Jahr muss das gleiche Theater aufgeführt und über eine Steuererhöhung diskutiert werden. Um beim Bild des Films zu bleiben – der Butler präsentiert der alten Dame das Menu. Die Stadt bietet ein enorm reichhaltiges Menu, das der Bevölkerung aufgetischt wird – nicht nur eine ausgepresste Zitrone, wie das von der linken Seite immer wieder zu hören ist. Der Stadtrat, kann mit Mühe und Not die Dienstleistungen finanzieren. Dabei denkt S. Büchi an die Filmszenen, in denen der Butler immer wieder über den Tigerkopf stolpert. Im übertragenen Sinn ist dieser Tigerkopf das Sozialdepartement – genauer gesagt die Produktegruppe Individuelle Unterstützung. Das ist der Grund für die Kostensteigerung und deshalb steht eine Steuererhöhung im Raum. Ausführungen zur Steuererhöhung: Eine Steuererhöhung ist das Dümme, was die Stadt machen kann. Es ist nicht nur für den Einzelnen negativ, der nicht ganz so viel verdient und für den die Steuererhöhung vielleicht nicht ganz so ins Gewicht fällt. Eine Steuererhöhung betrifft immer die ganze Stadt. Die höheren Steuern, das Geld das von den Einwohnern und den Firmen abgeliefert werden muss, dieses Geld würde in den Konsum flies-sen oder investiert werden. Das heisst es würde in den Kreislauf der Stadt fließen und die Wirtschaft in Schwung bringen. Im Moment ist es wichtig, dass die Wirtschaft in Schwung bleibt. Mit einer Steuererhöhung würde die Stadt Geld aus dem Wirtschaftskreislauf nehmen und die Wirtschaftsleistung mindern. In Anbetracht der Tatsache, dass Firmen nach Win-terthur gelockt werden sollen, muss die Stadt die entsprechenden Bedingungen bieten. Dazu gibt es eine Initiative, die noch behandelt werden muss. Höhere Steuern sind sicher nicht förderlich. Ein wichtiger Punkt, der hier mitspielt, ist das Vertrauen. Winterthur hat einen bür-gerlich dominierten Stadtrat, der diese Steuererhöhung in den Raum stellt. S. Büchi zitiert den Text auf dem Flyer der vier bürgerlichen Stadträte anlässlich der Wahlen: „Für einen starken Wirtschaftsstandort mit attraktiven Arbeitsplätzen, konkurrenzfähigem Steuerfuss, massvollen Gebühren und Abgabe.“ Eine Steuererhöhung ist das Gegenteil davon. Das ist eine grosse Enttäuschung für die SVP – das ist die mildeste Formulierung, die die Fraktion gefunden hat.

Einige Ausführungen zum Sozialdepartement, speziell zur Produktegruppe Individuelle Unterstützung: Das grosse Kostenwachstum fällt in dieser Produktegruppe an. Das wird so weiter gehen. Das Traurige an dieser Sache ist, dass die einzige Massnahme, die im Raum steht, die Kostenübernahme durch den Kanton oder die anderen Gemeinden ist. Das kann vielleicht ein Teil der Lösung sein, die aber sicher nicht im nächsten Jahr umgesetzt werden kann sondern irgendwann. Darüber kann man diskutieren. Aber Winterthur muss sicher im eigenen Laden nach Verbesserungsmöglichkeiten suchen. Eine kleine Episode: Die SVP hat Vorschläge in die Debatte eingebracht. Das einzige was von linker Seite kommt, ist Hohn, Spott, Empörung und vorausseilendes Kopfschütteln. Die Vorschläge werden nicht aufgenommen, sondern erklärt, dass diese sowieso nicht funktionieren. Man tut so, als wäre es gottgegeben, dass Winterthur eine so hohe Belastung tragen muss. Man muss die Möglichkeit in Betracht ziehen, dass die Stadt selber die Hebel in der Hand hat und selber steuern kann. S. Büchi hält fest: Das ist kein Vorwurf an die Leute, die auf Sozialhilfe angewiesen sind und auch kein Vorwurf an die Mitarbeiter, die im Sozialdepartement arbeiten. Es ist ein Vorwurf an die Führung insbesondere an den zuständigen Stadtrat N. Galladé, an eine Führung, die sich konsequent weigert, das Kostenwachstum teilweise als eignen Fehler zu erkennen, an eine Führung, die sich konsequent weigert, wirksame Massnahmen zur Kostenkontrolle zu ergreifen. Die SVP setzt sich dafür ein, dass eine Steuererhöhung verhindert und ein mehr oder weniger ausgeglichenes Budget verabschiedet werden kann. Die SVP-Fraktion wird auf die Budgetdebatte eintreten.

Ch. Griesser (Grüne/AL) wird vier Bemerkungen genereller Art zu diesem Budget vorbringen. Die Details werden später diskutiert. 1. Das Gejammer über die Stadtfinanzen nervt. Winterthur ist nicht kurz vor dem finanziellen Hungertot. Viele Winterthurer, die nicht so eng mit der Politik verbunden sind wie die Ratsmitglieder, haben genau dieses Gefühl. Ch. Griesser erlebt immer wieder entsprechende Diskussionen. Die Leute regen sich über Bushäuschen, Brunnen, Strassengestaltungen, Strassenmarkierungen und irgendwelche Miniaufwendungen der Stadt auf. Das Gejammer bewirkt einen nachhaltigen Schaden für die Stadt. Wenn die Stadtzürcher über eine Steuererhöhung in Winterthur reden, obwohl der Steuerfuss in der Stadt Zürich nur minim tiefer ist, muss Ch. Griesser zu einem Werbespott für Winterthur ausholen. Er muss erklären, dass das Wohnen, egal ob Miete oder Eigenheim, die Krankenkasse, das Essen auswärts, das Leben allgemein in Winterthur wesentlich günstiger sind, als in der Stadt Zürich. Winterthur geht es wesentlich besser als viele im Rat glauben machen. Winterthur muss noch lange nicht Konkurs anmelden und müsste das auch nicht, wenn die Stadt eine private Firma wäre. 2. Bezüglich der beantragten Steuerfusserhöhung hat die Grüne/AL-Fraktion immer erklärt, wenn es gelingt, die Streichung der Gemeindegzuschüsse zu verhindern, wird sie sich dafür aussprechen, den Betrag über eine Steuerfusserhöhung in einem entsprechenden Ausmass zu kompensieren. Das ist im Umfang von einem Steuerfussprozent der Fall. Dafür übernimmt die Grüne/AL-Fraktion die Verantwortung. Das Volk wollte das so. Für die gesamte Steuerfusserhöhung muss die Mehrheit im Rat die Verantwortung übernehmen. Es kann nicht sein, dass die bürgerliche Mehrheit und die Wirtschaftsverbände Opposition gegen den bürgerlichen Stadtrat betreiben. Ch. Griesser versteht die fehlende Absprache nicht und weist darauf hin, dass in anderen Ländern diese Situation früher oder später zu Neuwahlen führt. 3. Ch. Griesser versteht auch nicht, dass das Departement Soziales dauernd kritisiert wird. Natürlich hat Winterthur ein Problem mit den steigenden Sozialhilfekosten. Aber die Stadt kann nur einen kleinen Teil der Organisation bestimmen. Viele Verfahrensgrundsätze aber auch die Beitragshöhe kann Winterthur nicht bestimmen. Wer Kürzungen im Departement Soziales vornehmen will, der ist dagegen, dass kontrolliert wird. Die Fallzahlen pro Mitarbeiter steigen und steigen von Jahr zu Jahr. Die Stadt geht langsam zum Modell ZVV über, das ist die Ansicht von Ch. Griesser – das heisst zur Selbstkontrolle. Wer mehr Kontrollen will, muss das Personal aufstocken und nicht die Mittel kürzen. 4. Die Situation für das Personal in der Stadtverwaltung ist schwierig, die Zukunft ist unklar und die Perspektiven sind mässig. Verlierer sind die treuen Mitarbeiter. Gewinner sind diejenigen, die pokern, diejenigen, die nach zwei, drei Jahren bei der Stadt Winterthur die Stelle wechseln und sich einige Jahre später wieder bei der Stadt bewerben. Selbstverständlich fordern sie dann eine angemessene Lohnerhöhung gegenüber dem

früheren Lohn. Wenn die Leute gut sind, erhalten sie diese auch. Es ist wichtig, dass auch den treuen Mitarbeitern ab und zu eine Lohnerhöhung gewährt werden kann. Das sind die vier grundsätzlichen Überlegungen von Ch. Griesser zum Budget. Fazit: Die Grüne/AL-Fraktion tritt auf das Budget ein. Die Fraktion wird Anträge stellen und sie wird die Anträge aus anderen Fraktion unterstützen oder ablehnen.

M. Baumberger (CVP/EDU): Die CVP/EDU-Fraktion sieht die finanzielle Situation der Stadt Winterthur einerseits mit Sorge aber andererseits sieht sie auch einen Silberstreifen. Die Fraktion will ganz speziell mit einer positiven Note beginnen. Es ist erfreulich, dass weite Teile der Stadtverwaltung und die meisten Departemente, unter der Leitung des Stadtpräsidenten und mit der Unterstützung der Rechnungsführerin, auch wenn sie diese Bezeichnung nicht gerne hört, vielleicht ist ihr Chief Financial Officer lieber, dass alle gemeinsam, mit unterschiedlicher Intensität, am Ziel, die Finanzen nachhaltig zu verbessern, arbeiten. Deshalb und weil die CVP/EDU-Fraktion der Meinung ist, dass eine grosse Mehrheit an diesem Projekt konstruktiv arbeitet, will die Fraktion ganz speziell ihren Dank den städtischen Mitarbeitern, die das tragen, überbringen. Wie unschwer zu hören ist, lobt die CVP/EDU-Fraktion einen Teil der ganzen Situation. Es ist klar, es gibt noch einige Herausforderungen – das haben auch die Vorredner auf die eine oder andere Art ausgeführt. Zum Ärger seines Vorredners muss M. Baumberger feststellen, dass insbesondere im Bereich Soziales noch immer unkontrollierte Finanzabflüsse passieren. Die CVP/EDU-Fraktion nimmt wahr, dass der Gemeinderat immer wieder die Message erhält: „Es ist in keiner Weise steuerbar.“ Es überrascht den zuständigen Stadtrat oder wie er seit kurzem heisst, den Tiger, sicherlich nicht, dass die CVP/EDU-Fraktion das nur teilweise glaubt. Aber das will M. Baumberger nicht werten. Es steht Aussage gegen Aussage. Die Fraktion steht auch absolut dahinter, dass der Kanton die Stadt Winterthur in dieser ausserordentlichen Situation unterstützen muss. Es kann nicht sein, dass Winterthur die ganzen Lasten allein trägt. Was aber die Stadt nicht daran hindern sollte, das wird der zuständige Stadtrat hoffentlich bestätigen können, auch in diesem Amt intensiv daran zu arbeiten, dass Lösungen innerhalb der Stadt gefunden werden können. Die grosse Sorge der CVP/EDU-Fraktion ist, dass der Kanton noch längere Zeit benötigen wird. Das hat A. Steiner bereits zum Ausdruck gebracht. Was macht die Stadt, wenn es länger geht? Niemand will, dass Winterthur in der Zwischenzeit zu viel Lebensqualität einbüßen muss, um diese Herausforderung anzugehen. Deshalb ist es der Wunsch der CVP/EDU-Fraktion, dass Kanton und Stadt gemeinsam die ganze Sache abfedern. Das wird Massnahmen nötig machen, die unpopulär sind. Nur so ist es möglich, die soziale Marktwirtschaft, mit der alle sehr gute Erfahrungen gemacht haben, über lange Zeit am Leben zu erhalten.

Ein weiterer Punkt, zu dem die zuständige Stadträtin noch etwas sagen kann, ist das Thema Verschuldung. Die Verschuldung hat ein Ausmass angenommen, das, wenn man in der Privatwirtschaft wäre, als dramatisch bezeichnet werden müsste. In der Privatwirtschaft wäre eine Firma in dieser Form wahrscheinlich nicht mehr existent. Hier betrifft es zum Glück die öffentliche Hand, eine Stadt, die andere Möglichkeiten hat. Nichtsdestotrotz ist es der CVP/EDU-Fraktion ein wichtiges Anliegen, M. Baumberger geht davon aus, dass die Fraktion damit auf einer Linie ist mit dem Stadtrat ist, dass diese Verschuldung langsam abgebaut werden kann. Man muss vom Szenarium ausgehen, dass die Zinsen irgendwann steigen, auch wenn es aktuell nicht danach aussieht. Die Inflation ist zudem nicht ausgestorben und wird vermutlich nie aussterben. Ein weiterer Punkt, mit dem sich der Gemeinderat im Laufe des Jahres beschäftigen wird, sind die Standards. Das betrifft vor allem die Standards von Schulhäusern und Bauten im Allgemeinen – heute besteht die Möglichkeit budgetrelevante Punkte aufzunehmen. Über diese Möglichkeiten sollte man sich Gedanken machen – gerade in so herausfordernden Zeiten. Im Gemeinderat und in den Vordiskussionen stellt die CVP/EDU-Fraktion einen beschränkten Sparwillen fest. Einige Anträge werden eine Mehrheit finden andere nicht. Die Fraktion wird Sparanträge zum grossen Teil mittragen. Mehrausgaben trägt die Fraktion bis auf eine Ausnahme, nämlich für die Polizei, nicht mit. Gerne erklärt M. Baumberger warum die Stadt in Bezug auf die Polizei etwas unternehmen muss. Die aktuelle Situation und die mediale Berichterstattung wurden heute bereits öfters erwähnt und der Stadtpräsident hat in seinem Eingangsvotum klare Worte gefunden. Man muss leider

feststellen, dass Winterthur, sehr zum Bedauern der CVP/EDU-Fraktion, in letzter Zeit medial etwas unter die Räder gekommen ist. Leider findet diese Berichterstattung eine weite Verbreitung. Es gibt Probleme mit gewissen Gruppen, die in Länder reisen, in die sie besser nicht reisen sollten und Dinge tun, die sie nicht tun sollten. Es ist wichtig hier ein Zeichen zu setzen und zu zeigen, dass dem Gemeinderat die Sicherheit ein grosses Anliegen ist. Die Behörde, die sich in erster Linie mit diesem Thema beschäftigen muss, benötigt genügend Mittel, damit sichergestellt werden kann, dass die Stadt nicht in eine gefühlte Abwärtsspirale kommt. Das wäre ganz schlecht. Winterthur ist eine wunderbare Stadt und die CVP/EDU-Fraktion will, dass das so bleibt. An dieser Stelle bedankt sich die Fraktion ganz speziell bei den vereidigten Polizistinnen und Polizisten, die für das hohe Sicherheitsniveau in der Stadt sorgen. Die CVP/EDU-Fraktion will sicherstellen, dass sich alle zu diesem Thema äussern dürfen. Aus diesem Grund wird die Fraktion einen Namensaufruf fordern.

Ein weiteres Ziel ist sicherlich die Unterstützung durch den Kanton. Wie muss die Stadt gegenüber dem Kanton auftreten, damit sie zügig Unterstützung erhält für die Aufgaben, die eine moralische Pflicht sind? Aus diesem Grund ist die CVP/EDU-Fraktion bereit ein überblickbares Defizit in Kauf zu nehmen. Eine Steuererhöhung ist eine weniger kluge Lösung. Die Stadt besitzt im Moment genügend Eigenkapital, um symbolisch zu zeigen, wie stark die Stadt unter Druck ist. Es ist fraglich, ob eine Steuererhöhung das richtige Mittel ist, um aus dieser Situation herauszukommen. Die Fraktion geht davon aus, dass sich die Stadt kurzfristig in einer Talsohle befindet. Winterthur wird aus diesen Herausforderungen gestärkt hervorgehen. Davon ist die CVP/EDU-Fraktion überzeugt – sie glaubt an die Stadt Winterthur. Ist eine Steuererhöhung das richtige Mittel? Tendenziell ist das nicht das richtige Mittel. Die Wirtschaft ist in vielen Bereichen verhältnismässig stark unter Druck. Deshalb wäre die Symbolik negativ, gerade was die vielen Bemühungen anbelangt, neue Firmen anzusiedeln. Die Stadt hat viele gute Initiativen – House of Winterthur etc. – gestartet. Ein weiterer Punkt sind die Lohnerhöhungen, die von linker Seite angesprochen wurden. Die CVP/EDU-Fraktion teilt die Ansicht, dass die Leute gut gearbeitet haben. Sie werden automatisch bis zu einem gewissen Mass belohnt durch die negative Teuerung. Allein dadurch kommt es zu einer Reallohnerhöhung, das ist in der logischen Konsequenz nicht nur in der Privatwirtschaft in den meisten Firmen der Fall. Man hört auch von Industriebetrieben, die für die Kaderlöhne eine Reduktion angekündigt haben, weil die Situation ziemlich dramatisch ist. Eine Nullrunde ist absolut vertretbar, weil die Mitarbeiter trotzdem mehr im Portemonnaie haben. Fast noch wichtiger als dieses Detail, nicht ein Detail für die Leute, die das betrifft, aber ein Detail auf lange Sicht für die Stadt, ist die konstante Diskussion über eine Steuererhöhung. Das ist für die Stadt nicht gut. Eine Steuererhöhung sollte für eine gewisse Zeit kein Thema mehr sein. Die Stadt benötigt diese schweizerische Verlässlichkeit. Das weckt das Vertrauen der Investoren, damit sie in die Stadt kommen. Ein Wort zu den Löhnen: Es ist selbstverständlich schöner, wenn die Stadt den Mitarbeitern Ende Jahr eine Lohnerhöhung oder eine Prämie auszahlen kann. Eine Lohnerhöhung erachtet die CVP/EDU-Fraktion nicht als realistisch. Aber punktuelle Lohnerhöhungen für besonders verdiente, loyale, treue Mitarbeiter würde die Fraktion wohlwollend prüfen. Die CVP/EDU-Fraktion tritt auf das Budget ein.

U. Hofer (FDP): Nachdem U. Hofer etwa eine Stunde in die heile Hodler und Ankerwelt entfliehen durfte, ist er erneut beim weniger heilen Budget angelangt. Die FDP-Fraktion tritt selbstverständlich auf das Budget ein. Der Stadtrat hat ein gutes Budget vorgelegt. Die Massnahmen, die er in letzter Zeit angegangen ist und umgesetzt hat, zeugen von einem lobenswerten und beachtlichen Umdenken und von einem Effort der städtischen Regierung und der städtischen Verwaltung. Gerade weil die Gefahr droht, dass das in der emotionalen Budgetdebatte etwas vergessen geht, sieht die FDP den neuerdings mehrheitlich bürgerlichen Stadtrat auf dem richtigen Weg. Die Fraktion anerkennt vorbehaltlos seine Leistungen in den letzten Jahren und auch die Leistungen der städtischen Verwaltung und ist froh, dass nun jemand am Steuer ist, der die Probleme erkennt und gewillt ist, entsprechend zu handeln, auch wenn es intern und extern Kritik geben kann. Winterthur hat in den letzten Jahren die richtigen Schritte eingeleitet und ist dadurch anderen Städten und Gemeinden voraus. Die FDP ist überzeugt, dass in einigen Jahren weitere positive Nachrichten aus Winterthur verbreitet werden können. Zur Frage von Ch. Griesser: Vor diesem Hintergrund sind Neu-

wahlen nicht angezeigt. Die FDP ist grundsätzlich zufrieden mit der Regierung. Die entscheidende Frage ist, ob man jetzt zurücklehnen kann oder ob der eingeschlagene Weg weiterverfolgt werden muss mit allen Konsequenzen. Die Antwort ist klar: Der Stadtrat hat sich relativ unvorbereitet am Start des Ironman befunden und hat nicht schlecht abgeschnitten – trotz Mangel an Training beim Schwimmen und Rennen. Er wird das Ziel trotzdem nicht erreichen, wenn er jetzt auf dem Rad einbricht.

Die Position der FDP will U. Hofer anhand folgender 4 Punkte dem Stadtrat darlegen: 1. Die FDP glaubt nicht an das Prinzip Hoffnung. Namentlich nicht, dass die Mehrkosten in der sozialen Wohlfahrt in naher Zukunft auf wundersame Art und Weise umgewälzt werden können. Selbst wenn, glaubt die FDP nicht, dass das bis 2019 der Fall sein wird. Deshalb müssen sich das Budget und der IAFP am Worst Case orientieren. Die Stadt muss diese Ausgaben in Zukunft aus eigener Kraft stemmen können. Das braucht weiterhin höchste Ausgabendisziplin und es braucht weiterhin schwierige Entscheidungen. 2. Das ist die Hauptidee, warum die FDP einen allgemeinen Stufenanstieg und damit wiederkehrende Mehrausgaben in der Höhe von 4 Millionen zum jetzigen Zeitpunkt ablehnt. Neben den städtischen Finanzen und der ungewissen Zukunft spielen die negative Teuerung sowie die allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine Rolle. Deshalb ist der Stufenanstieg im Moment nicht angezeigt. Zudem hat der Stadtrat selber mehrfach angekündigt, dass er das Personalstatut überarbeiten will. Bei dieser Überarbeitung ist für die FDP die Abkehr von diesem pauschalen Automatismus ohnehin Pflicht. Deshalb wäre es falsch nach einem alten beziehungsweise langsam überalterten Personalstatut Fakten zu schaffen. Da sich Leistung lohnen muss, ist die FDP gewillt, Einmalzulagen zu sprechen. 3. Die FDP muss sich erneut wiederholen. Das Loch im Kessel, die explodierenden Sozialkosten, ist nicht geflickt und muss prioritär geflickt werden. Es hilft glücklicherweise, dass sich die gesetzlichen Rahmenbedingungen in gewissen Punkten geändert haben. Das leistet der Stadt Schützenhilfe, sprich die Abschaffung der Kleinkinderbetreuungsbeiträge, die Anpassungen der SKOS-Richtlinien und die Überführung von Schmerzpatienten in die IV. Diese Schützenhilfe kann besser oder schlechter genutzt werden. Aus Sicht der FDP muss man das auf Stufe Stadt möglichst schnell anpacken. Das allein genügt nicht. Der Stadtrat muss sich klar werden, wo er über entsprechende Hebel verfügen kann. Diese Hebel muss er jetzt möglichst schnell bewegen. 4. Die FDP ist überzeugt, wenn die Stadt die Ausgabendisziplin hochhält, wenn das Loch im Kessel richtig angegangen wird und der allgemeine Stufenanstieg nicht gewährt wird, kann auch ohne Steuererhöhung eine rote Null erreicht werden. Eine Steuererhöhung hält die FDP für Gift. Vor allem Gift für das Ziel Unternehmen beziehungsweise mehr Unternehmen in Winterthur ansiedeln zu können. Das ist auch das Ziel des Stadtrates und einer Mehrheit im Saal: Stichworte Impulsstrategie und Legislaturziele. Dabei geht es nicht einfach um die Frage, ob ein Unternehmen nach Winterthur kommt oder nicht, wenn die Steuern um 1 bis 3 Prozentpunkte steigen, sondern darum, was ein Unternehmen von der Stadt in zwei, vier oder fünf Jahren erwarten kann. Der Stadtrat muss mit allen Konsequenzen bereit sein, seine Hausaufgaben zu erledigen und wirklich nur dann eine Steuererhöhung zu beantragen, wenn es keinen anderen Weg gibt. Dieses Zeichen muss man zuerst setzen. Es geht um ein unmissverständliches Signal. Wenn Winterthur einen mehrheitlich linken Stadtrat und ein in Budgetfragen links stehendes Gemeindeparlament hätte, wären die Steuern bereits massiv erhöht worden und das Parlament würde über weitere massive Steuererhöhungen diskutieren. Winterthur würde unweigerlich noch mehr zu einer reinen Wohn- und Schlafstadt. Der durchschnittliche Steuerertrag pro Einwohner, der bereits unter dem kantonalen Durchschnitt liegt, würde noch weiter absinken. Gleichzeitig müsste die Stadt immense Kosten für die Infrastruktur tragen – für Schulen, Strassen etc. Wie das finanzpolitisch aufgehen soll, ist ein ungelöstes Rätsel. Zum Votum von M. Sorgo: Die FDP ist bereit politische Verantwortung zu übernehmen und auch der bürgerliche Stadtrat ist bereit politische Verantwortung zu übernehmen. Auch schmerzhaft Entscheidungen können notwendig werden. Die FDP tritt auf das Budget ein. U. Hofer hat die wichtigsten Punkte aus Sicht der FDP genannt.

Th. Deutsch (EVP/BDP): Die EVP/BDP-Fraktion tritt auf den Voranschlag ein und bedankt sich beim Stadtrat für die geleistete Herkulesarbeit. Der Voranschlag zeigt, dass allfälliges Fett durch die Sparprogramme weitgehend weggeschmolzen wurde. Die Stadt ist so schlank

und fit wie es nur geht. Man kann nicht mehr viel mehr abbauen, ohne anzufangen bei den Kernaufgaben und den wichtigen Dienstleistungen der Stadt Abstriche zu machen. Die EVP/BDP-Fraktion bedankt sich nicht nur beim Stadtrat, sondern beim gesamten Personal der Stadt Winterthur, das in den letzten Jahren sehr viel mitgetragen hat – effort14+, Balance, Umzug in den Superblock etc. Das Personal leistet gute und wertvolle Arbeit für die Allgemeinheit. Die EVP/BDP-Fraktion stellt erfreut fest, dass der Stadtrat sich nicht nur über die Ausgaben, sondern auch über die Einnahmen Gedanken gemacht hat. Mit einer Steuererhöhung von 3 Prozentpunkten kann er ein ausgeglichenes Budget präsentieren. Man wird sehen, was am Ende dieser Debatte von diesem ausgeglichenen Budget übrigbleibt. Niemand zahlt gerne mehr Steuern – auch Th Deutsch nicht. Aber manchmal ist das die einzig vernünftige Option, die bleibt. Die Stadt hat leider weiterhin mit steigenden Sozialkosten zu tun. Das ist weder ein Fehler der Stadt Winterthur noch etwas, das die Gemeinderäte gross ändern können. Das hat mit den hohen Zentrumslasten zu tun, mit der übergeordneten Gesetzgebung und dem kantonalen Finanzausgleich. Der Kanton Zürich könnte das ändern. Damit sind alle Kantonsrätinnen und Kantonsräte angesprochen, von denen auch einige im Gemeinderat sind. Deren Aufgabe ist es, den Stadtrat in seinen Bemühungen zu unterstützen und im Kantonsrat für weniger Lasten oder doch zumindest für eine ausgeglichene, faire Verteilung der Sozialkosten auf alle Gemeinden im Kanton zu kämpfen. Dazu benötigen die Kantonsrätinnen und Kantonsräte aus Winterthur auch die Unterstützung des Gemeinderates, der geschlossen hinter ihnen stehen und ihnen den Rücken stärken muss. Die Kommissionsarbeiten sind abgeschlossen und die Ratsarbeit steht bevor. Th. Deutsch hofft, dass trotz der Debatten um Kürzungen und Mehrausgaben doch etwas weihnächtliche Stimmung herrschen wird. Immerhin war gestern der erste Advent. Th. Deutsch wünscht allen Kolleginnen und Kollegen eine besonnene und würdevolle Budgetdebatte.

M. Zeugin (GLP/PP): Bei der Vorbereitung auf die Budgetdebatte hat M. Zeugin einen kurzen Moment innegehalten. Er hat zurückgeblickt auf die Budgetdebatten, die noch vor wenigen Jahren im Rat geführt wurden. In den früheren Debatten haben die Ratsmitglieder kleine Anträge gestellt, wenn überhaupt Anträge gestellt wurden. Im Wesentlichen ging es darum, die Budgets zu erhöhen. In der Regel war die Beratung nach der Abendsitzung zu Ende. Ein Argument, das am häufigsten vorgebracht wurde, war: „Warum wollt ihr sparen, das Geld geht nur zurück an den Kanton.“ Das war ein populistisches Argument, damit wurde versucht alles im Keim zu ersticken. Wenn M. Zeugin in die jüngere Vergangenheit zurückgeht, hat der Rat ein Stück weit lernen müssen, letztendlich aufgrund des Finanzausgleichs, dass er selber verantwortlich ist für die Beschlüsse, die er fasst, spricht für die Beträge, die er ausgibt oder auch nicht ausgibt. Das war der Grund, warum im Rat in den letzten Jahren die Beratung immer länger gedauert hat. In der Folge wurde argumentiert, dass die Zitrone ausgepresst sei, dass nichts mehr gehe und dass man bereits seit Jahren am Sparen sei. Man solle endlich dem Stadtrat glauben, dass er alles gut und richtig gemacht habe. Trotzdem, auch bei den Vorbereitungen zu diesem Budget, haben die Grünliberalen im Voranschlag Ausgaben gefunden, die bestätigen, dass diese Zitrone vor 8 Jahren nicht ausgepresst war, vor 6 Jahren nicht ausgepresst war und vor 2 Jahren nicht ausgepresst war. Jetzt wird in der Detailberatung wahrscheinlich wieder gleich argumentiert werden. Man wird sagen, es geht nichts mehr und man kann nicht sparen. Zudem wird sicher erneut erklärt werden, dass sowieso alle Anträge falsch seien, man müsse sie ganz anders stellen. Wenn sie anders gestellt werden, ist es wieder ganz falsch. Im Wesentlichen muss man sich bewusst werden, dass man nicht mehr ausgeben kann, als man hat. Das Parlament hat das ein Stück weit gelernt. In den vergangenen Jahren hat sich der Gemeinderat bemüht, Einsparungen zu erreichen. Auch der Stadtrat hat mit den zwei Sanierungsprogrammen, die parallel laufen, grosse Hausaufgaben zu erledigen. Wenn man nicht zurück sondern nach vorne schaut, werden diese Hausaufgaben leider noch viel grösser. In der Finanzplanung geht der Stadtrat tatsächlich davon aus, dass der Kanton in drei Jahren die ganze Frage der Verteilung der Sozialkosten geregelt hat. M. Zeugin weiss nicht an welchen Gesetzgebungsprozessen sich der Stadtrat orientiert. Ihm ist nicht bewusst, dass ein Gesetz oder eine Regelung, die so umstritten ist, bereits innerhalb von drei Jahren abgewickelt werden kann, obwohl es um so viel Geld geht. Vielleicht befindet sich M. Zeugin an einem anderen Ort, aber das dürfte sehr

schwierig sein. In der Planung davon auszugehen, ist schwierig. In der Schlussfolgerung wird man davon ausgehen müssen, dass dieser Wunsch in drei Jahren nicht in Erfüllung gehen wird, das heisst die Lage wird sich in den kommenden Jahren nicht entspannen, sie wird weiterhin angespannt bleiben.

Ein Blick auf die Schweiz zeigt, dass spätestens in drei Jahren klar sein wird, wie sich die Unternehmenssteuerreform III auswirken wird. Das wird natürlich die beiden grossen Städte im Kanton relativ massiv treffen – vor allem die Stadt Winterthur. Mit grosser Wahrscheinlichkeit wird ein recht grosses Steuersubstrat wegfallen. Auch damit muss die Stadt irgendwie umgehen. Es wird viele Umschichtungen geben. Die Rede ist wahrscheinlich nicht von einem einstelligen Millionenbetrag sondern von einem zweistelligen Millionenbetrag. Was ist das Rezept dafür: Das Rezept dafür ist, dass der Gemeinderat laufend am Ball bleibt, zusammen mit dem Stadtrat. Die Kosten müssen ernsthaft hinterfragt werden. Der Gemeinderat muss bereit sein, die Ausgaben anzupassen und neue Ausgaben, wenn sie nötig sind, mit Augenmass zu beschliessen. Letztendlich wird man auch in Zukunft nicht darum herum kommen Leistungen grundsätzlich zu hinterfragen und zu beurteilen, ob nicht grundsätzlich darauf verzichtet werden kann. Das Argument, das bereits wieder in den Raum gestellt wird, dass quasi nur der Kanton schuld sein soll, hat M. Zeugin bereits vor 8 Jahren gehört. Damals hiess es, die Stadt könne im Zusammenhang mit dem Finanzausgleich gar nicht frei entscheiden und deshalb müsse man nichts unternehmen. Wenn der Kanton keine ernsthaften Bemühungen der Stadt Winterthur erkennen kann, wird es schwierig – vor allem wird es schwierig eine Änderung bis in drei Jahren zu erreichen. Das heisst die Signale, die ausgesendet werden, sind entscheidend. Deshalb ist es wichtig, dass sich alle Parteien beteiligen und sich bemühen, die Kosten in den Griff zu bekommen.

Personal: Es ist nicht das was sich die Grünliberalen wünschen. Im Personalstatut ist festgelegt, dass die Personalmassnahmen umgesetzt werden müssen. Es ist nicht schön, dass das Personal einen extra Effort leisten muss. Diese Leistung anerkennt auch die GLP/PP-Fraktion und bedankt sich herzlich beim Personal. Aber trotzdem ist es so, und auch das steht leider im Personalstatut, dass in einer ausserordentlichen Lage von den Personalmassnahmen abgesehen werden kann. Im Rat kann niemand behaupten, dass zwei parallel laufende Sanierungsprogramme nicht eine ausserordentliche Lage darstellen, sprich die Grundlagen, die es braucht, sind im Personalstatut bereits gegeben. Das ist sicher nicht schön, aber wenn es notwendig ist, muss das Personal weiterhin einen Beitrag leisten. Vor allem auf dem Hintergrund, dass zum wiederholten Mal eine Forderung des Stadtrats bezüglich einer Steuererhöhung vorliegt. M. Zeugin ist leider etwas enttäuscht vom Stadtrat, weil konkrete und überprüfbare Zielsetzungen im Bereich der Ansiedlung von Unternehmen beziehungsweise von Arbeitsplätzen fehlen. Es ist schön, dass der Stadtrat in Japan sehr viele Visitenkärtchen erhalten hat. Aber man muss sich bewusst sein, dass das in Japan nicht viel bedeutet. Visitenkärtchen zu erhalten, gehört dazu. Aber das als den grossen Durchbruch zu deuten, ist schwierig. Winterthur braucht konkrete Ziele. Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel muss sich die Stadt klar für Arbeitsplätze einsetzen. Das muss priorisiert werden, weil auch das einen Beitrag an die Gesundheit der finanziellen Lage darstellt. Zusammengefasst: Die Lage ist wirklich angespannt und wird in den kommenden Jahren noch angespannter. Die eine oder andere Sparrunde wird man in Angriff nehmen müssen. Wichtig ist, dass diese Sparbemühungen zeitnahe umgesetzt und nicht bereits vor Ablauf der Legislatur wieder zurückgenommen werden. Die Grünliberalen werden auf die Budgetdebatte eintreten.

D. Oswald (SVP): Vieles wurde bereits gesagt, dabei wurde auch darauf hingewiesen, dass der Stadtrat sehr viel unternommen hat. Die meisten Departemente sind auf dem richtigen Weg und haben zum Teil gute Arbeit geleistet. Das ist nicht überall so. D. Oswald kann die Aussagen nur in diesem Sinn unterstützen. M. Zeugin hat die Visitenkärtchen angesprochen. Gerade die Schweiz mit ihrer Mehrsprachigkeit, vier Landessprachen, das heisst eigentlich drei Landessprachen, Rätoromanisch ist international nicht wirklich von Bedeutung, ist prädestiniert für internationale Firmenniederlassungen. Zudem ist auch Englisch sehr verbreitet. Die Firma DMG MORI ist ein Beispiel in Winterthur. Es ist sicher richtig, dass der Stadtrat darauf aufbaut. D. Oswald ist sehr froh, dass er diese Aktion gemacht hat. Es ist allen be-

kannt; wenn man irgendwann ernten will, muss man zuerst säen. Das beginnt auch mit dem Sammeln von Visitenkarten. D. Oswald findet einen weiteren Punkt nicht gut. Im Sozialbereich ist ein Kostentreiber zu verzeichnen. Die Kosten laufen aus dem Ruder. Das System begünstigt diese Entwicklung. Man macht alles, was nach dem Gesetz erlaubt ist. D. Oswald ist der Ansicht, dass mehr getan wird, als Sozialpolitik zu betreiben. Die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens wird bedingungslos vorangetrieben. Das ist leider so. Wenn man mit einem gewissen politischen Willen das Departement führt, läuft das darauf hinaus. Hier befindet sich die grosse Baustelle der Stadt. Es ist so, die Steuern sind ein wichtiges Thema. Vieles wurde kritisiert, auch dass sich die Wirtschaft und einige Verbände zur Steuerfrage geäussert haben. Das sind aber diejenigen, die das Geld in die Stadtkasse bringen. Sie sind ein Teil der Gesellschaft und dürfen sich äussern. Sie machen das öffentlich und nicht im Stillen. Die SVP wird einer Steuererhöhung nicht zustimmen, weil es sich in den vergangenen zwei Jahren gezeigt hat, dass Druck aufgesetzt werden muss, damit die Sanierung der Finanzen angegangen wird und nicht einfach die Steuern erhöht werden. Das ist zu einem grossen Teil bereits geschehen. Diesen Weg muss die Stadt weiter gehen. D. Oswald kann den Stadtrat auch verstehen. Er wurde bei wichtigen Abstimmungen vom Parlament im Regen stehen gelassen – zum Beispiel als es um die Gemeindegewerbesteuer ging. Die Parteien standen vor den Kantonsratswahlen und haben sich nicht getraut, den Stadtrat zu unterstützen. Der Präsident der SVP und D. Oswald waren die einzigen, die dazu einen Leserbrief geschrieben haben. Ansonsten liess man den Stadtrat im Regen stehen. Hier muss sich auch der Gemeinderat an der Nase nehmen, was die Situation der Stadt anbelangt. Es ist richtig, den Stadtrat zu unterstützen, dort wo er in der richtigen Richtung unterwegs ist. Steuererhöhungen sind wirklich aus verschiedenen Gründen das falsche Mittel. Niemand weiss was in Zukunft kommt. Eine Steuererhöhung könnte dann ein Mittel sein, wenn die Steuereinnahmen aus ausserordentlichen Gründen zusammenbrechen. Es wurde gesagt, dass andere Gemeinden die Steuern ebenfalls erhöhen müssen. Wenn die Steuern in guten Zeiten gesenkt wurden, können sie auch erhöht werden, wenn es schlechter geht. Aber wenn in den guten Jahren der Steuerfuss auf dem Maximum geblieben ist, können die Steuern nicht noch mehr erhöht werden. Sie müssen auf dem aktuellen Niveau bleiben. Die Stadt muss diese Entwicklung nutzen. Wenn sich der Steuerfuss von anderen Gemeinden angleicht und Winterthur sich verbessern kann, muss die Position nicht wieder verschlechtert werden. Wenn man Firmen nach Winterthur holen will, muss es ohne Steuererhöhung gehen. Es gibt da und dort Sparpotential. Das ist so. Wenn D. Oswald auch grundsätzlich der Meinung ist, dass der Stadtrat auf einem guten Weg ist und seine Arbeit grundsätzlich gut macht.

M. Wäckerlin (GLP/PP) wird seine Hauptredezeit auf das Eintretensvotum beschränken. Er ist vom Budgetentwurf enttäuscht. Die Bürger haben an den letzten Wahlen eine bürgerliche Allianz gewählt. Aber offensichtlich ist diese Allianz für ein starkes Winterthur doch nicht so stark und bricht ihr Versprechen. Dabei wäre ein weiterer Kandidat zur Wahl gestanden, mit dem das sicher nicht passiert wäre. Offensichtlich hat sich das Volk verwählt. Budget: M. Wäckerlin ist der Meinung, der Stadtrat hätte ohne Probleme ein ausgeglichenes Budget ohne Steuererhöhung präsentieren können, wenn er das gewollt hätte. Aber der Stadtrat will unbedingt die Steuern erhöhen, weil er meint, der Kanton wolle das so aufgrund der Umverteilung der Sozialkosten. Tatsächlich sind die Sozialkosten das Hauptproblem der Stadt Winterthur. Ständig sind sie gestiegen. Jedes Jahr sind nicht budgetierte Mehrkosten in der Grössenordnung von 10 Millionen hinzugekommen. Es gibt aber zwei Fragen zu klären: Die Verteilung und die absolute Höhe. Wie kann die ständige Zunahme gebremst werden. Stadtrat N. Galladé nutzt seinen Spielraum definitiv nicht aus und der Stadtrat lässt ihn gewähren. Diesen Vorwurf muss man dem Stadtrat machen. Eine Lösung des Finanzproblems ist nur möglich, wenn die Stadt die Sozialkosten nachhaltig in den Griff bekommt. Hier auf den Kanton zu hoffen, sieht M. Wäckerlin als sehr verwegen an. Der Stadtrat kann nicht nur auf den Kanton zählen, sondern muss selber im Sozialdepartement Massnahmen ergreifen. M. Wäckerlin erwartet von Stadtrat N. Galladé einen Masterplan. Nur mit grösster Disziplin kann eine Steuererhöhung abgewendet werden. Hier richtet sich M. Wäckerlin an die linke Ratsseite. Den Parteien, die keine Steuererhöhung wollen, rät er dringend, sämtliche Sparmassnahmen ausnahmslos anzunehmen und alle Mehrausgaben

ausnahmslos abzulehnen. Wer keine Steuererhöhung will aber Mehrkosten zustimmt, sei das bei der Polizei oder im Sport, der macht sich unglaublich. Zur Steuererhöhung selber: Winterthur hat einen Steuersatz von 122 % und liegt damit nach wie vor in einem hohen Bereich. Zwar haben einige Gemeinden im Umfeld ihre Steuern erhöht, aber viele von einem sehr viel tieferen Stand aus. Sie liegen noch immer weit unter 122 %. Es macht einen grossen Unterschied, ob man die Steuern von unter 100 % aus erhöht oder von über 120 % aus. Wenn man Aufgaben aus dem steuerfinanzierten Bereich in den gebührenfinanzierten Bereich umlagert, ohne die Steuern zu senken, ist das auch eine Steuererhöhung. Winterthur hat in den letzten 10 Jahren zwei Mal die Steuern gesenkt. Beide Male konnten im Nachhinein mehr Steuereinnahmen verzeichnet werden, besonders bei den juristischen Personen. Das heisst, wenn die Stadt mehr einnehmen will, müssen die Steuern gesenkt werden nicht erhöht. Steuersenkungen sind gut für die Stadtfinanzen. Die GLP/PP-Fraktion will mehr Arbeitsplätze und mehr gute Steuerzahler. Für beide Anliegen ist der aktuelle Steuersatz bereits Gift. Allein die jährliche Diskussion um eine Steuererhöhung schürt die allgemeine Verunsicherung. M. Wäckerlin will nicht über eine Steuererhöhung diskutieren, sondern viel lieber über die Bedingungen für eine Steuersenkung. Steuern sind keine freiwilligen Beiträge, sie werden zwangsweise erhoben. Deshalb hat Stadträtin Y. Beutler nicht ganz Recht, wenn sie sagt, sie seien ein legitimes Mittel zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben. Sie sind ein legales Mittel aber nicht ein legitimes. Eine Zwangsabgabe ist nichts anderes als ein gesetzlich legitimer Raub. Man kann zwar Steuergelder für die Finanzierung von gesellschaftlichen Aufgaben einnehmen. Das wurde immer so gemacht. Aber dann verlangt M. Wäckerlin mindestens das Bewusstsein für den Hintergrund und eine entsprechende Zurückhaltung. Wenn aber jeder Museumseintritt mit 300 Franken subventioniert wird, dann hat man das nicht begriffen. Vielleicht bräuchte Winterthur einen neuen Robin Hood oder einen Piraten, der dem Staat Steuergelder entwendet und sie den Steuerzahlern zurückgibt. Die Haltung von M. Wäckerlin ist folgende: Er wird dem Budget nur unter zwei Voraussetzungen zustimmen: 1. Keine Steuererhöhung. 2. Kein Defizit. Weil gemäss aktuellem Stand der Diskussion das unwahrscheinlich ist, stellt M. Wäckerlin bereits jetzt einen Nichteintretensantrag. Es ist besser, kein Budget zu haben als ein schlechtes. Kein Budget zwingt den Stadtrat in einen resoluten Sparmodus und er kann nur noch die wirklich notwendigen Ausgaben tätigen. Je nach Verlauf der Debatte behält sich M. Wäckerlin vor, einen Antrag auf Steuersenkung zu stellen. Auch wenn er genau weiss, dass das nicht realistisch ist, aber diese Diskussion würde er gerne führen.

U. Hofer (FDP) schätzt den Liberalismus von M. Wäckerlin sehr. Einen Punkt will U. Hofer aufgreifen. Seines Erachtens macht sich derjenige Unglaublich, der unglaubliche, unrealistische und unverhältnismässige Anträge gutheisst, die nicht fundiert sind. Deshalb wird die FDP nicht in allen Punkten den Vorschlägen von M. Wäckerlin folgen. Die FDP kann mit einer roten Null leben. Ein leichtes Budgetdefizit für ein bis zwei Jahre kann sich Winterthur knapp leisten. In Zukunft wird U. Hofer im Rat weitere mehrheitsfähige und unterstützungsfähige Anträge stellen.

Ratspräsident M. Wenger: Die Wortmeldungen haben sich erschöpft.

Stadträtin Y. Beutler: Das Budget 2016 sei unzumutbar, unzurechnungsfähig – heute Abend war alles zu hören. Stadträtin Y. Beutler wird gerne die Sicht des Stadtrates schildern. Das Votum kann sie aber abkürzen, weil vieles bereits gesagt wurde. Die Stadträtin äussert sich zum Budget, damit die Ratsmitglieder das Wesentlichste von Seiten des Stadtrates hören. Mit dem Budget 2016 hat der Stadtrat ein wichtiges Ziel erreicht. Er hat ein ausgeglichenes Budget vorgelegt ohne Einmaleffekte. Damit hat er ein Budget mit 376'000 Franken Gewinn verabschiedet, mit dem Novemberbrief ist es noch verbessert worden. Das ist eher selten. Der Gewinn hat sich damit auf 700'000 Franken erhöht. Rund 1 Million muss aufgrund der Reduktion der Abgaben von Stadtwerk an das Gemeinwesen abgezogen werden, das heisst das Budget ist mit ca. 300'000 Franken im roten Bereich. Der Gemeinderat weiss, dass das ausgeglichene Budget nur mit einer Steuerfusserhöhung von 3 % erreicht werden kann. Der Stadtrat hatte am Ende der Diskussionen die Wahl – Defizit, Steuerfusserhöhung

oder Sanierungsprogramm. Ein Defizit ist ein absolutes No-Go in der jetzigen Situation aufgrund des schwachen Eigenkapitals und der hohen Verschuldung. Zudem entspricht das nicht den Zielen der Finanzstrategie. Der Stadtrat ist zur Auffassung gelangt, dass ein drittes Sanierungsprogramm innerhalb von 3 Jahren nicht die Lösung ist, die die Stadt jetzt benötigt. Die beiden anderen Sanierungsprogramme werden gerade umgesetzt. Es ist Stadträtin Y. Beutler ein grosses Anliegen, dass diese auch umgesetzt werden können. Das braucht Zeit und vor allem Energie. In dieser Konstellation ist der Stadtrat zum Schluss gekommen, dass ein drittes Sanierungsprogramm zum jetzigen Zeitpunkt keine Lösung ist. Von einem Sanierungsprogramm sind einzelne jeweils sehr stark betroffen. Das haben die letzten zwei Sanierungsprogramme gezeigt. Mit einer Steuerfusserhöhung trägt jeder im Rahmen seiner wirtschaftlichen Fähigkeit dazu bei, den Fehlbetrag zu kompensieren. Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat nach wie vor die Steuern um 3 Prozentpunkte zu erhöhen – von 122 auf 125 %. Das kantonale Maximum wird für Gemeinden mit Übergangsausgleich bei 134 % liegen, Gemeinden mit individuellem Sonderlastenausgleich werden auf 129 % erhöhen müssen. Im laufenden Jahr haben 10 % aller Gemeinden einen Übergangsausgleich, respektive Sonderlastenausgleich bezogen. Winterthur ist damit nicht mehr zuoberst auf dieser Skala sondern im oberen Mittelfeld. Bei genauer Betrachtung sieht man, dass die effektive Zahl, die auf dem Einzahlungsschein stehen wird, zumutbar ist. Stadträtin Y. Beutler möchte wissen, wer im Ratssaal auf 100 Franken genau die Höhe der Steuerrechnung angeben kann. In der Regel wissen das höchstens Buchhalter oder Steuerberater. Es hat die Stadträtin erstaunt, Volkes Stimme in diesem Zusammenhang zu hören, als der Stadtrat das Budget präsentiert und erklärt hat, dass der Steuerfuss erhöht wird. Wie viele Leserbriefe hat es gegeben? Keinen einzigen. Der Gewerbeverband hat opponiert. Wie viele Leserbriefe hat es gegeben? Eine halbe Seite. Offensichtlich ist das für die Bevölkerung nachvollziehbar und nicht die grösste Sorge, die sie plagt. Man darf nicht vergessen, dass die Steuerlast in den vergangenen Jahren kontinuierlich gesunken ist. Stadträtin Y. Beutler zeigt anhand einer Graphik die Veränderungen des Steuerfusses seit 2000. Damals lag der Steuerfuss bei 132 %. Im Jahr 2015 sind es 122 %. Das Interessante ist die Veränderung der prozentualen Steuerlast. Die Differenz zeigt die Steuerentlastungen, die zusätzlich eingeführt wurden. Das heisst, dass jemand heute mit dem gleichen Einkommen viel weniger Steuern bezahlt, weil er viel mehr abziehen kann. Das vergisst man immer wieder – subjektiv hat man das Gefühl man bezahlt immer mehr Steuern.

Was haben die Steuergesetzrevisionen für die gesamte Stadt bedeutet: 38,75 Millionen Steuermindereinnahmen und Steuersenkungen von 21,8 Millionen. Das sind rund 60 Millionen weniger in der Stadtkasse, weil die Steuern gesenkt oder das Steuergesetz zugunsten von juristischen und natürlichen Personen geändert wurde. 60 Millionen Franken, das sind 20 Steuerfussprozent. Reihum werden in den Gemeinden Anträge gestellt, um die Steuern zu erhöhen. Interessanterweise wird die Gemeinde mit dem höchsten SVP Wähleranteil im nächsten Jahr den höchsten Steuerfuss im Kanton Zürich haben. Der Stadtrat hat sich eine Steuerfusserhöhung nie zum Ziel gesetzt, sondern immer als letztes Mittel deklariert und auch so gehandhabt. Warum beantragt der Stadtrat immer wieder eine Steuerfusserhöhung? Einfach weil das nötig und angesagt ist, in der Situation, in der sich die Stadt befindet. S. Büchi hat erklärt, dass eine Steuererhöhung dem Konsum die Mittel entzieht. Das ist absolut gesehen nicht korrekt. Weil der Staat diese Mittel benötigt, um den staatlichen Konsum finanzieren zu können. Damit werden die Lehrerlöhne bezahlt, die mit ihren Lohn ebenfalls konsumieren. Die Stadt bezahlt die Sozialhilfe. Die Menschen, die Sozialhilfe beziehen, geben ihr Einkommen zu 100 % für den Konsum aus. Mit einer Steuerfusserhöhung wird allenfalls die Sparquote gesenkt. Darüber macht sich die Stadträtin in der jetzigen Situation nicht gross Sorgen. Sie hat ein gewisses Verständnis für die Frustration. Das Volk hat eine neue Stadtratsmehrheit gewählt. Jetzt wird klar, dass die Probleme die alten geblieben sind. Welche Probleme hat die Stadt – neben dem Anstieg der gesetzlichen Leistungen? Alle Leistungen haben ein Preisschild, wenn man etwas bestellt, soll man bitte auch dafür bezahlen. Offensichtlich ist dieser Grundsatz bei den Landgemeinden eher verankert. Wenn man einer Leistung zustimmt, kostet das am Ende des Tages auch etwas.

Stadträtin Y. Beutler ist gespannt auf die Budgetdebatte. Die CVP hat angekündigt, dass sie eine Abstimmung mit Namensaufruf beantragen wird, wenn über die Erhöhung des Global-

kredits für die Stadtpolizei abgestimmt wird. Stadträtin Y. Beutler würde sehr gerne einen Namensaufruf machen, um festzustellen, wer im Rat bereit ist, für die bestellten Leistungen zu bezahlen. Sie hat nichts dagegen, wenn zusätzliche Polizisten angestellt werden. Aber man muss bereit sein, dafür zu bezahlen. In den drei Jahren, in denen die Stadträtin als Finanzvorsteherin, Buchhalterin, was auch immer, arbeitet, hat sie festgestellt, dass relativ wenig Unterschiede zu spüren sind zwischen rechter und linker Ratsseite. Im Wünschen und Bestellen sind eigentlich alle recht gut, wenn auch nicht in den gleichen Bereichen. Aber Ende Jahr, wenn es um die Bezahlung geht, herrscht eine selektive Amnesie. Der Regierungsrat hat auf die Analyse, die der Stadtrat nach Zürich gesandt hat, geantwortet. Er hat die Prioritäten klar benannt, die gesetzt werden müssen, wenn der Regierungsrat ein Gemeinwesen unterstützen soll. Erste Priorität haben die Sparanstrengungen. Das hat der Stadtrat gemacht. Er hat die Sparprogramme effort14+ und Balance auf den Weg gebracht. Das sind die zwei grössten Sanierungsprogramme, die Winterthur je gesehen hat. Das wird vom Gemeindeamt anerkannt. Der Stadtrat hat seine Hausaufgaben gemacht. Die zweite Priorität hat eine Steuererhöhung. Die Stadt muss auch dafür sorgen, dass die Erträge stimmen. In dritter Priorität sieht sich der Kanton in der Verantwortung, indem er in Teilbereichen unterstützt oder die gesetzlichen Bestimmungen ändert. Ein zusätzliches Problem ist die Verschuldung der Stadt Winterthur. Das hat M. Baumberger angesprochen. Wenn die Ratsmitglieder heute Abend die Steuerfusserhöhung nicht gewähren, weil 8,5 Millionen aus dem Budget gestrichen werden, was sicher problemlos gelingen wird, steigt die Verschuldung trotzdem weiterhin an. Die Stadträtin zeigt die Verschuldung anhand einer Graphik auf: Allgemeiner Steuerhaushalt bis Ende der Planungsperiode: 60 Millionen Franken. Eigenwirtschaftsbetrieb: 100 Millionen Franken. Zudem müssen die Rückstellungen beansprucht werden, damit erhöht sich das Fremdkapital ebenfalls. Stadträtin Y. Beutler hat sich zwei Mal zu früh gefreut. M. Baumberger hat heute Abend erklärt, die finanzielle Vergütung von Stadtwerk sei bereits eine Steuererhöhung von einer Million. Die Stadträtin hat angenommen, wenn diese Million nicht gewährt wird, müssten die Steuern erhöht werden. M. Baumberger hat das aber anders ausgelegt. Er hat zwar auch auf die Verschuldung hingewiesen. Der nächste Satz war: Die Stadt kann mit einem Defizit für das Jahr 2016 leben. Wie kommt es zu Schulden? Indem ein Defizit geplant wird. Das ist das alarmierende an der Finanzsituation. Die Stadt lebt heute voll zulasten der kommenden Generationen. Es sind 20 Millionen jährlich, die einfach verkonsumiert werden und die von den Kindern und Enkeln irgendwann zurückgezahlt werden müssen. Bevor die Schulden zurückgezahlt werden können, müssen sie finanziert werden und das sicher nicht mit Minuszinsen, wie das heute der Fall ist. Wenn man diese 20 Millionen und die 2,8 Millionen Mehreinnahmen durch die Erhöhung des Steuerfusses in die Rechnung einbezieht, wird deutlich, wie hoch der Steuerfuss eigentlich sein müsste, wenn das Leben, das wir heute führen, finanziert werden soll.

Der Stadtrat beantragt trotz dieser Situation, die Lohnmassnahmen zu gewähren. Es handelt sich um eine Nullrunde – so nennt der Kanton das. Es ist eine Nullrunde, weil das Personal die Massnahmen selber finanziert durch Rotationsgewinne. Rotationsgewinne entstehen, wenn eine Stelle vakant bleibt oder wenn jemand jüngerer mit einem tieferen Lohnniveau eingestellt wird. Das wird momentan in der Stadt gelebt. Die Personalmassnahmen sind keine Almosen. Sie sind im Personalstatut vorgeschrieben und dürfen nur in Ausnahmefällen nicht ausgerichtet werden. Das ist aber zur Regel geworden. Das Personal hat bereits den erheblichsten Teil an die Sanierungsprogramme beigetragen und zwar Frankenmässig wie auch in Bezug auf den Einsatz. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben die strukturellen Probleme der Stadt nicht verursacht. Es geht deshalb nicht an, dass sie weiterhin überproportional zur Problemlösung beitragen müssen. Wo das Problem liegt, wissen die meisten im Rat. Stadträtin Y. Beutler konzentriert sich auf den Hauptkostenfaktor und lässt die Bildung und die Gesundheit weg, obwohl die Planung zeigt, dass der Anstieg in der Bildung gleich hoch sein wird wie im Sozialbereich. 12,5 Millionen Franken Unterschied im Budget 2016 im Vergleich zum Budget 2015 für die Soziale Wohlfahrt. Stadträtin Y. Beutler zeigt anhand einer Tabelle das Wachstum pro Kopf und Gemeinde. Die Graphik zeigt, dass Winterthur oben hinaus schwingt. Die Graphik wurde bereits von A. Steiner gezeigt. Stadträtin Y. Beutler weist darauf hin, dass das Sozialdepartement im operativen Bereich im gleichen Mass vom Sanierungsprogramm betroffen ist, wie alle anderen Departemente. Der Sozialbereich muss

ebenfalls einen Beitrag leisten. Dieser Beitrag ist sehr hoch – sowohl an effort¹⁴⁺ wie auch an Balance. Momentan ist der Sozialbereich aber noch immer die grösste Problemzone. Wieso ist das so? Weil offensichtlich noch immer sein kann was nicht sein darf. Stadträtin Y. Beutler muss ihre Argumente wiederholen bis sie geglaubt werden. Der Regierungsrat lügt nicht. Er hat klar festgestellt, dass die Sozialhilfekosten der Stadt Winterthur kaum zu beeinflussen sind. Zahlen lügen nicht. Die Graphik des statistischen Amtes zeigt ein überproportionales Wachstum von 27,5 Millionen Franken seit der Berechnung des Zentrumslastenausgleichs. 27,5 Millionen Franken das sind 10 % Steuerprozente, die Winterthur zugunsten von anderen Gemeinden übernimmt. Wenn diese 10 % von den 122 % abgezogen werden, landet man bei einem Steuerfuss von rund 112 % und damit 7 % unter der Stadt Zürich. Das ist ein deutliches Zeichen, dass die Stadt ihre Kernaufgaben sehr schlank und kostengünstig erbringt.

Das statistische Amt hat eine Evaluation vorgenommen und geprüft, ob anhand gewisser Faktoren berechnet werden kann, wie hoch die Soziallast in einer Gemeinde ist. Dabei wurde eine Variable gefunden. Man kann die Kosten zu 81 % erklären. In der Stadt Winterthur sind es 90 % - Faktoren sind die Bevölkerungszahl, die Distanz zu Zürich und der Anteil über 65 jähriger Bewohnerinnen und Bewohner in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen. Der grösste Zuwachst ist momentan bei den Ergänzungsleistungen zu verzeichnen, weil viele Menschen mit 55 aus dem Erwerbsprozess fallen und nachdem sie die Arbeitslosenleistungen nicht mehr erhalten, in die Sozialhilfe geraten und aufgrund von Beitragslücken direkt Ergänzungsleistungen beziehen. Persönlich ist das ganz tragisch und für die Stadt und den Staat ist das eine grosse Herausforderung. Ein weiterer Grund ist der Anteil an Landwirtschaftsflächen. Winterthur ist im Kanton die grösste Landwirtschaftsgemeinde. Der dritte Grund: Die Stadträtin entgegnet all denen, die das Gefühl haben, der Stadtrat sitzt nur da, schaut was passiert und staunt, dass der Stadtrat handelt. Das Departement Soziales handelt ebenfalls. Das sagt Stadträtin Y. Beutler nicht, weil ihr Parteikollege Departementsvorsteher ist, sondern weil sie das Departement im Rahmen der vergangenen Sanierungsprogramme erlebt hat. Im Schlussbericht zu Balance kann man nachlesen, wie sehr sich das Departement bemüht hat. Die Mitarbeitenden haben konstruktiv und vorbildlich gearbeitet. Was macht das Departement konkret? Die laufenden Kosten wurden gesenkt, durch Kontrollen, durch das Projekt Passage, durch verschiedene Programme für junge Erwachsene und durch zielgruppenspezifische Spezialdienste. Es gibt regelmässige Fallkontrollen. Vor einer guten Woche wurde der Sozialbericht des Kantons Zürich veröffentlicht. Die durchschnittlichen Kosten im Kanton pro Fall betragen 2'264 Franken, in der Stadt Winterthur sind es 1'986 Franken – 12,3 % weniger, obwohl in Winterthur überdurchschnittlich viele Personen pro Fall betroffen sind. Aktuell wird eine Studie erstellt, die auf eine Motion zurückgeht. Damit wird geprüft, wo die Stadt trotz des engen Korsetts einen Handlungsspielraum hat. Verschiedene Fragen sollen mit einem Blick von aussen geklärt werden. Wie wird dieser Spielraum genutzt? Wie könnte er noch genutzt werden? Diese Studie läuft. Der Stadtrat ist auf die Resultate gespannt.

Der Stadtrat beteiligt sich an weiteren Projekten. Ein Beispiel ist der Gemeindepräsidenten-Verband. Es gibt verschiedene Arbeitsgruppen im Kanton. Ein Thema ist der Finanzausgleich. Stadtrat N. Galladé beteiligt sich an Arbeitsgruppen, die sich mit den Soziallasten befassen. Gesetzgebungsprozesse: Ein Beispiel ist die Abschaffung der Kleinkinderbetreuungsbeiträge, die definitiv zu Grabe getragen wurden. Diese Idee hat nicht irgendjemand im Kanton eingebracht. Es war Stadtrat N. Galladé, der festgestellt hat, dass diese Kosten explodieren. Er hat sich gemeinsam mit anderen Sozialvorstehern beim Kanton für die Abschaffung der Beiträge eingesetzt. In relativ kurzer Zeit konnte erreicht werden, dass diese Beiträge ganz abgeschafft werden. Neues Kinder- und Jugendheimgesetz: Auch daran hat sich der Stadtrat und vor allem das Departement Soziales aktiv beteiligt. Das trifft auch auf verschiedene andere Gesetze zu – Sozialhilfegesetz, Pflegefinanzierung, Zusatzleistungen etc. Das sind alles Nebengesetzgebungen, mit denen man relativ schnell eine Änderung erreichen kann. Bei den Zusatzleistungen zum Beispiel, indem der Kostenverteiler zwischen dem Kanton und den Gemeinden geändert wird. Das wäre technisch sehr einfach. Es braucht einfach den politischen Willen dazu. Der Stadtrat fordert einen solidarischen Soziallastenausgleich ab 2019. Diese Forderung wird von anderen Städten und Gemeinden unter-

stützt. Ist das illusorisch, sind die Stadträtinnen und Stadträte Traumtänzer? Ist der Stadtrat naiv? Nein, das ist nicht der Fall. Das Gemeindeforum befasst sich ebenfalls mit diesem Problem. Es gibt drei klassische Phasen, wenn die Gemeinden Probleme haben: Schuldzuweisung, Analyse und Lösung. Wo stehen Gemeinderat, Kantonsrat und Wirtschaftsverbände? Es werden zum Teil Schuldzuweisungen gemacht. Das war auch heute Abend zu hören. Aber das Ausmass ist viel geringer als vor einem halben Jahr. Ein Teil hat bereits mit der Analyse begonnen und ein gewisser Teil arbeitet bereits an Lösungsschritten und versucht gesetzliche Änderungen herbeizuführen. Der Stadtrat, die betroffenen Gemeinden und der Kanton sind daran, das Problem zu analysieren. Jörg Kündig, FDP Präsident und Präsident des Gemeindepräsidentenverbandes, hat öffentlich am Gemeindeforum erklärt: „Nichts tun ist keine Option.“ Das ist ein riesen Schritt. Der Gemeindepräsidentenverband ist weder ein linkes noch ein städtisches Gremium. Es wird bereits an einer Lösung gearbeitet. Heinz Montanari, der beim Gemeindeamt arbeitet, hat erklärt: „Ein Sozillastenausgleich ist machbar.“ Der Kanton hat bereits vier Lösungsansätze definiert. Ein starkes Zeichen ist die Art wie jetzt der individuelle Sonderlastenausgleich verteilt wird. Von den 11,3 Millionen, die sich im Topf befinden, erhält die Stadt Dietikon 9 Millionen und zwar weil man erkannt hat, dass die Sozillasten eine Sonderlast sind. Das ist ein ganz wichtiger Etappensieg für Winterthur. Stadträtin Y. Beutler hat ein Zitat des Finanzvorstehers der Stadt Dietikon, Rolf Schaeren gefunden: „Ich bin so lange nicht zufrieden als der Ausgleich der Sozillasten im Kanton Zürich ungelöst ist. Es braucht dringend einen solidarischen Lastenausgleich.“ Stadträtin Y. Beutler appelliert an die Ratsmitglieder, gemeinsam alles zu unternehmen, damit nicht mehr ist was nie hätte sein dürfen. Zu einem gewissen Teil hat das die Stadt Winterthur in den eigenen Händen. Stadt- und Gemeinderat müssen sich geeint einsetzen. Winterthur muss die Hausaufgaben machen und den Handlungsspielraum nutzen. Aber das allein kann die Stadt nicht retten. Stadträtin Y. Beutler dankt allen herzlich, die den Stadtrat auf diesem Weg unterstützen.

D. Oswald (SVP), persönliche Erklärung: Die Steuereinnahmen der Stadt betragen im Jahr 2004 rund 280 Millionen, 2014 waren es 392 Millionen. Damit sind die Steuereinnahmen um 33 % gestiegen. Die Stadt Winterthur lebt schlussendlich von den absoluten Steuereinnahmen und nicht von irgendwelchen Prozenten. Es ist nicht richtig, dass der Stadt Steuererträge entgangen sind. Dass im Kantonsrat die Kleinkinderbetreuungsbeiträge gegen den Willen der SP abgeschafft werden konnten, ist sicher gut. Wer stellt bereits wieder Anträge, um das Geld zu verteilen? Das sind die Kollegen der SP-Fraktion. Damit hat ein Teil im Saal die Situation der Stadt Winterthur nicht ganz begriffen. D. Oswald erinnert daran, dass er im letzten Januar eine Interpellation betreffend Auswirkungen des SNB-Entscheidunges auf die Finanzen der Stadt Winterthur eingereicht hat. Er wollte wissen, ob der Stadtrat auf Szenarien mit sinkenden Einnahmen vorbereitet ist. Damals hat der Stadtrat erklärt, dass die Beschaffung liquider Mittel zu guten Konditionen für die Stadt Winterthur problemlos möglich ist. Das Geld ist schliesslich billig. D. Oswald ist froh, dass die Finanzministerin eingesehen hat, dass das langfristig keine Lösung ist, auch wenn das Geld billig ist. Die strukturellen Probleme stammen aus der Vergangenheit. Mit dem alten Finanzausgleich hat der damalige Stadtpräsident E. Wohlwend das Budget nach dem Grundsatz erstellt: Wie kann die Stadt möglichst viel Geld beim Kanton abholen? Dadurch wurden Ausgaben geschaffen und unnötig Geld ausgegeben. Jetzt muss die Stadt mühsam davon wegkommen. Wenn man die Sozialkosten anders im Kanton verteilen will, müssen auch die Leistungen angepasst werden. Es kann nicht sein, dass eine Gemeinde Ergänzungsleistungen ausrichtet und eine andere nicht. Der Stadtrat hat den richtigen Vorschlag gemacht, als er die Gemeindegzuschüsse abschaffen wollte. In den meisten Gemeinden im Kanton Zürich gibt es diese Leistung nicht mehr. Das ist ein weiterer Grund, warum Winterthur so hohe Lasten tragen muss. Wenn diese Kosten im Kanton anders verteilt werden sollen, müssen die Leistungen angeglichen werden. Ansonsten stimmt es für die Geldgeber nicht. D. Oswald will nicht in Abrede stellen, dass gewisse Überlegungen notwendig sind, aber es kann nicht sein, dass Winterthur die Ausgaben selber bestimmen will und der Kanton bezahlen soll. Das kann nicht die Lösung sein.

Stadträtin Y. Beutler: Eine kleine Ergänzung: Es ist richtig, dass die Steuereinnahmen gestiegen sind. Aber ohne die Steuersenkungen wären die Einnahmen noch höher – egal wie stark das Wachstum war, diesen Betrag kann die Stadt nicht abschöpfen. Mit der Interpellation wollte D. Oswald vom Stadtrat wissen, welche Auswirkungen durch den SNB-Entscheid zu erwarten sind und ob es angezeigt ist, dass Sofortmassnahmen ergriffen werden. Diese Interpellation wurde beantwortet. Der Stadtrat war der Ansicht, dass Sofortmassnahmen nicht notwendig sind. Das hat sich auch bewahrheitet. Sozillasten: Stadträtin Y. Beutler versteht nicht, warum die SVP-Fraktion unbedingt mehr Sozillasten bezahlen will, damit die Kollegen in den Landgemeinden und am Zürichsee weniger bezahlen müssen. Das macht keinen Sinn. Es ist nicht die Rede davon, dass der Kanton die gesamten Sozillasten tragen muss. Es geht darum anhand eines Gesamtkostenmodells festzulegen welche Lasten der Kanton tragen soll und was die Gemeinden tragen sollen. Die Lasten, die von den Gemeinden getragen werden, sollen verteilt werden. Die Ausgaben pro Kopf wären damit gleich hoch wie die Ausgaben der anderen Gemeinden. Stadträtin Y. Beutler sieht nicht ein, warum sie seit drei Jahren das Gleiche predigen muss. Die SVP will offenbar lieber, dass es den anderen Gemeinden gut geht, als dass es Winterthur besser geht. Zum Bild der ausgequetschten Zitrone: Man muss sich dieses Bild vorstellen – das ist etwas Verrocknetes. Sicher will niemand darin wohnen. Stadträtin Y. Beutler will in einer attraktiven Stadt wohnen. Wenn sie auf gute Art und Weise zu mehr Geld kommen kann, respektive zu weniger Ausgaben, hat sie jedes Interesse daran, die Möglichkeit zu nutzen. Dass der Steuerfuss offensichtlich nicht das einzige Argument für die Wohnortwahl ist, beweisen 60 Köpfe im Gemeinderat und 7 Stadträtinnen und Stadträte.

Ratspräsident M. Wenger: Es wurde ein Antrag auf Nichteintreten gestellt. Der Ratspräsident lässt über den Antrag abstimmen.

Der Rat lehnt den Antrag mit grosser Mehrheit ab.

Ratspräsident M. Wenger ist froh, dass mit der Detailberatung begonnen werden kann. Andernfalls wären die vorangegangenen Diskussionen umsonst gewesen.

Detailberatung

Ratspräsident M. Wenger: Die Detailberatung findet gemäss vorliegendem Drehbuch statt. Das Drehbuch wurde gemäss dem Inhaltsverzeichnis des Budgets 2016, Teil B erstellt. Zur Erinnerung: Die Kommissionsanträge werden jeweils von den Referenten präsentiert. Minderheitsanträge müssen aktiv gestellt werden.

B. Zäch (SP) wird bei der Beratung des Globalbudgets des Münzkabinetts in Ausstand treten, weil er von einem Entscheid persönlich betroffen ist. Ratspräsident M. Wenger begrüsst es, dass B. Zäch sich gemeldet hat. Er fordert die Ratsmitglieder auf, ihm mitzuteilen, wenn sie irgendwo betroffen sind.

Departement Kulturelles und Dienste

Personalamt

S. Sorgo (SP): Antrag der AK: Die Produkte 3 und 4 sollen wieder getrennt aufgeführt werden. Die AK hat dem Antrag mit 7 zu 4 Stimmen zugestimmt. Es handelt um eine rein technische Sache. Produkt 3, Personalentwicklung und Beratung und Produkt 4 Chancengleichheit und Gleichstellung: Der Stadtrat hat es bereits angekündigt, dass er das Produkt 4 Chancengleichheit und Gleichstellung streichen, respektive die Kosten in das Produkt 3 verlegen will. Damit soll die Fachstelle abgeschafft werden. Dagegen hat sich im Gemeinderat Protest formiert. Es ist eine Motion hängig. Trotzdem hat der Stadtrat die Kosten bereits vom Produkt 4 in das Produkt 3 verlegt. Die AK ist zum Schluss gekommen, dass der Stadtrat der Debatte im Gemeinderat und der weiteren Entwicklung vorgegriffen hat. Die AK stellt den Antrag, dass die Produkte separat aufgeführt werden bis die Diskussion im Gemeinderat und

im Stadtrat geführt worden ist und das weitere Vorgehen geklärt ist. Der Globalkredit des Personalamtes bleibt gleich, sämtliche Kosten bleiben gleich. Es handelt sich um eine Kostenverschiebung.

Ch. Leupi (SVP): Die SVP stellt einen Ablehnungsantrag. Die Fraktion ist froh, dass dieses Produkt aufgehoben wird. Auch im Hinblick auf das Budget ist es erfreulich, dass dieses Produkt so nicht mehr geführt wird. Es ist unnötig, zusätzliche Arbeit zu schaffen und das Produkt erneut ins Budgetbuch aufzunehmen. Die SVP-Fraktion findet es nicht notwendig ein zusätzliches Produkt aufzuführen. Die Stadtverwaltung ist ein politisches Umfeld. Die Gesetze sind allgemein gegeben. Chancengleichheit und Gleichstellung müssen wahrgenommen werden. Deshalb wiederholt Ch. Leupi ihre Aussagen anlässlich der letzten beiden Budgetberatungen: „Es ist aus Sicht der SVP nicht nötig, dass das zusätzlich gefördert wird.“

Ch. Griesser (Grüne/AL): Der Antrag bezieht sich indirekt auf die Motion betreffend Fachstelle für Chancengleichheit und Gleichstellung. Die Auswirkungen dieser Motion können erst später diskutiert werden. Auch ein Entscheid kann noch nicht gefällt werden. Der Inhalt der Motion ist heute kein Thema. Es ist am einfachsten, wenn diejenigen, die für die Motion stimmen sind, dem Antrag zustimmen und diejenigen, die gegen die Motion sind, den Antrag ablehnen. Die Begründung ist klar; es sollen keine Fakten geschaffen werden, die nicht mehr rückgängig gemacht werden können.

Th. Deutsch (EVP/BDP): Die EVP/BDP-Fraktion ist bekanntlich für die Weiterführung der Fachstelle für Chancengleichheit und Gleichstellung, wie das in der Motion gefordert wird. Konsequenterweise stimmt die Fraktion für diesen Antrag. Es ist nicht einzusehen, warum einer noch nicht behandelten Motion vorgegriffen werden soll.

U. Hofer (FDP): Faktisch ist der Pragmatismus von Ch. Griesser zu begrüßen. Formal ist die aktuelle Darstellung richtig. Der Stadtrat hat die Auflösung der Fachstelle beschlossen und die Überführung in das Produkt Personalentwicklung und Beratung. Dass jetzt noch ein parlamentarischer Vorstoss hängig ist, ändert daran nichts. Wenn U. Hofer eine Fachstelle zur Förderung für Jungpolitiker gründen will, wird das auch nicht ins Budget eingestellt, auch wenn die Absicht bereits bekannt ist und erst im nächsten Jahr darüber abgestimmt wird. U. Hofer ist emotionslos und verfolgt einen pragmatischen Ansatz.

K. Cometta (GLP/PP): Emotionslos hilft immer. Es geht um eine technische Ebene. Materiell ist es klar. Die GLP/PP-Fraktion will nicht, dass der Stadtrat die Fachstelle für Chancengleichheit und Gleichstellung abschafft. Der Stadtrat soll die Vielfalt aktiv fördern und sich für Gleichstellung einsetzen, weil die Gleichstellung von Mann und Frau leider noch keine Realität ist. Die materielle Debatte wird unter dem Traktandum 10 geführt werden. Deshalb ist es nicht das Gleiche, wenn U. Hofer etwas schaffen will. Es ist logisch, dass das noch nicht ins Budget eingestellt wird. Hier geht es um die Abschaffung einer Fachstelle. Es ist nicht sinnvoll, die WOV-Berichterstattung vorschnell zu ändern, wenn die Wahrscheinlichkeit, dass die Motion eine Mehrheit finden wird, relativ gross ist.

M. Sorgo (SP) teilt die Meinung der Vorrednerin. Heute handelt es sich um eine technische Diskussion. Es geht noch nicht um sachliche oder politische Inhalte. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass es keinen Sinn macht einem politischen Prozess vorzugreifen. M. Sorgo gibt K. Cometta Recht. Es ist etwas anderes, ob etwas neu gefordert wird oder bestehendes abgeschafft werden soll. Deshalb sollen die Zahlen im Budget bleiben bis über das weitere Vorgehen betreffend Fachstelle für Chancengleichheit und Gleichstellung entschieden worden ist. Die Argumente können im Rat in Kürze diskutiert werden.

Stadtpräsident M. Künzle nimmt die Gelegenheit wahr, M. Zeugin zu erklären, dass auch die Erfolgsgeschichte DMG MORI mit einem Visitenkärtchen begonnen hat. Der Stadtpräsident hat zudem einen Wunsch an das Parlament: Er stellt fest, dass diverse Anträge gestellt werden, die nicht in den Kommissionen diskutiert werden konnten und über die nicht ent-

schieden werden konnte. Es gibt daher keine Empfehlung der Kommission. Stadtpräsident M. Künzle wünscht sich, dass der ordentliche Prozess eingehalten wird und die Anträge jeweils in die Kommission gebracht und diskutiert werden. Damit liegt eine Empfehlung der Kommission vor.

Gleichstellung: Es ist nur konsequent, dass das Budget entsprechend dargestellt wird, wenn der Stadtrat der Meinung ist, dass auf diese Fachstelle verzichtet werden kann – nur auf die Fachstelle nicht auf die Themen. Was das Parlament in der Folge auch macht, es ist kein Schaden, wenn man sich die Arbeit spart, das wieder zurückzudrehen. Das ist nur konsequent. Stadtpräsident M. Künzle wiederholt – für den Stadtrat sind diese Themen wichtig, sehr wichtig. Die Stadt Winterthur tritt auf dem Arbeitsmarkt auf. Der Stadtrat ist darauf angewiesen, dass er zu diesen Themen Aussagen machen kann. Es braucht dazu aber keine formelle Fachstelle. Es gibt beim Kanton Fachstellen und beim Bund. Damit ist von den übergeordneten Ebenen eine gute Unterstützung vorhanden. Es ist nicht so, dass der Stadtrat nichts mehr tun will. Die Themen sollen in die Personalentwicklung integriert werden. Damit werden sie auf viel mehr Führungsschultern verteilt. Das ist die Absicht. Es geht von daher um eine Formalie und es geht darum, das Thema aus der politischen Schusslinie zu nehmen, damit in Ruhe gearbeitet werden kann. Damit muss nicht jedes Jahr über eine Fachstelle diskutiert werden, die materiell wichtig ist aber als formelle Fachstelle nicht nötig.

Ratspräsident M. Wenger stellt den Kommissionantrag dem Ablehnungsantrag gegenüber.

Der Rat stimmt dem Kommissionsantrag mit klarer Mehrheit zu: Die Produkte 3 und 4 sollen wieder getrennt aufgeführt werden.

Ratspräsident M. Wenger: Damit ist die Produktegruppe abgenommen.

Stadtentwicklung

Ch. Griesser (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion stellt folgenden Antrag: Erhöhung des Globalkredits der Produktegruppe Stadtentwicklung um 100'000 Franken im Produkt 3 Quartierentwicklung. Diese Produktegruppe besteht aus zwei Teilbereichen - einerseits aus der Quartierförderung und Freiwilligenarbeit und andererseits aus der öffentlichen Freizeitgestaltung. In diesem Produkt wurden in den letzten Jahren 650'000 Franken gekürzt und der Globalkredit um rund einen Viertel reduziert. Auch für das Jahr 2016 ist eine Reduktion geplant. Die Grüne/AL-Fraktion ist damit nicht zufrieden. Ein Teil, nur ein kleiner Teil, soll rückgängig gemacht werden. Natürlich ist Quartierentwicklung immer auch Freiwilligenarbeit. Aber für ein funktionierendes Zusammenspiel zwischen Verwaltung und Quartierbevölkerung braucht es auch genügend Profis. Es ist nur ein kleiner Betrag, der rückgängig gemacht werden soll. Die Stadt soll sich mehr an der Quartierentwicklung beteiligen. Zudem ist die öffentliche Freizeitgestaltung ein Teil davon. Das ist auch nicht gratis. In der Vergangenheit wurde die Diskussion über die Übungsräume geführt. Dabei hat man gesehen, dass nicht alle Pläne umsetzbar sind. Die Grüne/AL-Fraktion geht davon aus, dass der Stadtrat für die Quartierentwicklung etwas mehr Geld einsetzen kann.

A. Steiner (GLP/PP): Gerade wenn es der Stadt nicht so gut geht, wenn sie zurückstecken und sparen muss, ist eine lebendige Quartierkultur extrem wichtig. Es ist extrem wichtig, dass mit Freiwilligenarbeit gewisse Sachen aufgefangen werden können, dass man zusammensteht. Die Quartierkultur lebt unter anderem von den Quartierfesten, die sich in den letzten Jahrzehnten in Winterthur etabliert haben. Jedes Quartier feiert ein Quartierfest. Man trifft sich – ehemaligen Winterthurerinnen und Winterthurer, Quartierbewohner und neu Zugezogene besuchen die Feste. Die GLP/PP-Fraktion ist der Meinung, dass die ehrenamtliche Tätigkeit gestützt werden muss. Leider ist zu beobachten, dass sich die Vereine zunehmend aus den Quartierfesten zurückziehen und diese zunehmend kommerzialisiert werden, weil es sich für die Vereine nicht mehr lohnt. Die Gebühren für die Vereine, die sich an den Quartierfesten beteiligen, steigen. Letztendlich halten sich die Einnahmen und Ausgaben nur noch die Waage und man kann nichts mehr verdienen. Das nimmt den Vereinen zunehmend die Motivation. Deshalb stellt die GLP/PP-Fraktion folgenden Antrag: Erhöhung des Globalkre-

dits um 50'000 Franken. Damit können die Quartiervereine gestützt werden. Ein Aufteilungsschlüssel pro Verein und Tag wäre denkbar.

Th. Deutsch (EVP/BDP): Antrag Grüne/AL: Die EVP/BDP-Fraktion lehnt den Antrag ab. Geld giesskannenmässig über eine ganze Produktegruppen auszugiessen ohne bestimmten Zweck, erscheint nicht sehr zweckdienlich. Die EVP/BDP-Fraktion hört sich aber gerne konkrete Ideen und Vorschläge an. Konkret ist hingegen der Antrag der GLP. Es ist eine sympathische Idee. Aber es ist der falsche Zeitpunkt. Zudem ist die Produktegruppe der falsche Ort. Der Stadtrat hat in der Kommission durchblicken lassen, dass er gewisse Sympathien hegt für diese Idee. Das Thema sollte zu einem anderen Zeitpunkt erneut aufgegriffen werden. Aus dem Parlament oder aus der Kommission kann der Stadtrat aufgefordert werden, seine Vorstellungen zu unterbreiten, wie das Vereinsleben und insbesondere die Quartierfeste gefördert werden können.

U. Hofer (FDP): Antrag der GLP: Der Antrag ist sympathisch. Er bietet Hilfe zur Selbsthilfe aber er erfolgt zum falschen Zeitpunkt und am falschen Ort. U. Hofer kann die Worte des Vorredners wiederholen. Der Antrag will eine Reduktion der Gebühren für die Vereine an den Dorrfesten erreichen. Das liegt eher im Bereich Gewerbepolizei anzusiedeln und systematisch anzugehen und nicht mit einem Budgetantrag. Deshalb ist die FDP-Fraktion der Meinung, dass der Antrag nicht ganz ausgereift ist. Es ist unklar, was genau im Globalkredit der Stadtentwicklung erreicht werden soll. Deshalb wird die FDP den Antrag ablehnen. Der Antrag der Grüne/AL-Fraktion ist etwas weniger sympathisch, weil er nicht Hilfe zur Selbsthilfe bietet für private Trägerschaften. Mit diesem Antrag sollen Profis gestärkt werden, um Arbeiten zu erledigen, die auch in Selbsthilfe erledigt werden können. Richtig ist, dass der Produktegruppe Stadtentwicklung immer weniger Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Aber, wie aus dem Drehbuch zu ersehen ist, sind keine weiteren Kürzungsanträge gestellt worden. Die FDP ist der Ansicht, dass der Globalkredit das Resultat der letzte Jahre ist, mehrheitsfähig ist und längerfristig geplant werden soll. Die FDP ist gegen ein Auf und Ab und gegen das Hinterfragen von Entscheiden, die in den letzten Jahren gefällt wurden und mit denen die Prioritäten richtig gesetzt wurden.

S. Büchi (SVP): Antrag der Grüne/AL: Ch. Griesser schreibt in seinem Antrag, dass die öffentliche Freizeitgestaltung nicht gratis ist. Sie ist aber weitgehend kostenlos, weil sich die Leute ehrenamtlich engagieren. Das soll man hochhalten. Wenn die Stadt beginnt, diese Leistungen zu bezahlen, erreicht man genau das Gegenteil. Der ehrenamtliche Gedanke geht damit verloren. Antrag GLP: S. Büchi ist einigermaßen amüsiert, dass die Grünliberalen, die ihre finanzpolitische Kompetenz jeweils zur Schau stellen, diesen Antrag einbringen. Der Antrag ist nicht notwendig. Natürlich passieren hier gute Sachen. Deshalb hegt die SVP-Fraktion gewisse Sympathien. Es geht aber um Geld, das nicht zwingend notwendig ist. Deshalb plädiert die SVP für die Ablehnung der beiden Anträge.

K. Bopp (SP): Die beiden Anträge geniessen gewisse Sympathien in der SP. Die Fraktion hat aber auch einen klaren Favoriten. Der Antrag der GLP hat zum Ziel, die Freiwilligenarbeit zu stärken. Das gilt eigentlich für beide Anträge. Was richtig und wichtig ist: Das erreicht man nicht einfach, indem die finanziellen Beiträge erhöht werden, sondern indem man die Strukturen durch eine langfristige Unterstützung stärkt. Was auch Geld kostet, das ist klar. Der Antrag der GLP hat eine zweite Schwäche. Er beschränkt sich auf eine sehr kleine Zielgruppe. Er beabsichtigt nur die Quartierfeste und das Albanifest zu stärken. Es gibt aus Sicht der SP gerade in der Quartierentwicklung noch andere wichtige Handlungsfelder, zum Beispiel die Situation bezüglich Islamismus und Radikalisierung. Das ist ein grosses Thema. Die beste Prävention ist die Integration. Genau hier ist die Quartierentwicklung tätig und soll stark bleiben. K. Bopp will nicht behaupten, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen den Schlagzeilen in der letzten Zeit und den Sparmassnahmen. Trotzdem scheint es, dass der Zeitpunkt gekommen ist, in die Quartierentwicklung zu investieren und nicht immer nur zu sparen. Deshalb unterstützt die SP die Erhöhung des Globalkredits um 100'000 Franken für die Quartierentwicklung.

M. Zeugin (GLP/PP): Die SP vertut sich etwas mit ihrem Urteil. Selbstverständlich sind auch die Quartierfeste informelle Strukturen in der Stadt. Sie sind sehr stark in den Quartieren verankert. Sie haben eine wichtige Funktion und sind auch geschichtlich erklärbar. Die einzelnen Stadtkreise waren früher eigene Gemeinden. Das heisst sie haben eine lokale Identität, die nach wie vor gelebt wird. Auch bei diesem Antrag ist klar, dass nicht das kommerzielle Business unterstützt werden soll. Die Vereine, die in den Quartieren verankert sind, sollen die Möglichkeit haben, aktiv zu werden. Wenn man mit diesen Leuten spricht, merkt man durchaus, dass ihr Engagement nicht selbstverständlich ist. Der Antrag der GLP orientiert sich nicht nur an den 3 %, die Probleme verursachen, sondern unterstützt die Integrationsleistung der grossen Mehrheit. Mit dem Geld soll sichergestellt werden, dass die Arbeit weitergeführt werden kann. Entsprechend hat das auch präventiven Charakter – auch in Bezug auf die Sicherheit. Wer sich mit dem Quartier identifiziert und sei das aufgrund eines Quartierfestes oder über den Verein, wer sich aktiv am Quartierfest beteiligt, trägt zur Sicherheit bei. Das ist eine hohe und sehr nützliche Integrationsleistung, die indirekt erfolgt. Mit dieser Unterstützung erbringt die Stadt nicht die Integrationsleistung, sie trägt nur einen kleinen Bruchteil dazu bei, dass sich die Vereine weiterhin beteiligen können. Sie haben durchaus Probleme, Leute für diese Arbeit zu gewinnen. Es ist so, dass mit einer Teilnahme entsprechende Standgebühren anfallen. Damit gehen die Vereine als erstes ein finanzielles Risiko ein. Die GLP will sicherstellen, dass die Teilnahme weiterhin gewährleistet ist, beziehungsweise wenn möglich sogar mehr lokale Vereine sich beteiligen können. Ein zusätzlicher Quartiertreff hat nicht die gleiche nachhaltige Qualität. Die Identifikation mit dem Quartierverein ist elementar, indem man sich damit identifiziert fühlt man sich zuhause. Das hat eine Kausalität. M. Zeugin dankt für die Unterstützung.

R. Diener (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion ist ins Kreuzfeuer geraten, weil sie angeblich keine konkreten Vorschläge macht. Mit diesem Antrag soll die Integrationsleistung in den Quartieren unterstützt und gestärkt werden, einerseits die privaten organisierte Seite und andererseits die Bevölkerung, die nicht in einem Verein ist, die nicht organisiert ist. R. Diener zitiert aus der Tössemer Zeitung: „Ein magerer Spatz in der Hand.“ Es geht dabei um den Güterschuppen, der von der Stadt mit einem Minimalprogramm saniert werden konnte, damit er überhaupt funktioniert. R. Diener erinnert an die Diskussion in Bezug auf das Quartierzentrum Wülflingen. Eigentlich wollte man auch dort mehr Angebote umsetzen. Das Zentrum wurde minimal saniert. Es sind keine Reserven vorhanden, um mit personellen Hilfen die Aktivitäten in den Quartieren zu unterstützen oder die Leute, die nicht organisiert sind, abzuholen. Aktivitäten wie ein Spielbus oder wie ein organisierter Betrieb für Mütter mit Kindern, die vielleicht nicht in einem Verein organisiert sind, sind enorm wichtig und helfen den Zusammenhalt im Quartier zu fördern. R. Diener macht einen konkreten Link mit den Vorfällen, die in den letzten Monaten diskutiert worden sind. Es kann enorm helfen, wenn lokal Ansprechpersonen da sind, die wissen was sich in den Quartieren bewegt. Sie können schneller und effizienter zu Informationen kommen, die wichtig sein könnten um Gefahren und Problemen vorzubeugen. In diesem Sinne bittet R. Diener die Ratsmitglieder, den Antrag zu unterstützen.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion lehnt den Antrag der GLP ab. Die Vereine haben ein Problem genügend Personal zu finden, das Problem ist nicht das Geld. Letztendlich will niemand an einem Stand stehen. Die indirekte Förderung der „Dorfete“ betrachtet die Grüne/AL-Fraktion als eine zu geringe Quartierentwicklungsmassnahme. Einmal pro Jahr ist wenig. Klar ist, die Diskussion mit der Gewerbebehörde über die Gebühren kann sicher geführt werden.

Stadtpräsident M. Künzle: Als Chef DKD und als Freund von „Dorfete“, Albanifest, Fasnacht, Quartierfesten, Güterschuppenfest von all den gesellschaftsverbindenden und wichtigen Anlässen in einer Stadt, hüpft das Herz des Stadtpräsidenten. Aber er staunt, mit welchem Hü und Hott der Gemeinderat unterwegs ist. Vor einem Jahr musste bei der Quartierentwicklung böses gespart werden. Stadtpräsident M. Künzle musste eine Person entlassen.

Ein Jahr später sollen 50'000 Franken oder 100'000 Franken mehr eingestellt werden. Jetzt zieht der Stadtpräsident den Hut des Stadtrates an, der die Gesamtverantwortung trägt. Er ist der Meinung, dass der Stadtrat einen in sich stimmigen Antrag gestellt hat. Diesen kann und will der Stadtpräsident nicht aufbrechen, bei aller Freundschaft. In den Bereichen Quartierkultur, Quartierfeste, Vereine und Freiwilligenarbeit, die ganz wichtige Elemente sind, kann die Stadt strategisch unterwegs sein. Das ist auch der Fall. Deshalb kann nicht einmal gestrichen und dann wieder Geld eingestellt werden. Bei aller Sympathie rät Stadtpräsident M. Künzle, die Anträge für dieses Jahr abzulehnen.

Ratspräsident M. Wenger lässt über den Antrag der GLP abstimmen: Erhöhung des Globalkredits um 50'000 Franken.

Der Rat lehnt den Antrag klar ab.

Ratspräsident M. Wenger lässt über den Antrag der Grüne/AL-Fraktion abstimmen: Erhöhung des Globalkredits um 100'000 Franken.

Der Rat lehnt den Antrag klar ab.

Ratspräsident M. Wenger: Damit ist die Produktegruppe abgenommen.

Theater Winterthur: keine Anträge. Damit ist die Produktegruppe abgenommen.

Bibliotheken: keine Anträge. Damit ist die Produktegruppe abgenommen.

Subventionsverträge und Beiträge an Dritte

F. Albanese (CVP/EDU): Antrag CVP/EDU-Fraktion: „Der Beitrag von 50'000 Franken soll zugunsten des Dampfzentrums Winterthur saldoneutral eingestellt und den Beitragsentfall gegenüber der Afro-Pfingsten ersetzen.“ Das Dampfzentrum ist für die Stadt Winterthur als Wirtschafts- und Industriestandort wichtig und trägt mit seiner Sammlung zur Identitätsstiftung bei, mit den Zeitzeugen aus der industriellen Stadtgeschichte. Deshalb wünscht die CVP-Fraktion, dass das Dampfzentrum weiterhin die überlebenswichtigen Beiträge erhält, anstelle der entfallenden Beiträge an Afro-Pfingsten. Gleichzeitig stellt die CVP/EDU-Fraktion einen Eventualantrag, im Fall dass dieser Antrag keine Mehrheit finden sollte. 157'000 Subventionsverträge und Beiträge an Dritte: Der Globalkredit soll um 30'000 Franken gekürzt werden, was etwa dem Beitrag an Afro-Pfingsten entspricht. Diesen Antrag will F. Albanese im Anschluss an den primären Antrag gestellt haben.

B. Meier (GLP/PP): Antrag der GLP: Umbau Villa Flora, Investitionsbeiträge an private Institutionen: Programm 2016: 500'000 Franken, Gesamtkredit 1,5 Millionen. Die Investition wird als nicht nötig betrachtet, daher stellt die GLP den Antrag auf Streichung sowohl im Budget 2016 als auch in der Planung. Diese Investition ist nicht nur nicht nötig, die Konzentration auf die bisherigen Museen für bildende Kunst ist essentiell. Das wurde nach verschiedenen Abklärungen empfohlen. Die Grünliberalen sind der Meinung, dass die Investition in die Villa Flora mit den entsprechenden Folgekosten und Mehrausgaben aus dem Investitionsbudget gestrichen werden soll. Entsprechend sind auch die Beträge aus der Finanzplanung zu entfernen. Das gibt einen fairen Blick auf die effektive Belastung, die man bereit ist einzugehen.

D. Berger (Grüne/AL): Antrag der CVP, Dampfzentrum: Es handelt sich um einen kuriosen Antrag, weil es sich um einen Nichtantrag handelt. Die CVP will weder den Globalkredit verändern, noch will sie den Indikator verändern. Wie kann man einen Antrag stellen, mit dem nichts verändert wird? Es handelt sich um eine absurde Situation. Jedes Jahr wird Schindluderei mit WOV betrieben. Der Gemeinderat befolgt die reine Lehre überhaupt nicht – D. Berger inklusive. Aber dieser Antrag ist ein Novum, das D. Berger in dieser Form noch nie gesehen hat. Der Gemeinderat stimmt einfach über eine Willensäußerung ab. Die Situation des Dampfzentrums ist prekär. Man muss fairer Weise sagen, dass sich auch das Dampfzentrum den normalen Prozessen unterwerfen muss, wie alle anderen Projekte. Es kann

nicht sein, dass der Rat anhand eines Nichtantrags, dem Stadtrat befiehlt, aus dem Topf einen bestimmten Betrag an das Dampfzentrum zu leisten. Es gibt andere Projekte, zum Beispiel eine freie Szene, die von diesem Geld, das nicht für Afro-Pfingsten eingesetzt wird, profitieren könnte. Es kann nicht sein, dass sie leer ausgehen. Das ist kein fairer Ablauf. D. Berger sagt damit nichts gegen das Dampfzentrum. Es geht um den Prozess. Wenn die 30'000 Franken gestrichen werden, hat das Dampfzentrum im Rahmen des normalen Prozesses weniger Chancen, Geld zu erhalten. Das wäre das Schlimmste, was der Gemeinderat machen könnte. Der Stadtrat kann für das Dampfzentrum ein offenes Ohr haben. Aber auch diese Institution muss den normalen Prozess durchlaufen. Es ist schwierig über diesen Antrag abzustimmen. D. Berger würde am liebsten nicht abstimmen, weil es kein Antrag ist. Schlussendlich wird er aber nein stimmen. Einem Antrag auf Erhöhung des Budgets hätte die Grüne/AL-Fraktion zustimmen können. Dann müssten 50'000 Franken mehr ins Budget eingestellt werden. Jetzt will man 40'000 Franken zu 50'000 Franken machen, wenn der Antrag nicht angenommen wird, will man 40'000 zu 30'000 Franken machen und aus dem Budget streichen. Interessant, aber nicht verständlich. Die Grüne/AL-Fraktion sagt nein.

M. Zehnder (GLP/PP): Die GLP/PP-Fraktion findet das Dampfzentrum spannend und gehört auch zur Geschichte von Winterthur. Zu dieser Geschichte gehört auch das Technorama. Das Technorama hat sich von der historischen Sammlung befreit und will Materialien loswerden, die niemand sehen will. Früher gehörte die Sammlung zum Konzept des Technorama. Das hat nicht funktioniert. Die GLP/PP-Fraktion ist der Meinung, dass das Konzept des Dampfzentrums, so wie es jetzt aufgestellt ist, kaum funktionieren kann. Die Gelder sollen deshalb nicht für das Dampfzentrum reserviert werden. Es wurde angetönt, der Anteil, den der Lotteriefond auszahlen will, sei gefährdet. Wenn vom Lotteriefond tatsächlich Geld gesprochen werden sollte und die Stadt sich beteiligen müsste, damit das Geld ausgezahlt werden kann, kann der Stadtrat entweder eine Weisung vorlegen oder aus dem Stadtratskredit Geld sprechen. Der Gemeinderat muss keinen zusätzlichen Kredit sprechen. Die Unterstützung des Dampfzentrums soll nicht mit Afro-Pfingsten verbunden werden. Das Geld, das im Budgetbuch für Afro-Pfingsten reserviert ist, das wurde an der Kommissionssitzung erklärt, kann allenfalls für die freie Szene eingesetzt werden. Eigentlich wird nichts geändert. Das Budget bleibt wie es ist.

Ch. Magnusson (FDP): Für einmal ist Ch. Magnusson gleicher Meinung wie sein ehemaliger Kommissionsmitstreiter D. Berger von den Alternativliberalen. Es ist nicht die Aufgabe des Gemeinderates zu definieren, welche Einzelprojekte mit dem Produkt 2 projektbezogene und übrige Beiträge, finanziert werden sollen. D. Berger hat von der reinen Lehre des WOV gesprochen. Es ist Sache der Verwaltung, die klare Vorgaben hat, welche Institutionen nach welchen Massstäben Geld erhalten sollen. Dementsprechend soll sich auch das Dampfzentrum an diese Rahmenbedingungen halten. Ch. Magnusson ist zudem der Meinung, dass der richtige Rahmen nicht das Produkt 2 ist, über das bisher Afro-Pfingsten mit Geld unterstützt wurde, sondern das Produkt 1 Subventionsverträge und Beiträge an kulturelle Institutionen. Es braucht einen Subventionsvertrag, dem notabene auch eine Leistungsvereinbarung zugrunde liegt, das ist sehr wichtig. Damit soll auch das Dampfzentrum nicht einfach Geld erhalten, weil man es nötig hat. Das ist nur im Sozialamt möglich. Es braucht eine Leistungsvereinbarung mit der definiert wird, was für dieses Geld geboten wird. Insofern unterstützt die FDP diesen Antrag nicht. Sie ist auch gegen den sehr gesuchten Eventualantrag, weil dieser letztendlich die Idee des ersten Antrags vollends torpediert, indem das Budget noch mehr gekürzt wird. Wahrscheinlich wird damit völlig verunmöglicht, dass das Dampfzentrum unterstützt werden kann. Zudem könnte auch die freie Szene unterstützt werden. Das betrifft den Bereich der Winterthurer Kultur, der das Kulturleben belebt und immer wieder Neues und Unbekanntes bringt. Hier noch mehr zu sparen, das wäre schade. Antrag der GLP: Umbau Villa Flora: Es ist unnötig den Betrag aus dem Budget zu streichen. Für die FDP ist klar, dass dieser Betrag im Budget bleiben muss. Es liegt an Winterthur, die Villa Flora zu erhalten. Die Stadt ist ein Museums- und Kulturort. Es wäre absolut das falsche Zeichen, diesen Betrag aus dem Budget zu streichen. Ob das Geld eingesetzt wird oder nicht, wird im Verlauf eines politischen Prozesses entschieden. Der Gemeinderat kann diese Diskussion noch führen.

Aber es liegt an der Stadt Winterthur, die nächsten Schritte zu unternehmen. Der Kanton hat sich geäussert, die Villa Flora und der Kunstverein wären parat. Es wäre das falsche Zeichen jetzt etwas zu streichen, das vielleicht einmal benötigt wird.

Ratspräsident M. Wenger: Zwischenbericht: Das Departement Kulturelles und Dienste soll heute fertig beraten werden.

M. Bänniger (EVP/BDP): Die EVP/BDP-Fraktion kann das Anliegen des Dampfzentrums Winterthur sehr gut nachvollziehen. Es gibt aber in dieser Produktgruppe keinen grossen Handlungsspielraum für die Unterstützung eines weiteren Museums. Die EVP/BDP-Fraktion lehnt deshalb den Antrag ab.

G. Gisler (SVP): Nach kontroversen Diskussionen in der Fraktion und allen Abwägungen, ist die SVP zum Schluss gekommen, dass sie diesen Antrag nicht unterstützen wird. Grundsätzlich braucht Winterthur kein neues Museum. Die SVP kann höchstens zuhänden des DKD anregen, dass unter dem Titel Museumsschaffen, mit dem die Geschichte der Bevölkerung gezeigt werden soll, eine Lösung mit dem Dampfzentrum gesucht werden soll. Ansonsten wird die SVP kein längerfristiges Engagement der Stadt für ein neues Museum unterstützen. Ch. Magnusson hat es bereits erwähnt. Es liegt auch nicht ganz in der Kompetenz des Gemeinderates das Geld zu verteilen, weil die Ratsmitglieder ein Globalbudget bewilligen. Eventualantrag 30'000 Franken zu streichen: Nächstes Jahr werden die Subventionsverträge dem Gemeinderat vorgelegt. Die Verträge werden neu ausgehandelt. Unter diesem Gesichtspunkt will die SVP das Budget belassen. Die Fraktion wird den Eventualantrag nicht unterstützen, sie wird diesen Antrag aber im Hinterkopf behalten. Die neuen Subventionsverträge werden aber genau geprüft.

U. Meier (SP): Eigentlich wurde alles bereits gesagt zu den beiden Anträgen zum Dampfzentrum. U. Meier hat wie D. Berger nicht ganz verstanden, wie das gemeint ist. Es handelt sich wirklich um einen Nichtantrag. Die Budgetberatung ist sicher der falsche Ort, um den Stadtrat oder das Kulturdepartement zu verpflichten, mit dem Geld, das zur Verfügung steht, genau das zu machen was die CVP-Fraktion sich wünscht. Das ist nicht richtig. Deshalb unterstützt die SP den Antrag nicht. Sie wird auch den Eventualantrag nicht unterstützen. Das Geld zu streichen ist sicher falsch, egal ob Afro-Pfingsten weg sind oder nicht. Wenn das Geld jetzt gestrichen wird, ist es sicher für lange Zeit aus dem Budget gestrichen. Die freie Szene wird darunter leiden. Auch Afro-Pfingsten kann erneut stattfinden. Deshalb wird die SP auch den zweiten Antrag ablehnen.

F. Helg (FDP) äussert sich als Kommissionsreferent für die Investitionskredite im Departement Kulturelles und Dienste zur Villa Flora. Es geht um einen Investitionskredit. In der BBK wurde der Investitionskredit behandelt und es wurde darüber abgestimmt. Die Kommission hat den Antrag der GLP klar abgelehnt. Sie ist der Auffassung, dass der Betrag von 500'000 Franken lediglich eine Absichtserklärung ist. Die Weisung 2013/026 vom 13. März 2013 ist noch immer pendent. Ein Teil dieser Weisung bezieht sich auf den Kredit für den Umbau und die Sanierung der Villa im Umfang von 1,5 Millionen Franken. In diesem Zusammenhang muss der Gemeinderat über die Villa Flora entscheiden, aber nicht jetzt auf dem Budgetweg. Es ist auch rechtlich fragwürdig, wenn dieser Entscheid auf dem Budgetweg gefällt wird, obwohl eine Weisung vorliegt. Der Stadtrat hat ein Antragsrecht. Das hat er mit dem Vorlegen einer Weisung wahrgenommen. Deshalb kann nicht einfach ein Budgetbeschluss das Antragsrecht des Stadtrates aushebeln.

F. Landolt (SP) will diese Aussage bestätigen. Im Budgetprozess kann der Gemeinderat nicht über kulturpolitische Grundhaltungen abstimmen. Der reguläre Prozess muss eingehalten werden und die politische Diskussion über das Konzept muss geführt werden. Deshalb lehnt die SP den Antrag der GLP ab.

L. Banholzer (EVP/BDP): Es wurde bereits gesagt, dass die Weisung zur Villa Flora noch hängig ist. Für die EVP/BDP-Fraktion ist diese Diskussion noch nicht abgeschlossen. Es ist nicht zielführend, wenn jetzt eine Entscheidung gefällt wird, obwohl die Diskussion noch geführt werden muss. Die EVP/BDP-Fraktion wird diesen Antrag ablehnen.

Stadtpräsident M. Künzle bittet die Ratsmitglieder, die Prozesse, die für solche Anträge vorgesehen sind, einzuhalten und nicht einfach über das Budget ein Dampfzentrum zu schaffen oder die Villa Flora abzubrechen. Der Stadtpräsident findet es seltsam, dass die GLP zwar das Dampfzentrum spannend findet und erklärt, dass es zur Geschichte von Winterthur gehört. Diese Meinung teilt Stadtpräsident M. Künzle. Bei der Villa Flora, die ebenfalls zur Geschichte von Winterthur gehört, beantragt die GLP hingegen die Streichung von 1,5 Millionen, weil sie der Meinung ist, es braucht dieses Museum nicht. Einfach so und am Rande erwähnt. Die Hahnloser-Sammlung wurde in Hamburg ausgestellt. Weit über 100'000 Besucherinnen und Besucher haben die Ausstellung besucht. Jetzt wird die Sammlung in Paris ausgestellt – bereits nach wenigen Wochen sind es weit über 100'000 Besucherinnen und Besucher. Die Hahnloser-Sammlung hat einen hohen Wert. Die Kunstfachleute können behaupten was sie wollen. Diese Sammlung hätte Stadtpräsident M. Künzle gerne in Winterthur. Es wäre ein Verlust, wenn die Hahnloser-Sammlung nicht mehr in Winterthur wäre. Sie muss aber in der Villa Flora gezeigt werden. Der Stadtrat hat ein klares Bekenntnis abgegeben mit dem Museumskonzept. Er hat auch seine Vorstellungen aufgezeigt, wie es mit der Finanzierung aussieht. Die 1,5 Millionen sind eine Defizitgarantie. Selbstverständlich versucht der Stadtrat so wenig wie möglich aus dieser Defizitgarantie zu nehmen. Er ist in Kontakt mit dem Kanton und klärt ab, wie baulich mit der Villa Flora umzugehen ist und wie die Zukunft aussehen soll. Wenn jetzt 1,5 Millionen gestrichen werden, braucht es den Kontakt zum Kanton nicht mehr. Der Stadtrat kann aber auch mit dem Museumskonzept praktisch zu Hause bleiben, weil der Kanton durchaus der Meinung sein dürfte, dass Winterthur nicht daran interessiert ist. Dampfzentrum: Ideell gibt Stadtpräsident M. Künzle den Antragstellern Recht. Der Stadtrat hat auch bereits sehr viel unternommen und mit diversen Leuten diskutiert. Jetzt werden die Subventionsverträge behandelt. Der Stadtpräsident weiss nicht, wie ein zusätzliches Museum unterstützt werden kann. Er hat bereits jetzt Mühe, die Einsparungen umzusetzen. Wenn ein weiteres Museum dazu kommen sollte, neben all den Ideen, die bereits vorhanden sind, dann wird das Ganze nicht mehr funktionieren. Stadtpräsident M. Künzle wird weiterhin persönlich am Dampfzentrum mitarbeiten, mitdenken und auch mit Unternehmern reden. Das Dampfzentrum hat eine Geschichte, die nicht im Rahmen eines Budgetprozesses abgewickelt werden kann, indem 50'000 Franken verlangt werden. Stadtpräsident M. Künzle bittet die Ratsmitglieder, beide Anträge abzulehnen.

Ratspräsident M. Wenger lässt über den Antrag der CVP/EDU-Fraktion abstimmen: „Der Beitrag von 50'000 Franken soll zugunsten des Dampfzentrums Winterthur saldonneutral eingestellt bleiben und den Beitragsentfall gegenüber der Afro-Pfingsten ersetzen.“

Der Rat lehnt den Antrag klar ab.

Ratspräsident M. Wenger lässt über den Alternativantrag abstimmen: Der Globalkredit soll um 30'000 Franken gekürzt werden infolge Wegfall von Afro-Pfingsten.

Der Rat lehnt den Antrag mit klarer Mehrheit ab.

Ratspräsident M. Wenger lässt über den Antrag der GLP abstimmen: Umbau Villa Flora, Investitionsbeiträge an private Institutionen: Programm 2016: 500'000 Franken, Gesamtkredit 1,5 Millionen. Streichung der Investitionen.

Der Rat lehnt den Antrag klar ab.

Ratspräsident M. Wenger: Damit ist die Produktegruppe abgenommen.

Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten

U. Meier (SP): Die SP-Fraktion stellt folgenden Antrag: Erhöhung des Globalkredits um 80'000 Franken, Erhöhung des Nettokredites für Produkt 2: Alte Kaserne. In den letzten beiden Budgetdebatten hat eine Mehrheit des Gemeinderats der Alten Kaserne jeweils sehr kurzfristig Geld gestrichen. Im Budget 2014 wurden 200'000 Franken gestrichen und im Budget 2015 waren es 160'000 Franken. Das ist eine Kürzung von 360'000 Franken. Die SP will das Wirtschaften in der Alten Kaserne wieder etwas entlasten. Die 80'000 Franken sind ein kleiner Teil dieser 360'000 Franken, die gestrichen wurden. Die Alte Kaserne ist sehr wichtig für die Stadt Winterthur. Für die kommerziellen Veranstaltungen werden kostendeckende Mieten gefordert. Vor allem die Vereine profitieren von der Alten Kaserne. Ganz viele Vereine und auch diverse Fraktionen profitieren davon, dass zu guten Konditionen Räume für Veranstaltungen gemietet werden können. Die Räumlichkeiten sind sehr gut ausgelastet. Wenn die Stadt weitermacht wie in den letzten zwei Jahren, müssen die Mieten auch für die Winterthurer Vereine so erhöht werden, dass sie sich das nicht mehr leisten können. Die Entlastung von 80'000 Franken ist nur ein kleiner Teil. Das würde aber dazu beitragen, dass die Leistungen nicht weiter eingeschränkt und die Mieten nicht erhöht werden müssen. Damit würde der Betrieb wieder etwas Luft bekommen. U. Meier bittet alle Fraktionen, den Antrag zu unterstützen.

M. Zehnder (GLP/PP): Die GLP/PP-Fraktion wollte das Budget der Alten Kaserne auf das Niveau von 2015 reduzieren. Die Fraktion hat sich aber entschieden, nicht erneut einen Kürzungsantrag zu stellen. Die Betreiber der Alten Kaserne haben die Signale des Gemeinderates entgegengenommen und gehen mit dem Geld haushälterischer um. Sie haben 61'000 Franken mehr im Budget 2016 als im Budget 2015. Die GLP/PP-Fraktion hat das nicht angefochten. Aber einer Erhöhung um 80'000 Franken wird die Fraktion nicht zustimmen. Die Alte Kaserne hat ein recht hohes Budget. Sicher kommt das auch den Vereinen irgendwie zugute. Aber man sieht nicht genau wie. Es handelt sich um ein Giesskannenprinzip, das in dieser Art von der GLP/PP-Fraktion nicht unterstützt werden kann. Die Fraktion wird den Antrag nicht unterstützen.

Ch. Magnusson (FDP): Die FDP schliesst sich mehr oder weniger der Argumentation der GLP an, mit der Ausnahme, dass nicht erneut gekürzt werden sollte. Aber einen zusätzlichen Ausbau des Budgets kann die FDP nicht unterstützen.

Stadtpräsident M. Künzle will deutsch und deutlich sagen, dass die Alte Kaserne schon immer haushälterisch mit den Mitteln umgegangen ist. Giella Rossi macht mit ihren Leuten einen hervorragenden Job in der Alten Kaserne und zwar nach dem Konzept, das die Politik einmal bestimmt hat. Die Kürzungsanträge der letzten zwei Jahre hatten zur Folge, dass die Einnahmen erhöht werden mussten. Der Stadtpräsident zeigt den Ratsmitgliedern gerne die Briefe der Vereine, die ächzen und stöhnen und die Alte Kaserne verlassen müssen, weil sie die Kosten nicht mehr stemmen können. Die Alte Kaserne hat ein Grundkonzept. Von den Vereinen, die Lokalitäten benötigen, wird ein vernünftiger Mietzins verlangt. Giella Rossi konnte in den letzten zwei Jahren die Kürzungen einigermaßen abfangen und das Beste daraus machen. Der Stadtpräsident ist auch bei diesem Antrag der Meinung: Einmal auf, einmal ab, einmal links und rechts. Es ist mühsam, wenn einmal mehr Gelder zur Verfügung gestellt werden und im nächsten Jahr mit einer Kürzung zu rechnen ist. Der Stadtrat bleibt bei seinem Antrag. Stadtpräsident M. Künzle wünscht sich, dass die Alte Kaserne auch in Zukunft fit bleibt. Er bittet die Ratsmitglieder, die Gelder nicht weiter zu kürzen.

Ratspräsident M. Wenger lässt über den Antrag abstimmen: Erhöhung des Globalkredits um 80'000 Franken für die Alte Kaserne.

Der Rat lehnt den Antrag mit klarer Mehrheit ab.

K. Cometta (GLP/PP): Antrag GLP/PP Fraktion: Kürzung des Globalkredits um 270'000. Die Grünliberalen beantragen die Schliessung des Münzkabinetts. Sparen bedeutet nicht nur

Effizienzsteigerung. Es ist zwar notwendig und wichtig, dass die Effizienz gesteigert wird, aber sparen bedeutet auch, dass auf Leistungen verzichtet wird. Da ist nie schön. Aber in Anbetracht der Stadtfinanzen, Stadträtin Y. Beutler hat das eindrücklich aufgezeigt, ist sparen notwendig. Das Münzkabinett kostet über eine halbe Million Franken jährlich und das nachdem bereits gespart wurde. Das ist viel Geld, vor allem wenn man es in ein Verhältnis mit den Besuchern stellt. 2'000 Eintritte, grossmehrheitlich sind es Schulklassen, werden verzeichnet. Zum Vergleich: Das Gewerbemuseum oder das Naturmuseum haben 25'000 Eintritte zu verzeichnen. Auch bezüglich Öffnungszeiten stellt sich die Frage nach der Verhältnismässigkeit. Das Münzkabinett hat 12 Stunden pro Woche offen. Das ergibt hohe Kosten, insbesondere einen hohen Werbeaufwand für wenig verfügbares Angebot. Deshalb hält die GLP/PP-Fraktion das Kosten/Nutzenverhältnis für ungenügend. Wenn schon schmerzliche Abstriche in anderen Bereichen notwendig sind, ist es vertretbar, dass das Münzkabinett geschlossen wird. Diese Schliessung muss geordnet erfolgen und die Kündigungsfristen müssen eingehalten werden. Deshalb beantragt die GLP/PP-Fraktion eine Reduktion von 270'000 Franken. Im IAFP ist dieser Kredit auf null zu setzen.

D. Berger (Grüne/AL) gefallen an diesem Antrag zwei Dinge: 1. Der Antrag ist ehrlich, weil damit eine Leistung gestrichen wird. 2. Es ist ein Fortschritt gegenüber früher, weil man sich einigermaßen überlegt, wann eine Schliessung möglich ist. Vor vier Jahren hätte man einfach das ganze Budget gestrichen, obwohl die Verträge ein halbes Jahr weiterlaufen. Damit hat es sich. Schlussendlich hat das Münzkabinett die Balancemassnahmen umgesetzt. Es wurde sehr viel eingespart und es sind noch immer Projekte am Laufen. Man ist in Verhandlung mit Leuten, die bei der Finanzierung helfen können. Man kann jetzt sagen, dass dieser Prozess bis zum 1. Januar 2016 abgeschlossen sein müsste. Für das Münzkabinett wird eine neue Trägerschaft gesucht. Deshalb ist es absolut falsch, das Münzkabinett abzuschliessen, solange der Prozess läuft. D. Berger kann nicht verstehen, dass die Institution geschlossen werden soll. Zumal aktiv Lösungen gesucht werden. Das Münzkabinett wird von immer mehr Leuten besucht. Dabei geht es nicht nur um die Eintritte, es handelt sich auch um eine Forschungsstätte. Die Grüne/AL-Fraktion will das Münzkabinett weiterhin erhalten. Es ist legitim, dass Anträge ausserhalb der Kommission gestellt werden, aber wenn man einen Antrag stellt, der so grosse Auswirkungen hat, wäre es gut, wenn das in der Kommission diskutiert werden könnte. D. Berger ärgert sich, dass der Antrag nicht in der Kommission gestellt wurde. Hier sollen Leuten auf die Strasse gestellt und eine langjährige Institution soll geschlossen werden. Das Münzkabinett soll aber nicht geschlossen werden. Die Fraktion ist gespannt, was bei den weiteren Verhandlungen herauskommt.

Ch. Magnusson (FDP): Der Antrag konnte leider nicht in der Kommission diskutiert werden. Es ist auch bezeichnend, dass der Antrag nicht von einem Kommissionsmitglied, sondern von einem anderen Fraktionsmitglied gestellt wird. Insofern ist das leicht befremdlich. Die einzige Vorbereitung, die Ch. Magnusson möglich war, war die Prüfung der Zahlen, die vom Departement geliefert wurden. Er hat gesehen, dass die Drittmittelbeschaffung explodiert ist. Etwas ist passiert. Das ist genau das, was sich nicht nur die FDP sondern auch die GLP von den Museen wünscht. Ch. Magnusson sieht zwar auch, dass die Lohnsumme etwas erhöht wurde. Aber netto ist der Globalkredit für das Münzkabinett rückläufig. Irgendwo wurde gespart. Ch. Magnusson kann anhand der Zahlen nicht sagen, was genau verändert wurde und warum. Aufgrund dieser spärlichen Informationen das Münzkabinett zu schliessen, weil eine Lohnsumme von 360'000 Franken für 12 Stunden Öffnungszeit pro Woche etwas hoch ist, das greift zu kurz und ist ein Zeichen für ein fehlerhaftes Kulturverständnis. Das ist die Ansicht von Ch. Magnusson. Letztendlich hat die Stadt ein Museum und eine Kulturstätte. Ch. Magnusson hat gehört, dass Winterthur einen kantonalen Auftrag übernommen hat, mit dem auch Mittel generiert werden können. Viele Informationen sind nachvollziehbar. Wenn das alles falsch sein sollte, kann im Rahmen der Neuorganisation der Museen, überdacht werden, ob der Standort richtig ist, ob der Leistungsauftrag geändert werden soll etc. Man kann das Münzkabinett aber nicht im Rahmen des Budgets einfach schliessen. Das geht wirklich nicht. Die FDP lehnt den Antrag der GLP ab.

M. Bänniger (EVP/BDP): Die EVP/BDP-Fraktion unterstützt den Antrag nicht. Das Münzkabinett ist zwar eine teure Angelegenheit und es mag für Aussenstehende den Anschein machen, dass der dafür aufgewendete Beitrag nicht gerechtfertigt ist. Es ist aber schweizweit eine einzigartige und wertvolle Sammlung, die bereits sehr lange besteht und ausserdem der Stadt gehört. Im Programm effort14+ sind Sparbeiträge vorgesehen, die auch umgesetzt werden. Ein Teil der Kosten wird vom Kanton bestritten. Ebenso wird eine neue Trägerschaft gesucht, aber es braucht Zeit bis eine finanziell günstige Lösung gefunden werden kann. Einfach mit dem Budget die langjährige Institution weg zu sanieren, ist in den Augen der EVP/BDP-Fraktion keine Möglichkeit.

U. Meier (SP) Grundsätzlich wurde bereits alles gesagt. Das Münzkabinett hat in den letzten Jahren ganz viele Hausaufgaben gemacht. Effort14+ wird umgesetzt. Die Suche nach der neuen Trägerschaft ist noch am Laufen – aber eben sie läuft noch. Es gibt offensichtlich auch Möglichkeiten. Die Besucherzahlen konnten sehr stark erhöht werden. Im Antrag und in den Medienberichten ist man von Besucherzahlen ausgegangen, die längst nicht mehr stimmen. Mittlerweile sind es ca. 3'000 Eintritte. Das ist zwar nicht horrend viel, aber es sind 50 % mehr als von der GLP angegeben. Man muss wissen, dass das Münzkabinett nicht einfach ein Museum ist, sondern auch wichtige Dienstleistungen anbietet. Das bringt Beiträge von Dritten in die Kasse. Es gibt nicht viele Orte in der Schweiz und im nahen Ausland, die diese Dienstleistungen erbringen können. Es handelt sich um ein Kompetenzzentrum in der Numismatik. Man kann nicht einfach erklären, das Münzkabinett habe nur 12 Stunden pro Woche offen. Diese Aussage zeigt, dass man sich offenbar nicht vertieft mit dem Münzkabinett auseinandergesetzt hat, das jetzt geordnet in einem halben Jahr geschlossen werden soll ohne eine Kommissionsbesprechung. U. Meier betont, dass es unverantwortlich ist, eine Institution zu schliessen, ohne in der Kommission nachzufragen, ob das rechtlich möglich ist und wie viele Stellen betroffen sind. Einfach im Rahmen des Budgets dieses Haus zu schliessen, kann nicht angehen.

M. Zeugin (GLP/PP): Die Vehemenz mit der sich die SP für das Münzmuseum einsetzt, ist erstaunlich, obwohl sie die Überwindung des Kapitalismus im Parteiprogramm hat. Das erschliesst sich vielleicht nicht allen. Das Thema ist dieses Jahr nicht neu – auch nicht in der Kommission. M. Zeugin will die Falschbehauptungen, die im Raum stehen, relativieren. Der Kommissionsvertreter hatte bereits im vergangenen Jahr den Auftrag, genau hinzuschauen. Bereits damals wurden kritische Fragen gestellt. Dieses Jahr wurden die Fragen erneut gestellt. Alle wissen wie gerafft der Budgetprozess ist. Es gibt in vielen Produktgruppen gar nicht die Möglichkeit vor Abschluss der Kommissionberatung und nach den Rückfragen in der Fraktion, allenfalls Anträge zu stellen. Die Informationen hat der Stadtrat in diesem Fall zwar geliefert, aber erst sehr spät nach der Beratung in der Kommission. Es ist deshalb kaum möglich, dass alles den geordneten Weg geht. Letztendlich ist der Weg in den gesetzlichen Grundlagen relativ klar formuliert. Der Gemeinderat kann beschliessen und befinden. Das war bereits früher der Fall. Im Rat können Anträge gestellt werden. Auch Weisungen können auf Antrag geändert werden. Dieses Recht hat jede Fraktion für sich schon in Ansprache genommen. Die entsprechende Toleranz sollte man auch den anderen zugestehen. Die GLP/PP-Fraktion versucht jeweils nicht mit technokratischen Argumenten die Inhalte zu verstecken, sondern stellt klare Anträge. Speziell erstaunt hat M. Zeugin, dass die FDP mit Eloquenz aber wenig Konsequenz findet, dass das Museum nicht geschlossen werden kann. Es ist mit R. Werren leider eine Tradition abhandengekommen. Nämlich die, dass jedes Jahr mit dem Budget beantragt wird, die Fachstelle für Gleichstellung aufzulösen. Jedes Mal mit dem Budget. Die Halbwertszeit des Wissens sollte zumindest etwas höher sein als die Inflationszeit, damit man das in solchen Momenten noch weiss und entsprechend argumentiert.

Ch. Griesser (Grüne/AL) ist erstaunt, dass M. Zeugin von einem Münzmuseum spricht – es handelt sich um ein Münzkabinett, nicht nur um ein Museum. Das Münzkabinett führt unter anderem viele Veranstaltungen zum Thema Geld durch. Gerade deshalb ist Ch. Griesser erstaunt, dass sich die Grünliberalen für dieses Thema nicht interessieren. Zurzeit ist die Stadt auf dem Hochzeitsmarkt auf der Suche nach einem Bräutigam für die Braut Münzkabi-

nett. Diese Suche ist schwieriger als gedacht. Jetzt hinzugehen, die Braut zu verunstalten und die Mitgift zu streichen, das geht einfach nicht. So findet die Stadt nie einen anständigen Bräutigam.

G. Gisler (SVP): Das Münzkabinett steht seit längerem in der Diskussion. Die SVP hat das immer wieder zur Sprache gebracht und ist jeweils vertröstet worden. Man hat erklärt, dass eine Trägerschaft gesucht wird. Es ist richtig, den Druck zu erhöhen. Die SVP-Fraktion wird dem Antrag der GLP zustimmen. Es sollte möglich sein, die wichtigen Teile des Münzkabinetts, die international gefragt sind, auszulagern und in ein anderes Museum zu dislozieren – zum Beispiel ins Gewerbe- oder Naturkundemuseum. Damit das Budget des Münzkabinetts, fast 600'000 Franken für 2'000 Besucher, erscheint auch der SVP zu hoch. Dieser Betrag sollte reduziert werden. Deshalb wird die SVP-Fraktion dem Antrag zustimmen.

Stadtpräsident M. Künzle: Es scheint etwas ungenügend recherchiert worden zu sein. Das Münzkabinett war auch für den Stadtrat bereits früher ein Thema. Im Rahmen von effort14+ hat der Stadtrat entschieden, das Kompetenzzentrum unter eine andere Trägerschaft zu stellen. An diesem Projekt arbeitet der Stadtrat. Martin Haas hat in den 90er Jahren eine kurze Studie machen lassen zur rechtlichen Bedeutung der Schenkungsverträge und ist zum Schluss gekommen, dass das Münzkabinett nicht geschlossen werden kann. Jetzt werden die gleichen rechtlichen Abklärungen erneut durchgeführt. Dabei hat der Stadtrat einige Lichtblicke gefunden, wie das doch noch möglich wäre – aber die rechtlichen Abklärungen benötigen Zeit. Beim Bund läuft ein Gesuch und mit dem Landesmuseum hat der Stadtrat Kontakt aufgenommen. Die Gespräche sind im Gang und es werden Abklärungen gemacht, mit dem Ziel, die Trägerschaft anders zu organisieren. Stadtpräsident M. Künzle betont, dass das Münzkabinett nicht an den 2'000 Besucherinnen und Besuchern gemessen werden darf. Es handelt sich um ein wissenschaftliches Kompetenzzentrum, das in Fachkreisen international einen guten Ruf genießt. Nichtsdestotrotz, der Stadtrat sucht eine andere Trägerschaft. Er ist bereits auf dem Weg. Jetzt soll der Druck erhöht werden. Der Stadtrat klärt Schritt für Schritt ab, mit dem Ziel, so schnell wie möglich eine andere Trägerschaft zu finden. Stadtpräsident M. Künzle bittet die Ratsmitglieder, diesen Antrag abzulehnen. Man kann nicht einfach eine Institution mit einem Budgetstreich von der Landkarte verschwinden lassen, zumal die Prozesse bereits im Gang sind.

Ratspräsident M. Wenger lässt über den Antrag der GLP abstimmen: Kürzung des Globalkredits um 270'000 Franken, Schliessung des Münzkabinetts. Die Zielvorgaben sollen entsprechend geändert werden.

Der Rat lehnt den Antrag mit klarer Mehrheit ab.

Ratspräsident M. Wenger: Damit ist die Produktegruppe abgenommen.

Rechtspflege: keine Anträge. Damit ist die Produktegruppe abgenommen.

Bürgerrechtsgeschäfte

1. **B13/114: QEHAJA Bahri, geb. 1962, und Ehefrau QEHAJA geb. ISENI Fahrige, geb. 1962, kosovarische Staatsangehörige**

Z. Dähler (EDU): Die Bürgerrechtskommission empfiehlt dem Gemeinderat mit 6 zu 0 Stimmen Herr und Frau Qehaja um ein halbes Jahr zurückzustellen. Sie konnten den Anforderungen an das Staatskundewissen nicht genügen.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission zu und beschliesst die Rückstellung um ein halbes Jahr.

2. B13/144: ALIU geb. SYLEJMANI Ardita, geb. 1979, serbische Staatsangehörige

M. Trieb (SVP): Die Bürgerrechtskommission stellt mit 4 zu 2 Stimmen den Antrag auf Ablehnung des Gesuchs von Frau Aliu. Auch bei der dritten Befragung vermochten die Kenntnisse über den vorausgesetzten Stoff nicht zu genügen.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission zu und beschliesst die Ablehnung des Gesuchs.

3. B13/168: RUSSO Filomena Concetta, geb. 1967, italienische Staatsangehörige

Z. Dähler (EDU): Frau Russo vermochte in der Einbürgerungskommission bezüglich ihres Staatskundewissens nicht zu überzeugen. Die Kommission beantrag mit 6 zu 0 Stimmen die Rückstellung um ein halbes Jahr.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission zu und beschliesst die Rückstellung um ein halbes Jahr.

4. B13/176: FERATI geb. SEHU Albana, geb. 1988, mit Kindern Hamdije, geb. 2008, und Nejra, geb. 2014, mazedonische Staatsangehörige

Rückzug des Gesuchs.

5. B14/140: LEONE Pasquale, geb. 1952, und Ehefrau LEONE geb. BORTOLAS Alba, geb. 1951, italienische Staatsangehörige

M. Trieb (SVP): Die Bürgerrechtskommission beantragt mit 6 zu 0 Stimmen die Teilung des Gesuchs. Für die Ehefrau Leone geb. Bortolas Alba, geb. 1951 beantrag die Kommission die Aufnahme ins Bürgerecht der Stadt Winterthur.

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission und beschliesst die Aufnahme von ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

M. Trieb (SVP): Für Herrn Leone Pasquale, geb 1952 beantrag die Kommission die Rückstellung um ein weiteres halbes Jahr aufgrund ungenügender Staatskundekenntnisse.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission zu und beschliesst die Rückstellung von Herrn Leone Pasquale um ein weiteres halbes Jahr.

6. B14/169: SENKAL Özgül, geb. 1977, türkische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

7. B14/192: ISMAILI Driljon, geb. 1985, und Ehefrau ISMAILI geb. DAUTI Aljberta, geb. 1984, mit Kindern Joni, geb. 2009, und Aulona, geb. 2013, mazedonische Staatsangehörige

Ratspräsident M. Wenger: Teilung des Gesuch: Die Bürgerrechtskommission beantragt mit 6 zu 0 Stimmen die Aufnahme von Ismaili Driljon, mit Kindern Joni und Aulona ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

Das Gesuch von Ismaili geb. Dauti Aljberta wurde zurückgezogen.

8. B15/062: MEHMETI geb. SABEDINI Lulzime, geb. 1985, serbische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

Ratspräsident M. Wenger gratuliert allen, die ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur aufgenommen worden sind und hofft, dass die die Aufgenommenen fleissig abstimmen werden.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Der Präsident

Die 1. Vizepräsidentin:

Der 2. Vizepräsident:

M. Wenger (FDP)

Ch. Leupi (SVP)

F. Landolt (SP)